

NACHRICHTEN

Das Geflüchteten Projekt City Plaza in Athen ist räumungsbedroht und bittet in einem Aufruf um Unterstützung.

3

PROJEKTE

Vom 18. bis 23. August 2017 soll das Connecting Movements Camp in Zusammenarbeit mit dem Klimacamp im Rheinland stattfinden.

4

GENOSSENSCHAFTEN

Die Rechtsform der Solidarische Landwirtschaft Vauß-Hof ist die gemeinnützige Genossenschaft. Sie berichten wie es funktioniert.

7

BIOTONNE

Unter dem Motto »Code Rood« machen Aktivist_innen eine Aktion des zivilen Ungehorsam im Amsterdamer Hafen am Kohleumschlagplatz.

13

KUNST&KULTUR

Contraste-Serie zum politischen Krimi bespricht mit »Zeit der Finsternis« ein weiteres spannendes Buch.

14

COMMONING - GEMEINSAM UNTERWEGS



▲ In einer Aktion mit 25 Leuten hat die Gruppe Tomatenretter an einem Sonntag die halbe Halle mit 1.000 Tomatenstauden bepflanzt. Andere haben das dann folgende gemeinsame Essen vorbereitet. Zum Schluss wurde noch in einer Runde über anstehenden gemeinsamen Landkauf gesprochen. Foto: Tomatenretter

Beitragen statt tauschen

Commons bedeutet freiwillig beitragen zu einer gemeinsamen Sache. Es kann genauso gut teilen oder gemeinsam etwas nutzen bedeuten, das Wichtige daran: Es kann nur mit anderen zusammen geschehen, alleine ist es unmöglich. Deshalb ist Commons immer ein sozialer Prozess. Die Gruppe Tomatenretter aus Hamburg stellt vor, wie sie teilen und beitragen. Geprägt durch die kapitalistische Gesellschaft ist das nicht immer so einfach. Dennoch beteiligen sich immer mehr Menschen an Commons, manchmal zeitweise, manchmal nur in bestimmten Bereichen. In den verschiedenen Beiträgen im Schwerpunkt (Seite 9 bis 12) werden unterschiedliche Standpunkte und Sichtweisen auf Commons vorgestellt, die einen breiten Zugang zum Thema ermöglichen.

HILMAR KUNATH, REDAKTION HAMBURG

Im Beitrag »Care Commons« von Nicole Lieger wird ein sozialer Prozess dargestellt, in dem die in der vorherrschenden Gesellschaft abgewertete und überproportional auf Frauen abgeschobene gesellschaftlich notwendige »Sorge- und Betreuungsarbeit« in selbstorganisierten Projekten in Tätigkeiten ALLER überführt werden kann, die dann keine fremdbestimmte »Arbeit« mehr ist. »Vorläufer« dafür sind Projekte, die begonnen haben die »Sorge«-Arbeit gesellschaftlich sichtbar zu machen und »aufzuwerten«.

Unter »Commons: Zugang und Verteilung« werden am Beispiel eines Dorfes Fragen hinsichtlich einer gemeinsamen Verantwortungspraxis vorgestellt. Es könnte auch die Betreuung eines Ackers, die Nutzung einer Kuhweide oder die gemeinsame Pflege von samenfestem Saatgut sein. Ein Ausschnitt aus einem gerade in Arbeit befindlichen Wikipedia-Artikel über Commons dient zum orientierenden Grundverständnis. T.M. hat den Beitrag »Commons und Selbsterkenntnis« hinzu gefügt. Der offene, soziale Prozess der verabredeten Gemeinschaftsbildung fördert auch die Selbsterkenntnis der einzelnen

Beteiligten, ... wenn sie sich nicht aus Angst dagegen sperren.

Bislang wird wenig zu den stattfindenden sozialen Prozesse beim Commoning geforscht, merkt Silke Helfrich in ihrem Beitrag an. Sie bemängelt, dass in den Geisteswissenschaften das Individuum im Vordergrund steht und deshalb Commons nur schwer fassbar sind. Die zentralen sozialen Prozesse auf Augenhöhe, die Menschen organisieren, um zu teilen, geraten so aus dem Blickfeld. Commons als gemeinsames Handeln kann Silke Helfrich zufolge niemals fertig sein, sondern bringt sich immer neu hervor.

Wolfgang Hörschele nähert sich in

seinem Beitrag zu »Rückkopplungen« den Commons mit systemtheoretischen Fragestellungen: Wie können sie funktionieren und gelingen? Das bezieht sich einerseits auf ein acht-sames Verhältnis zu den natürlichen Lebensgrundlagen, andererseits auf den konkreten Umgang miteinander. Im Beispiel der Tomatenretter arbeitet die Gruppe nicht nur an der »Naturressource« Saatgut, sondern auch an der Überwindung des gegensätzlichen Verhältnisses von Produzenten und Konsumenten. Beide Seiten sollen hier ihren einseitigen Standpunkt überwinden. Das ist sicher nicht so einfach, setzt aber offenbar neue Erfahrungen

frei, über die zu berichten wäre.

Wenn wir unseren Erdball als »gefährdete Commons« betrachten, können gefährliche Rückkopplungen durch die vorherrschende Produktions- und Lebensweise von Beteiligten erkannt werden. Wenn viele Menschen in ihrem jeweiligen Nahbereich zusammen praktisch wirksamen Kontakt miteinander aufnehmen, können sie das Common Erde vielleicht »retten« und einen Prozess vertiefter Menschlichkeit freisetzen, der vielleicht ohne die Gefährdung gar nicht möglich gewesen wäre: »Wo aber Gefahr ist, wächst das Rettende auch.« (Friedrich Hölderlin; 1803)

EUROPÄISCHE BÜRGERINNENINITIATIVE ZU STANDE GEKOMMEN

Eine Million EuropäerInnen wollen Glyphosat verbieten

Das Verbot des Ackergifts Glyphosat rückt näher. Mitte Juni meldete das Kampagnennetzwerk Campact, dass eine Million Bürgerinnen und Bürger den Appell unterschrieben haben, dass »Glyphosat-haltige Herbizide zu verbieten« seien. Damit ist den OrganisatorInnen der Europäischen BürgerInnen-Initiative (EBI) ein Rekord gelungen: Noch nie hatte eine EBI so schnell so viele UnterzeichnerInnen.

PETER STREIFF, REDAKTION STUTTGART

Noch in diesem Jahr entscheiden EU-Kommission und die Mitgliedstaaten über die erneute Zulassung des Pestizids Glyphosat, bekannt unter Monsanto's Markennamen »Roundup«. Es steht in dringendem Verdacht, Krebs auszulösen und trägt zum Verlust der Artenvielfalt bei. »Jetzt bloß nicht vor

den Lobbyisten von Monsanto und Co. einknicken. Die Landwirtschaftspolitik der EU muss giftfrei werden und sich nach Mensch und Natur richten, nicht nach Konzernen. Ein Verbot von Glyphosat ist der erste Schritt«, so Maria Lohbeck von Campact. »Die Industrie und die Lobbyisten setzen alles daran, Glyphosat harmloser darzustellen als es ist.« Die OrganisatorInnen der EBI haben sich so das Recht erstritten, ihre Argumente während einer Anhörung im EU-Parlament vorzubringen. Die Kommission ist verpflichtet, schriftlich Stellung zu beziehen.

Glyphosat wurde von einem Fachgremium der Weltgesundheitsorganisation WHO als »wahrscheinlich krebserregend« eingestuft, unabhängige WissenschaftlerInnen bestätigen

das. Wird ein Krebsrisiko festgestellt, muss der Einsatz von Glyphosat nach geltendem EU-Recht sofort verboten werden.

Schwere Vorwürfe aufgrund neuer Fakten

Die Initiative fordert neben dem Verbot EU-weite obligatorische Pestizid-Reduktionsziele und eine von der Industrie unabhängige, wissenschaftliche Bewertung von Pestiziden. Das sollte eigentlich selbstverständlich sein, doch Ende Mai sorgte eine Nachricht des Pestizid Aktions-Netzwerks (PAN) für Schlagzeilen. Denn eine Analyse der Original-Studienberichte der Industrie zeige, »dass vom Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) in seiner ursprünglichen Bewertung nur

20 Prozent aller Krebseffekte überhaupt in Betracht gezogen wurden.«

Selbst in der abschließenden Bewertung durch die Europäische Lebensmittelbehörde (EFSA) und die Europäische Chemikalienagentur (ECHA) wurden acht signifikante Krebseffekte komplett übersehen, was nur als »Versagen der Behörden interpretiert werden könne«, wie PAN mitteilt. Daher müssten die Studien vor einer nächsten Zulassungsdebatte veröffentlicht und neu bewertet werden.

Film vom Ende der Gentechnik

Dass sich die Debatte nicht nur um Verbote, sondern auch um lebenswerte und erprobte Alternativen drehen sollte, ist das Verdienst des Regisseurs Bertram Verhaag. Dem Allesvernichter

Roundup und seinen zerstörerischen Auswirkungen setzt er drei hoffnungsvolle Portraits von ökologischen Landwirtschafts-Projekten entgegen: Die indische Teeplantage »Ambootia«, das seit 40 Jahren existierende ägyptische Projekt »Sekem« sowie den unbeugsamen biologischen Schweinezüchter Franz Aunkofer aus Bayern. Verhaag wirft mit seiner aktuellen Filmgeschichte »vom Ende der Gentechnik« die Frage auf: »In welcher Art von Landwirtschaft liegt der CODE OF SURVIVAL' auf unserem Planeten?«

Infos:
<https://stopglyphosate.org/de/>
<http://blog.pan-germany.org/glyphosat-schwere-vorwurfe-aufgrund-neuer-fakten/>
<http://codeofsurvival.de/index.php/> (der Regisseur kommt gerne zu Kinovorstellungen mit Diskussion)

ÜBER UNS

INHALTSANGABE

| | | | |
|---|----------------|---|-----------------|
| NACHRICHTEN | SEITE 3 | SCHWERPUNKT | SEITE 9 |
| UNIVERSSE CITY PLAZA MELDUNGEN | | COMMONING IST KOMMUNIKATION | |
| PROJEKTE | SEITE 4 | | SEITE 10 |
| UNISOLAR POTSDAM. AG BERATUNG | | CARE-COMMONS COMMONS UND SELBSTERKENNTNIS | |
| PROJEKTE | SEITE 5 | | SEITE 11 |
| LONGO MAÍ: WOLLVERARBEITUNG CAMP IM RHEINLAND | | RESSOURCENNUTZUNG | |
| BEWEGUNG | SEITE 6 | | SEITE 12 |
| SOLIDARITY CITIES | | HORIZONTE DES COMMONING | |
| GENOSSENSCHAFTEN | SEITE 7 | BIOTONNE | SEITE 13 |
| SOLAWI VAUSS-HOF BUCHBESPRECHUNG: SOLAWI | | HAFENBESETZUNG HAMBACHER FORST | |
| ÜBER DEN TELLERRAND | SEITE 8 | KUNST&KULTUR | SEITE 14 |
| KEIN CASTOR AUF DEM NECKAR REPRESSIONS-UND RECHTSFÄLLE | | ISRAELISCHEN KOMMUNE POLITISCHER KRIMI | |
| | | REZENSIONEN | SEITE 15 |
| | | SEI AUTONOM UND KREATIV! MIGRATION ALS CHANCE FÜR NEUES BAUEN DIE ERDE RESTLOS UNTERTAN PFADFINDER ANTIFA IN OSTDEUTSCHLAND | |
| | | TERMINE | SEITE 16 |
| | | KLEINANZEIGEN, IMPRESSUM | |

Contraste ist offen für Beiträge von Euch. Redaktionsschluss ist immer 5 Wochen vor dem Erscheinungsmoment. Wir freuen uns über weitere Mitwirkende. Das Redaktionsselbstverständnis ist nachzulesen unter: www.contraste.org/redaktionsselbstverständnis.htm

contraste abonnieren!

Schnupperabo (läuft automatisch aus, keine Kündigung nötig):
3 Ausgaben **7,50 Euro** (bei Lieferung ins europäische Ausland **10 Euro**)

Standard-Abo (Print oder Pdf) **45 Euro** jährlich

Kombi-Abo (Print+PDF) zu **60 Euro** jährlich

Kollektiv-Abo (5 Exemplare) zu **100 Euro** jährlich

Fördermitgliedschaft jährlich mindestens **70 Euro**

Fördermitgliedschaft jährlich für juristische Personen (Betriebe, Vereine, usw.)
mindestens **160 Euro**

Eine **Fördermitgliedschaft** bedeutet Contraste finanziell zu unterstützen. Daraus resultieren keine weiteren Verpflichtungen.

Der **Förderbetrag** kann steuerlich geltend gemacht werden.

Vereins-Satzung unter: www.contraste.org/fileadmin/user_upload/Contraste-Satzung.pdf

online-Formulare: www.contraste.org/index.php?id=99

Rückfragen bitte an: abos@contraste.org

AKTION 2017

Alarm, Alarm, Alarm!

Liebe Leser*innen,

die Hälfte unserer benötigten Spendensumme ist (fast) eingegangen. Vielen Dank an die Spender*innen, die uns im letzten Monat mit 508 Euro unterstützten. Mit insgesamt eingegangenen 3.230 Euro sind wir bei 49,7 Prozent der »Aktion 2017« angelangt. Ein gutes Gefühl. Aber die Zeit drängt. Bis Ende Oktober, wenn die »Aktion 2017« endet, benötigen wir noch 3.270 Euro, um weitermachen zu können.

Ein neuer Leser schrieb uns: »Ich bin seit der aktuellen Ausgabe Probeabonnent, und feiere eure Arbeit echt richtig, weil man beim Lesen

das Gefühl hat, die Welt ist voller Lösungen und nicht voller Probleme.« Und hat direkt Contraste-Exemplare zum Auslegen bestellt. Nach 18 Jahren ehrenamtlicher Redaktionsarbeit war dies das Kompliment, was mich am meisten erfreut hat. Ich bin mir auch sicher: In der Welt ist soviel Aufbruch im Kleinen, dass dies früher oder später auch gesellschaftliche Bedeutung erlangen wird. Und indem unsere Zeitung die Scheinwerfer auf das Neue im Alten richtet, tragen wir unser Scherflein zur Veränderung eines lebensfeindlichen Kapitalismus bei.

Gerade deswegen rufen wir: »Alarm, Alarm, Alarm!« Wir brauchen eure finanzielle Unter-

stützung. Spendet, spendet, spendet! Damit wir weitermachen können.

Erfreuliches kann ich von der Aboentwicklung berichten. Gleich drei Fördermitgliedschaften und drei neue Abos kamen dazu. Ein Abo und zwei Mitgliedschaften wurden gekündigt. Damit haben wir in der bisherigen Jahresbilanz mal wieder ein leichtes Plus. Dazu wurden gleich elf Schnupperabos bestellt.

Aus der Contraste-Redaktion grüßt

Heinz Weinhausen

Wir danken den Spender*innen

| | |
|----------------------|--------|
| P.L. | 10,00 |
| L.C+M.L. | 8,00 |
| R.S. | 10,00 |
| W.A. | 100,00 |
| Kai Böhne, Göttingen | 80,00 |
| L.R.+K.A. | 100,00 |
| P.M. | 200,00 |

BLICK VOM MAULWURFSHÜGEL



Bild: Eva Sempere

Kybernetik und Selbstorganisation

VON ULI FRANK UND BRIGITTE KRATZWALD

Wie die jeweils zur Verfügung stehenden Technologien die Organisation einer Gesellschaft bestimmen, ist ein häufig besprochenes Thema. Simon Schaupp stellt im Buch »Kybernetik, Kapitalismus, Revolutionen« (siehe Rezension in der *contraste* 393) den Zusammenhang zwischen sozialer Selbstorganisation und Kybernetik zur Diskussion. Der Begriff stammt aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, ihr Begründer Norbert Wiener verstand darunter die »Wissenschaft der Steuerung und Regelung von Maschinen, lebenden Organismen und sozialen Organisationen«. Das unterstellt, dass technische Anlagen, biologische und soziale Systeme nach den gleichen Prinzipien funktionieren. Daraus schließen manche, dass bestimmte Technologien spezifische soziale Organisationsformen, wenn schon nicht hervorbringen, so doch nahelegen.

Die kybernetischen Systeme von damals waren technische Anlagen, die sich mit Hilfe von elektronischen Feedback-Schleifen selbst steuerten – allerdings in engen Grenzen nach einem Programm, das von Ingenieuren vorgegeben war. Selbstorganisierte Technik ist nicht autonom. Biologische Systeme sind in der Lage sich ständig selbst zu reproduzieren. Genetische Anlagen geben zwar einen bestimmten Rahmen vor, allerdings ist es gerade die Eigenschaft von Leben, dass es zu spontanen Neuerungen kommen kann. Im Prozess der Reproduktion des Lebens ist der Ausgang nie sicher und führt zu vielfältigen Variationen. Deshalb ist – im Unterschied zur technischen Selbststeuerung – dieser Prozess dem Menschen auch nie vollkommen verfügbar. Durch die Entwicklung lernender Maschinen wird das möglicherweise auch bald auf diese zutreffen, was nicht zu Unrecht bei vielen Besorgnis erregt.

Noch viel weniger vorhersagbar sind soziale

Systeme, in denen es immer wieder zu unerwarteten Reaktionen kommen kann, gerade dann, wenn sie »selbstorganisiert« sind. Deshalb versuchten die herrschenden Klassen oft die Selbstorganisation der Massen zu verhindern. Im neoliberalen Kapitalismus jedoch wird individuelle Selbstorganisation zum Herrschaftsprinzip. Kybernetische Systeme dominieren heute nicht nur die Produktion, sondern auch den Dienstleistungssektor, etwa durch Meinungsumfragen, Medienevaluierungen oder Feedbackbögen für diverse Dienstleistungen oder Qualitätsaudits. Schaupp spricht daher in seinem Beitrag vom kybernetischen Kapitalismus.

Allerdings gab es schon im vorigen Jahrhundert die Vorstellung, dass solche sich selbst steuernden Technologien dazu geeignet sein könnten, soziale Selbstorganisation zu befördern. Es entstand die Idee eines »kybernetischen Anarchismus« und in Chile wurde zur Zeit Salvador Allendes an einer technischen Infrastruktur für eine selbstorganisierte Planwirtschaft gearbeitet, die viel flexibler sein sollte, als die konventionelle sozialistische Planwirtschaft. Durch die Pinochet-Diktatur wurde dieses Projekt beendet und die Infrastruktur in den Dienst des neoliberalen Umbaus gestellt.

Kybernetische Steuerung bedeutet also keineswegs notwendigerweise kybernetischen Kapitalismus und die enorme Weiterentwicklung der Technologien befruchtet soziale Utopien. Traditionell betonte die Linke im Konzept der Revolution eher die bewusste soziale Gestaltung als den technischen Fortschritt. Vielleicht wird es Zeit, dieses Vorurteil gezielt zu überprüfen. Immerhin ist es interessant, dass sich immer häufiger InformatikerInnen, PhysikerInnen und BiologInnen an wichtigen emanzipatorischen Diskursen beteiligen.

Neue Adresse oder Bankverbindung?

Leider erreichen uns immer wieder Reklamationen von Leuten, die Contraste trotz Nachsendeauftrag nicht mehr erhalten. Der Postzeitungsvertrieb ist nicht Bestandteil des Nachsendeauftrags. Wir erfahren auch nicht, dass die Zeitung nicht zustellbar ist. Die Zustellerin entsorgt diese Monat für Monat, bis sich unsere Leser*in mit einer neuen Anschrift meldet. Deshalb ist es wichtig, uns bei eurem Umzug sofort eure neue Anschrift mitzuteilen! Teilnehmer*innen am Lastschriftverfahren bitten wir bei der Änderung der Bankverbindung gleichfalls um eine Nachricht, damit die bei einer geplatzten Lastschrift anfallenden Bankgebühren vermieden werden können. Die beteiligten Banken belasten unser Konto jeweils mit Gebühren in Höhe von mindestens 5,50 Euro.

Änderungen bitte an: abos@contraste.org

Spendenticker Aktion 2017: Das Zeitungsprojekt **CONTRASTE** benötigt noch **3.270 Euro**. **Bitte spendet, spendet, spendet!**

Verabredungen zur Zusammenarbeit treffen



▲ Der Chefredakteur der Zeitung der Redakteure stellt auf dem Treffen alternativer Medien die Zeitung vor. Foto: Ulrike Kumpke



▲ Konferenzplakate: Ein Universum der Sozialen und Solidarischen Ökonomien. Foto: Ulrike Kumpke

Vom 9. bis 11. Juni 2017 fand in Athen die Konferenz UniverSSE2017 statt. Etwa 1.000 TeilnehmerInnen kamen, um an den unterschiedlichen Podien und Workshops teilzunehmen. Ziel des Kongresses war es, die unterschiedlichen Akteure im Universum der Sozialen und Solidarischen Ökonomien zusammenzubringen. Ein besonderes Treffen war das erste europäische Treffen alternativer Medien. 18 Medien aus acht Ländern nahmen daran teil.

ULRIKE KUMPE, REDAKTION BERLIN

Der Kongress in Athen war breit aufgestellt. Verschiedene griechische Organisationen aus der Solidaritätsbewegung hatten sich zusammen getan, um den Kongress zu gestalten. Darüber hinaus konnten sie RIPESS Europe als Partner gewinnen. RIPESS ist ein weltweites Netzwerk zur Förderung und Vernetzung Sozialer und Solidarischer Ökonomien. Zusammen mit der Tageszeitung und Genossenschaft »Zeitung der Redakteure« (H Efimerida ton Syntakton ; kurz: Efsyn) luden sie zum ersten Medientreffen ein. Am

Kongress nahmen insgesamt 1.000 Menschen teil. Christos Giannopoulos von »KOMVOS (Hub) for the Social Economy, Empowerment and Innovation«: »Bereits im Vorfeld gab es eine große Resonanz in Form von etwa 650 Voranmeldungen.« Das bestätigt auch Christine Papadopoulou: »Wir haben die wichtigsten Akteure in Griechenland zusammengebracht. Linke und anarchistische Gruppen und viele AktivistInnen von außerhalb. Das hat es noch nie in Griechenland gegeben.« Christine gehört, wie Christos, zum Organisationsteam vom UniverSSE2017 und zur Gruppe »Festival for Solidarity and Cooperative Economy«.

Die anarchistische und linke Bewegung in Griechenland ist stark ausdifferenziert. Die unterschiedlichen Akteure arbeiten kaum zusammen. Allerdings sind mit der Krise und den daraus folgenden Protesten viele Akteure dazugekommen, die sich weder an den alten Strukturen, noch an den Ideologien linker und anarchistischer Gruppen orientieren. Solidarität und konkrete Zusammenarbeit bildet bei ihnen den

gemeinsamen Nenner politischer Zusammenarbeit. Die Ausrichtung des Kongresses kam dieser neuen Bewegung entgegen. Viele der Workshops, wenn auch nicht alle, waren darauf ausgerichtet, dass die Akteure zusammenkommen und Verabredungen zur konkreten Zusammenarbeit treffen konnten.

Auf dem ersten Treffen alternativer Medien ging es zunächst einmal darum, sich gegenseitig kennenzulernen. Darauf waren zwei Workshops ausgerichtet: Ein erster, damit sich alle Projekte vorstellen konnten, ein zweiter, damit konkrete Verabredungen getroffen werden konnten.

Die »Zeitung der Redakteure« trug zunächst ihr Anliegen, zu diesem Treffen einzuladen, vor: Zum einen sehen sie die alternativen Medien als Teil der aktuellen Solidaritätsbewegung, zum anderen wollten sie diskutieren, wie es möglich sein kann, anders zu berichten. Die »Zeitung der Redakteure« wurde 2010 inmitten der Krise gegründet als die zweitgrößte griechische Tageszeitung insolvent gegangen war. Die arbeitslos gewordenen Redakteure gründeten ihre eigene

Zeitung und diese ist aktuell die drittgrößte Tageszeitung Griechenlands.

Die TeilnehmerInnen des Treffens kamen unter anderem aus Großbritannien, Griechenland, Frankreich, Spanien, Italien und Slowenien. Viele Zeitungen und Zeitschriften beteiligten sich, aber auch Internetplattformen und Radios. Aus Deutschland nahm Contraste teil. Eingeladen waren außerdem oya und taz, welche nicht am Treffen teilnahmen. Ein dringendes Anliegen vieler Projekte ist es, unterschiedliche Finanzierungsmodelle kennen zu lernen, da sich die meisten in einer sehr prekären finanziellen Situation befinden. Dies ausführlich vorzustellen und zu diskutieren, dafür reichte die Zeit allerdings nicht aus. Konkret verabredet wurde, dass alle Projekte kontinuierlich Artikel in Englisch teilen werden, um Nachrichten und Entwicklungen aus den unterschiedlichen Ländern besser zugänglich zu machen. Außerdem wurde ein Folgetreffen im Frühjahr 2018 verabredet.

Mehr Infos unter:
<https://universe2017.org>

ATHEN: PROJEKT MIT, VON UND FÜR GEFLÜCHTETE UNTERSTÜTZEN

Hände weg vom City Plaza!

Geflüchteten ein menschenwürdiges Zuhause anbieten, dafür steht das Projekt City Plaza in Athen. Es ist eine Ohrfeige für die griechischen Behörden und zeigt, dass es nicht notwendig ist, Geflüchtete unter unmenschlichen Bedingungen unterzubringen. Deshalb ist das Projekt räumungsbedroht und wünscht sich weltweite Unterstützung durch eine Petition. Dies ist ihr Aufruf:

RICHARD SONNTAG, BERLIN

Eröffnet in Athen am 22. April 2016, wurde das City Plaza von einem seit acht Jahren leerstehenden Hotel in ein Projekt umgewandelt, das bisher über 1.500 Geflüchteten Unterkunft, Essen, medizinische Versorgung und Bildung geboten hat – inklusive vieler Kinder, älterer, schwacher und verletzlicher Menschen. Das City Plaza ist eine Alternative zu den

unmenschlichen Bedingungen der Flüchtlingscamps. Es beherbergt im Herzen Athens 400 Geflüchtete. Sie können hier in Würde, Sicherheit und mit Privatsphäre leben. Ein Leben, das in dieser Form in den offiziellen Flüchtlingscamps und Internierungslagern nicht möglich ist.

Aber das City Plaza ist nicht nur ein Hausprojekt sondern auch ein politisches Projekt, das beweist, dass menschenwürdige Unterbringung in Griechenland sogar ohne Personal, institutionelle Unterstützung oder Experten möglich ist. Das Projekt zeigt damit, dass es eine bewusste Entscheidung der Regierung ist, eine unmenschliche Unterbringung zu forcieren. Diese Entscheidung isoliert Geflüchtete physisch und sozial, indem sie in Lager, Internierungszentren und Hot Spots gebracht werden, und verfestigt damit Grenzen.

Das City Plaza hat eine zentrale

Rolle gespielt innerhalb der Flüchtlings-solidaritäts-Bewegung: Es hat die internationale Kampagne gegen den EU-Türkei-Deal angeführt, es kämpft um Rechte für Geflüchtete und konnte einige Rechte, wie den Zugang zu Bildung und medizinischer Versorgung, erkämpfen.

Das City Plaza erhält keine Unterstützung von Regierungen oder von NGOs. Es wird gänzlich finanziert und betrieben durch solidarische Menschen in Griechenland und weltweit. Leute kommen aus der ganzen Welt, um hier zu arbeiten und mit den Geflüchteten zusammen zu leben und ihrer Solidarität so Ausdruck zu verleihen.

Am 7. Juni diesen Jahres berichteten verschiedene Zeitungen, dass das City Plaza genauso wie die beiden anderen Athener Squats Papouchadiko und Zoodochou Pigis 119 von einer Räumung bedroht sind. Das Ergebnis wäre, dass mehr

als 400 BewohnerInnen des City Plaza, davon mehr als 150 Kinder, gezwungen wären, wieder in die Flüchtlingscamps zurück zu kehren oder obdachlos in Athen leben müssten. Es ist nicht nur ihr Zuhause, das bedroht wird, sondern auch ihre Sicherheit und ihr Wohlbefinden.

Mit eurer Solidarität und Unterstützung können wir es schaffen, dass das City Plaza offen bleibt. Bitte unterschreibt die Petition:

<https://www.change.org/p/hands-off-city-plaza-and-all-squats>

weitere Infos unter:
<https://best-hotel-in-europe.eu/>
<https://de-de.facebook.com/sol2refugeesen/>

City Plaza: Unterkunft für Geflüchtete und Solidaritätsort
Aharon Ave. 78, 10434, Athen
Nähe Victoria Metro Station

UWS-Druck sucht Räume

Die Szene-Druckerei UWS sucht nach einem Brand per sofort neue Räume. Sie sollten etwa 250 bis 350 Quadratmeter groß und möglichst zentral, bevorzugt im Stuttgarter Osten, Mitte, West oder Süd, gelegen sein. Auch solidarische Drucker sind gefragt, denn UWS sucht Ersatz für ihre »SM 74 4-Farben« und eventuell weitere Druckmaschinen. Auf Unterstützung und Tipps freut sich

hgstaschik@uws-druck.de.

Unterstützt Vio.me

Das Arbeiterkollektiv von vio.me bittet um weitere Unterstützung. Ende Mai gab es erneut den gerichtlichen Beschluss die beweglichen Güter, die sich auf dem Fabrikgelände von vio.me befinden zu versteigern. Um ihr Einkommen zu sichern benötigen sie das Gelände und die Maschinen. Seit nunmehr viereinhalb Jahren wehren sie sich gegen Verarmung und Perspektivlosigkeit. Solidaritätserklärung und Petition findet ihr unter:

<http://gskk.eu/?p=3496>

ANZEIGE

Ausgabe 3 | 17

Wasser und Abwasser



Grundwasserschutz, Hochwasser, energieautarkes Klärwerk oder Badespaß im Baggersee: Wasser und Abwasser überschreiten (auch thematisch) so manche Grenze.

Neue Gesetze und Verordnungen beschäftigen die Fachleute – in AKP 3/17 erklären sie, was KommunalpolitikerInnen wissen sollten.

Weitere Themen:

- Minderjährigen-Ehen
- Bürgerbus und PBefG
- Hebammenversorgung
- Ausbildung von Geflüchteten

Einzelpreis der AKP: 11 Euro plus 1,30 Euro Versand | Abopreis (6 Ausgaben): 60 Euro

AKP – Alternative Kommunalpolitik
Luisenstraße 40 | 33602 Bielefeld
Ruf 0521.177517 | Fax 0521.177568

www.akp-redaktion.de

INITIATIVE UNISOLAR POTSDAM E.V.

Studierende mischen Ökobilanz der Uni Potsdam auf

Die Gruppe UniSolar der Universität Potsdam hat sich eine Photovoltaikanlage bauen lassen, aus deren Erträgen sie Bildungsveranstaltungen finanziert, die die Lehre der Uni um interdisziplinäre Themen der Nachhaltigkeit ergänzt. Seht und lest, warum das genau die Bewegung von unten ist, die die Uni dringend braucht.

CLAUDIA DUBE, IMWANDEL

Energie Sans Souci - Energie ohne Sorgen - So heißt es auf der Webseite der Gruppe UniSolar. Warum man sich bei der Nutzung von Energie überhaupt Sorgen machen muss, darüber möchte die Initiative campusweit aufklären. Als sichtbares Praxisbeispiel wurde 2010 eine Photovoltaikanlage am Campus Golm der Uni Potsdam installiert. Mit den Geldern aus dem Ertrag der Anlage werden Veranstaltungen finanziert, die die Studierenden mit Themen in Auseinandersetzung bringen sollen, die einen kritischen Blickwinkel auf aktuelle Geschehnisse ermöglichen.

UniSolar hat sich 2008 als studentische Initiative gegründet, um Nachhaltigkeit an der Uni, sowohl bei Studierenden als auch bei Mitarbeiter*innen zu etablieren. Nur darüber reden hat den Mitgliedern der Gruppe nicht gereicht. Etwas Konkretes musste her, etwas, das Nachhaltigkeit in die Praxis umsetzt und gleichzeitig für alle Studierenden sichtbar ist. Zum einen war die Idee für die Solaranlage geboren, die unter anderem mit finanzieller Unterstützung des Allgemeinen Studierenden Ausschusses (AStA) der Uni Potsdam als Kreditgeber 2010 realisiert wurde, zum anderen hat die Gruppe eine alte Telefonzelle am Campus aufgestellt. Dort können Mitglieder der Uni nicht mehr Gebraucht loswerden und andere sich dessen habhaft machen - Zelleitung, halt. So bringen sie Nachhaltigkeit nicht nur ganz praktisch auf den Campus, sondern haben auch auffällige Anziehungspunkte geschaffen, die die Mitglieder der Uni recht schnell in Kontakt mit der Idee und damit auch der Gruppe dahinter bringen. Sichtbarkeit ist für das Fortbestehen von UniSolar unerlässlich, denn



▲ Die 2010 installierte Photovoltaik Anlage auf einem Gebäude der Universität Potsdam soll Studierenden und Mitarbeiter*innen die Umsetzung der Idee regenerativer Energien ganz praktisch näher bringen.

Foto: Im Wandel

Studierende kommen und gehen. Die Idee soll aber weiter gedacht werden, damit die Uni Potsdam von unten nach oben grüner wird.

Von unten nach oben deswegen, weil es von oben nach unten recht schwierig ist. So hat man mit den allgegenwärtigen bürokratischen Hürden auch bei UniSolar zu kämpfen. Aktuell ist es etwas kompliziert die Genehmigung für Obstbaumpflanzungen auf dem Campus zu bekommen. Nun ja, so lange das Genehmigungsverfahren eben dauert, konzentriert man sich also wieder auf das Tagesgeschäft. Denn aus den Erträgen, die die Solaranlage abwirft, werden nicht nur Kredite getilgt, sondern auch Bildungsveranstaltungen finanziert. So wurde 2012 das Projekt Studium oecologicum begonnen. Was zunächst als selbstorganisierte Vorlesungsreihe gestartet war, ist im Rahmen des interdisziplinären Studiumpluses der Uni Potsdam fester

Bestandteil dieses Wahlpflichtbereichs. Andere Projekte waren zum Beispiel auch die Ausstattung der Hochschulgebäude mit Energiesparaufklebern, der Aufbau einer kleinen »Umweltbibliothek« als alternative Quelle für kritische Literatur und der Aufbau einer Kleidertauschbörse.

Die Gruppe UniSolar stellt ein positives Praxisbeispiel einer bottom up-Bewegung dar. Dass die Uni Potsdam, als größte Hochschule im Land Brandenburg, es trotz Druck des AStA, einiger Mitarbeiter*innen und der Gruppe UniSolar immer noch nicht geschafft hat, ein zentrales Umweltmanagementsystem zu etablieren, zeigt wie wichtig der Impuls von unten nach oben ist. Der Diskurs zwischen Uni und Studierenden ermöglicht, dass Themen der Nachhaltigkeit nicht theoretisch bleiben, sondern auch praktisch umgesetzt werden. Gerade eine so große Einrichtung wie die Uni hat auch in

der Region eine Vorbildfunktion zu erfüllen. Solange der Strom der Uni Potsdam also noch zum größten Teil aus konventionellen Quellen bezogen wird, trägt UniSolar die Idee der alternativen Energieversorgung schon einmal nach außen. So hat aktuell ein Mitglied der Gruppe ein Energie- und Bildungskonzept für das Projekt freiland in Potsdam erarbeitet. Darin wurden Ansätze zur Energieeffizienz und zur Nutzung erneuerbarer Energien identifiziert und diskutiert, wie man die Themen Klima- und Ressourcengerechtigkeit in das Bildungskonzept des freiland einarbeiten kann. Theoretisch, praktisch und interdisziplinär - so bildet man fähige Multiplikatoren für den öko-sozialen Wandel aus!

Der Wandel hat schon begonnen... willst du ihn entdecken?

In der Region Berlin-Brandenburg passiert schon viel mehr als du denkst. Projekte, Betriebe, Initiativen treiben den Wandel in Richtung einer solidarischen, ökologischen Gesellschaft täglich voran - wir berichten auf unserer Webseite und nun auch in *Contraste* regelmäßig hier auf Seite 4 über diese positiven Beispiele.

<http://www.imwandel.net/>

Video: <http://brandenburg.imwandel.net/contraste394-unisolar-potsdam>
Webseite-UniSolar: www.unisolar-potsdam.de/
Webseite-freiland: www.freiland-potsdam.de/

KOLLEKTIVE BERATUNGSSCHNIPSEL

Nein, nicht schon wieder.....

AG
Beratung

...auf das Kleingedruckte kommt es an

Am Anfang der AGBeratung stand der RGW - der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, eine Berliner Beratungsstelle, die seit 25 Jahren kollektive Projekte aller Art berät. Über die Jahre wurden die Mitglieder des RGW weniger und älter. Das angesammelte Wissen sollte aber nicht verloren gehen und so wurde Nachwuchs gesucht. Das neue Beratungskollektiv entwickelt seine eigene Struktur und Arbeitsweise, kann dabei aber aus dem Erfahrungspool 25jähriger Beratungsarbeit schöpfen. Diese Kolumne erzählt Geschichten aus dem Beratungsalltag.

www.agberatung-berlin.org

... das Thema hatten wir doch schon so oft! Ein kollektives Aufstöhnen macht regelmäßig in Betrieben und Projekten die Runde, wenn Dauerbrenner auf die Tagesordnung gerufen werden. »Wie wollen wir damit umgehen?« bildet die Auftaktformel zu oftmals gequälten und ungeliebten Debatten, »Bitte nicht.« steht in den Augen vieler geschrieben. Im Gründungsschwung erlebt die Übereinstimmung oft großzügige Höhenflüge. Nach längerem Projektleben sind die Haken und Ösen dann bestens bekannt, wiederholen sich die Argumente und Sichtweisen, es folgen die Mühen der Ebene...

Nicht schon wieder? Doch! Immer wieder stellen sich wiederkehrend Fragen, Widersprüche, veränderte Rahmenbedingungen, neue Ideen, Konflikte, unvorhersehbare Belastungen und vieles mehr dem gewünschten und erholsamen Gleichlauf im Gruppenalltag in den Weg. »Das haben wir doch schon beschlossen«, lautet nicht selten die letzte, müde und doch vergebliche Gegenwehr. Selbstverwaltung, Basisdemokratie, Gleichberechtigung,

steht auf jeder kollektiven Leuchtreklame. Doch ist sie mitunter so nervend und anstrengend herzustellen, dass Empathie, Geduld und die viel beschworene gegenseitige Achtsamkeit überfordert sind.

Trotz alledem gibt es keine echte und wirksame Alternative dazu. Die sozialen Gemeinsamkeiten, die kollektiven Ziele, die individuellen Wünsche und die politischen Absichten müssen regelmäßig auf Übereinstimmung überprüft, alte Regeln gegebenenfalls korrigiert werden. Die Wohnraum- und Mietenverteilung in Hausprojekten, die Auftragsannahme »normaler« Profitunternehmen bei Handwerkskollektiven, der Drittmittelantrag bei der Deutsche Bank Stiftung, die Verkaufspreise bei Handelsgeschäften, Einstiegskriterien, die Entscheidungsverfahren, die Bündnisfragen bei politischen Vorhaben...usw. Das alles sind zentrale Themen, die periodisch auf dem Plenumstisch landen und da auch hingehören. Jedenfalls wenn eine lebendige, solidarische und bedürfnisorientierte Projektkultur erhalten und weiterentwickelt werden soll.

Die individuellen Prioritäten und Lebensumstände ändern sich fortlaufend. Die wirtschaftlichen und marktbedingten Rahmenbedingungen zwingen zu neuen Ausrichtungen. Die Zusammensetzung der Projektgruppe wechselt. Unvorhersehbare Ereignisse fordern nicht erprobte Reaktionen. Und politische Geschehnisse verlangen spontanes Handeln. Um nur einige Faktoren als Beispiele zu nennen, die permanent im Fluss sind. Sie können (leider) nie abschließend, endgültig oder gar vorausschauend in den kollektiven Grundstein gelegt werden. Jedenfalls nicht schadlos.

Andererseits wünscht sich die große Mehrheit selbstorganisierter Menschen einen absehbaren Alltag, eine verlässliche Organisationsstruktur, also letztlich einen »sicheren« und kalkulierbaren Umgang. Was wäre leichter nachvollziehbar? Die täglichen vielfältigen Anforderungen in Gruppen machen es schwer genug den verabredeten Fahrplan einzuhalten...und dann kommen ständig die Standort- und Kursbestimmungen dazu. Streit und Konflikte entstehen nicht selten

aus dieser persönlichen und gruppendynamischen Anforderung in Permanenz. Und auch individuelle Ausstiege, der Wechsel in andere Projekte, die Rückkehr in bürgerliche Leitplanken des Lebens und/oder sonstige enttäuschte Kehrtwendungen sind nur zu verständlich: die Kraft und Energie reicht nicht immer für die nötigen Auseinandersetzungen aus, sie kann irgendwann auch mal einfach zu Ende gehen!

Wir wollen absolut keinen Pessimismus verbreiten. Doch wir erleben es häufig, dass sich entweder die Strukturen verhärten oder gerade hoch Engagierte nach einer gewissen Zeit aufgeben. Diese mühevollen, nicht so glamouröse Seite der Autonomie und Selbstverwaltung wird zu selten besprochen, auch in dieser Zeitschrift.

Es gibt leider kein Patentrezept für eine gute Balance, wir sind dazu »verdammte« im Kontakt und Gespräch miteinander zu bleiben. Vielleicht würde uns ein wenig mehr Nachsicht und Großzügigkeit mit uns selber und anderen gelegentlich den größten Gefallen tun.

Willi Schwarz

WOLLVERARBEITUNG BEI LONGO MAÏ

» Wir spinnen ohne Chef! «

Dieser Spruch stand in den 1980er Jahren auf einem Plakat der Longo maï eigenen Spinnerei in Chantemerle, in den französischen Alpen. Diese Spinnerei wird bis heute von den BewohnerInnen aller Longo maï-Kooperativen gemeinsam betrieben und gerade in diesem April haben sich einige Leute vom Ulenkrug-Hof in Mecklenburg-Vorpommern dorthin auf die Socken gemacht.

ANNE, LONGO MAÏ-HOF ULENKRUG

Es soll nämlich die Turbine ausgebaut werden. Seit 40 Jahren nutzt Longo maï mit dieser Turbine die Wasserkraft des Flusses Guisane. Sie liefert den Strom, mit dem die Maschinen betrieben und die Wolle verarbeitet wird.

Die Turbine muss komplett überholt werden. Allein ihr Ausbau ist schon eine ziemliche Herausforderung, weil sie groß, schwer und unter dem Spinnereigebäude eingebaut ist. Nach einigen vorbereitenden Kanalarbeiten, wird jetzt also im Gebäude eine Öffnung geschaffen, damit sie rausgeholt werden kann. Da sind technisches Wissen, kreatives Denken und vielfältige Unterstützung gefragt. Die Überarbeitung der Turbine selbst macht dann eine kleine, kollektiv betriebene Firma in Süddeutschland.

Auch zu »normalen Betriebszeiten« engagieren sich mehrere Menschen vom Ulenkrug in der Spinnerei. Die einen begeistern sich für die präindustriell anmutenden Maschinen und beteiligen sich an deren Reparatur. Anderen gefällt die Idee, vom Schaf bis zum Pullover, die ganze Kette der Wollverarbeitung mitmachen zu können und helfen deshalb bei der Wollwäsche im Sommer, beim Herstellen der Fäden, beim Stricken, Weben oder beim Fertigstellen der



▲ Der Schafscherkurs macht Station in Wankelkow, Mecklenburg-Vorpommern

Foto: Longo maï

Pullover, Jacken, Decken und Socken. Alle schätzen den Ort als Treffpunkt, an dem sich Leute aus den verschiedenen LM-Kooperativen treffen und kennenlernen. Und ich habe mich bei meinem ersten Besuch sofort in den Geruch verliebt: eine Mischung aus nasser Wolle und Maschinenöl – ein toller Duft!

Leider gibt es heutzutage kaum noch Spinnereien in West-Europa,

die Wollverarbeitung von Anfang bis Ende betreiben. Die Textilproduktion findet heute zu großen Teilen in Asien statt, bekanntlich oft unter furchtbaren Arbeitsbedingungen, und Wolle als Material ist größtenteils durch Kunstfaser verdrängt worden. Nach EU-Richtlinie gilt Wolle mittlerweile sogar als landwirtschaftliches Abfallprodukt.

Uns ist es wichtig, die Wolle unserer

rauwolligen Pommerschen Landschaften nutzen zu können. Diese Rasse stammt hier aus der Küstenregion und gilt als vom Aussterben bedroht. Gerade erleben wir eine sehr entspannte Ablammung, bei der bisher 32 Muttertiere 48 Lämmer zur Welt gebracht haben. Sie sind ganz schwarz, ganz süß, manchmal ein bisschen anstrengend, rennen in großen Lämmerbanden durch den Stall und machen ihre Luftsprünge.

Ende des Sommers werden sie das erste Mal geschoren und ihre dunkle, weiche Wolle geht in die Spinnerei. Auch die hellere, zum Teil silber-blaue Wolle der älteren Schafe wird in die Spinnerei gebracht. Sie werden Ende Mai während eines Schafscherkurses auf dem Ulenkrug geschoren. In dem vom deutsch-französischen Jugendwerk geförderten Kurs lernen französische und deutsche junge Menschen seit vielen Jahren gemeinsam das Scheren der Schafe. Die Wolle der erwachsenen Schafe ist relativ lang und robust, braucht bei der Verarbeitung etwas mehr Fingerspitzengefühl, ist aber sehr gut geeignet für wasser- und windresistenten, größeren Jackenstoff und für Wolldecken. Die Kettfäden für den Webstuhl sind schon gesponnen ...

Die Ulenkrug-Wolle in der Spinnerei macht nur einen kleinen Teil der in der Spinnerei verarbeiteten Wolle aus, vielleicht 100 kg im Jahr. Insgesamt werden dort zur Zeit ca. 4 Tonnen Roh-Wolle pro Jahr verarbeitet. Die »restliche« Wolle kommt von anderen Longo maï Kooperativen und anderen kleinen Züchtern im Süden Frankreichs und von einem Kleinzüchter-Netzwerk in der Schweiz.

Die Longo maï-Spinnerei ist ein spannendes Abenteuer und eine tolle Produktionsstätte, in der wir uns auch in den nächsten Jahren weiter engagieren werden. Und sie ist in vielerlei Hinsicht eine Herausforderung, nicht nur energietechnisch in Bezug auf die Turbine. Es gibt viel zu lernen: wie die verschiedenen Maschinen funktionieren und bedient werden, über Woll- und Fadenqualitäten, über kreative Entwicklung und Verarbeitung. Und nicht zuletzt wie wir zusammen weiter spinnen, ohne Chef!

aus Ulenkrugbrief 39, April 2017

RHEINLAND: CONNECTING MOVEMENTS CAMP VOM 18. BIS 23. AUGUST 2017

Zeit zu handeln!

Mehr Visionen, Utopien und Strategien entwickeln: Deshalb wird vom 18. bis 23. August 2017 das Connecting Movements Camp (CoMo) im Rheinland stattfinden – ein Camp neben und in Zusammenarbeit mit dem Klimacamp, auf dem ein Raum geschaffen und eröffnet werden soll, der Menschen verschiedener sozialer Kämpfe und Bewegungen, Solidarische oder einfach Interessierte zusammenbringt.

VORBEREITUNGSGRUPPE,
CONNECTING MOVEMENTS CAMP

Das CoMo soll ein Ort sein, an dem eine kritische Reflexion von uns selbst und unseren politischen Strukturen möglich ist. Wo wir uns kennenlernen, vernetzen, inspirieren, streiten, Unterschiede diskutieren, Gemeinsamkeiten finden und Perspektiven/Visionen/Utopien/Strategien auf den Weg bringen können. Wir wollen uns über politische Strukturen austauschen, unseren Alltag reflektieren und über persönliche Herausforderungen, Ängste oder Bedürfnisse reden. Dabei ist uns besonders wichtig mitzudenken, dass all dies in eine patriarchale und rassistische Gesellschaft voller Leistungsdruck, Konkurrenz und kapitalistischer Verwertungslogik eingebettet ist und von diesen herrschenden Machtverhältnissen geprägt wird.

Lokale Folgen vom Klimawandel durch extreme Wetterereignisse sind noch massiver, wenn diese auf ausgetrocknete, nährstoffarme Böden

treffen. Diese degradierten Böden wiederum sind an vielen Orten des globalen Südens direkte Auswirkung einer neokolonialen, extraktivistischen Landwirtschaft. Zu guter Letzt ist die extraktivistische Landwirtschaft selber ein massiver Verursacher von CO₂ und anderen Klimagasen. Durch degradierende Böden werden jährlich CO₂ Emissionen in der Größenordnung der fossilen Klimagase freigesetzt.

Fundamentale Gerechtigkeitsfragen

Es werden die Lebensgrundlagen von Menschen zerstört. Dürreperioden und Überflutungen führen zur Zerstörung landwirtschaftlicher Nutzflächen. Dies führt zwangsläufig zu erheblichen sozialen Konflikten und zum Verlust reproduktiver Selbstbestimmung. Immer mehr Menschen müssen fliehen. Frauen* aus Agrargesellschaften leiden darunter besonders, denn sie sind häufig für die Versorgung der Familien zuständig und übernehmen zudem einen Großteil an Tätigkeiten in der landwirtschaftlichen Produktion.

In Deutschland und Europa ist die Antwort auf die berechtigten Forderungen der geflüchteten und hier ankommenden Menschen – denen durch Landraub von Weltkonzernen, Klimawandel ausgelöste Dürren oder mit europäischen Waffen geführte Kriege die Lebensgrundlagen zerstört wurden und werden – Ablehnung, Rassismus

und Rechtlosigkeit. Auch sexualisierte Gewalt (vor allem gegen Frauen*) als Kriegswaffe beim Kampf um die knapper werdende Ressourcen und in Massenerkennung sind keine Seltenheit.

Im Laufe des letzten Jahres wurde in Deutschland durch mehrere »Asylpakete« aka Asyl(un)rechtsverschärfungen das Menschenrecht auf Asyl noch weiter ausgehebelt und somit praktisch abgeschafft. Unzählige Angriffe auf Unterkünfte von Geflüchteten und Einzelpersonen, offene rassistische Hetze und Kriminalisierung geflüchteter Menschen prägten Bilder und Diskurse der letzten Zeit. Gleichzeitig werden Bewegungsfreiheit, Arbeitsmöglichkeiten, Zukunft und Würde entzogen.

Auf dem G20-Afrika-Gipfel, der Mitte Juni in Berlin stattfand, wurden rassistische, ausbeuterische und neokoloniale Abkommen ausgehandelt: »Investitionspartnerschaften«, die die afrikanische Wirtschaft ankurbeln sollen. Letztendlich bedeutet das jedoch nichts anderes als das Schaffen weiterer Abhängigkeits- und Ausbeutungsverhältnisse, noch mehr Landgrabbing mit dem vorrangigen Ziel, Menschen davon abzuhalten, nach Europa zu kommen – Migrationskontrolle und Abschottung des europäischen Grenzregimes schon in afrikanischen Staaten. Auch im gesellschaftlichen Diskurs über den Klimawandel und in den internationalen Verhandlungen auf den Klimagipfeln, die von den Ländern des Nordens

dominiert werden, zeigen sich rassistische Denkmuster – beispielsweise beim Gipfel in Paris im Dezember 2015 das viel gefeierte 1,5°C-Ziel (Begrenzung der weltweiten Temperaturerhöhung auf 1,5°C). Hier wird billigend in Kauf genommen, dass kleine Inselstaaten, wie in der Karibik, überflutet werden und tausende Menschen ihre Lebensgrundlage genommen wird.

Da der Inhalt des Connecting Movements Camps im Rahmen

eines Open Space Formats sein wird, rufen wir euch auf und laden euch ein, Themen, Ideen, Texte und was euch eben wichtig ist und einfallen mitzubringen!

Wir alle zusammen werden das CoMo-Camp gestalten und mit Inhalten, Vernetzung und Lernräumen füllen.

Mehr Infos findet ihr hier:
<http://www.klimacamp-im-rheinland.de/como/>

ANZEIGEN

Schwerpunkt GWR 420: 45 Jahre Graswurzelrevolution

Probeheft kostenlos: www.graswurzel.net

BEWEGUNG

IST DAS KONZEPT DER »SOLIDARITY CITIES« AUF DEUTSCHLAND ÜBERTRAGBAR?

Solidarische Verschwiegenheit und furchtlose Partizipation

Laut einer aktuellen Studie des Strategie-think-tanks McKinsey Global Institute, die Anfang 2017 von der Bundesregierung in Auftrag gegeben worden war, sollen im Jahr 2017 bis zu 570.000 als »ausreisepflichtig« deklarierte Menschen aus Deutschland abgeschoben werden. Kann eine Bewegung von Solidarity Cities eine adäquate Antwort sein, um weitere Abschiebungen zu verhindern?



▲ Wandgemälde an einem Hausprojekt.

Foto: Kai Böhne

INITIATIVE SOLIDARITY CITIES, OSNABRÜCK

In Anbetracht der Tatsache, was Hunderttausende auf sich genommen haben, um ihr Leben zu sichern oder einen gewählten Ort zu erreichen, werden sie sich nicht einfach in sogenannte sichere Drittstaaten abschieben lassen. Das kann eine neue Generation von Sans-Papiers, das heißt undokumentierte Menschen, in Deutschland und überall in Europa zur Folge haben. Diejenigen, die keine Möglichkeit eines Lebens in der Legalität haben, weil das deutsche Asylsystem sie »ausselektiert«, sollen nicht allein dastehen. Es existierte während des sogenannten langen Sommers der Migration der Jahre 2015 und 2016 eine Art Willkommenskultur sowie lokale und bundesweite Widerstände gegen die Abschiebekultur – insbesondere gegen den ersten Abschiebeflug nach Afghanistan im Januar 2017. Außerhalb zeigen erfolgreiche Abschiebeverhinderungen, dass solidarische Menschen nicht tatenlos zusehen, wie Menschen deportiert werden. Und: Der Zweifel an der vorherrschenden Abschiebepolitik hat zumindest partiell auch die politische Klasse erreicht – mehrere Bundesländer, darunter Schleswig-Holstein, haben sich gegen die Abschiebedoktrin der Regierung ausgesprochen.

Ähneln dies jener Situation, die in den USA in den vergangenen Jahren zu der politischen Kultur der Sanctuary Cities führte und deren breiter Widerstand gegen die Trump-Dekrete für weltweite Aufmerksamkeit sorgte?

Von der Underground Railway zu Sanctuary City

Die Geschichte der Sanctuary Cities in den USA geht zurück auf das Sanctuary Movement in den 1980er Jahre, in denen Ronald Reagan als US-Regierung Kriegspolitik in Zentralamerika betrieb und denjenigen, die vor ebendiesem Krieg flohen, kein Asyl gewährte.

Die ersten, die Migrant*innen aus Honduras, Guatemala oder El Salvador Kirchenasyl gewährten, waren Christ*innen verschiedener Couleur. Sie bezogen sich dabei auf eine Tradition, die von der Underground Railway, also der Unterstützung fliehender schwarzer Sklav*innen Mitte des 19. Jahrhunderts, bis hin zum Schutz für desertierende Soldat*innen während des Vietnam-Kriegs reichte.

Ein weiterer Anstoß zur Gründung

der Sanctuary Cities war die als Sensenbrenner Bill bekannt gewordene Gesetzesinitiative des Jahres 2005. Ähnlich den aktuellen Trump-Dekreten sah sie ein restriktives Vorgehen gegen Millionen von Chicanos vor – Mittelamerikaner*innen, die seit den 1960er Jahren die US-mexikanische Grenze überquert und sich in vielen US-Städten ein Auskommen gesucht hatten, sowie ihre in den USA geborenen Kinder. Sie wurden diskriminierend als Chicanos bezeichnet. Inzwischen ist es jedoch eine Selbstbezeichnung der vor allem aus Mexico stammenden Migrant*innen. Im Frühjahr 2006 gingen hunderttausende Menschen aus Mittelamerika, zuerst in Chicago, schließlich in vielen weiteren US-amerikanischen Städten, gegen dieses Gesetz auf die Straßen: Mit mexikanischen Fahnen, Stars and Stripes und dem Singen der US-amerikanischen Hymne. Die jahrelange Netzwerkarbeit von Selbstorganisations der Chicanos und zahlreichen Unterstützer*innen war erfolgreich: Die Sensenbrenner Bill wurde zurückgezogen. Die Initiativen setzten ihre Netzwerk- und Selbstorganisation fort und Chicago erklärte sich 2012 zur Sanctuary City. Inzwischen sind es 39 Städte und 364 Counties, die sich in den USA Sanctuary City bzw. County nennen.

Europäische Versuche

Auch in verschiedenen europäischen Ländern gibt es – inspiriert vom Sanctuary Movement aus den USA – Bestrebungen in eine ähnliche Richtung.

So gibt es bereits einige Sanctuary Cities in Großbritannien: Sheffield machte hier im Jahr 2007 den Anfang. In Spanien hat Barcelona sich unter der linken Bürgermeisterin Ada Colau zur City of Refuge (Stadt der Zuflucht) erklärt. Eine Demonstration in Barcelona am 18. Februar dieses Jahres mit 500.000 Teilnehmer*innen, die ein europaweites Bleiberecht für Migrant*innen aus Griechenland und Italien forderte und der Toten des Mittelmeers gedachte, war ein wichtiges Signal – für ganz Europa. Jedoch wurde dabei auch deutlich, dass erst wenige Geflüchtete Barcelona erreicht haben und dass es bislang nicht gelungen ist, die zahlreichen Arbeiter*innen auf den illegalisierten Arbeitsmärkten Spaniens in das Konzept einzubeziehen. Im englischen Sheffield zeigt sich die Situation noch deutlicher. Die Sanctuary

Bewegung bezieht sich hier lediglich auf jene Refugees, die die Stadt trotz all der innereuropäischen Grenzsicherungen erreicht haben und einen (un/sicheren) Aufenthaltsstatus haben.

Anders ist die Situation in Griechenland, Italien, Österreich und Deutschland. Hier gibt es sehr viele Migrant*innen, die von Abschiebung bedroht sind – ähnlich wie in den USA und in Kanada. Wenn es um Vorbilder geht, erscheint der Kampf um die Solidarity City Toronto für diese europäischen Länder daher als am ehesten übertragbares Beispiel.

Die Aktivist*innen der größten kanadischen Stadt rund um das No One Is Illegal-Netzwerk begannen nach dem Vorbild Chicagos im Jahr 2004 einen langwierigen Zyklus von Kampagnen, der im Frühjahr 2013 in die Erklärung des City Councils mündete, mit der Toronto zur ersten Sanctuary City Kanadas deklariert wurde.

Solidarity City Toronto

Am Anfang der Kampagnen in Toronto stand kein Appell an die parlamentarische Politik, sondern die Stärkung und Vernetzung verschiedener Basisinitiativen. No One Is Illegal Toronto begann 2004 mit der Initiative Don't Ask Don't Tell – was die Forderung an Polizei sowie alle Behörden und Mitbürger*innen meint, niemanden nach Aufenthaltspapieren zu fragen oder die Kenntnis über einen nicht-legalen Status nicht weiterzugeben. Bei den Migrant*innen, die nach wie vor in großer Zahl aus Kanada abgeschoben werden, handelt es sich meist um sogenannte Visa Overstayers, die sich für wenig Geld auf den illegalisierten Arbeitsmärkten verkaufen und in extremer Prekarität leben müssen.

Es entstanden Kampagnen gegen das Lohndumping in informellen Beschäftigungsverhältnissen, gefolgt vom Einsatz für ein Bildungsrecht an Schulen, für die Verteilung von Lebensmitteln und gegen Einsparungen von städtischen Leistungen. In einem breiten und diversen Bündnis mit sozialen Initiativen, Kirchenkreisen, Menschenrechtsgruppen, Vereinen von Anwalt*innen, Kulturschaffenden bis hin zu Teilen der Stadtverwaltung entstand schließlich eine Bewegung, die 2013 in den Beschluss des City Councils mündete.

Aktivist*innen aus Toronto weisen allerdings auf den Unterschied hin zwischen den Sanctuary Cities, die in den USA nicht selten von oben, durch den Beschluss der Stadträte entstanden sind und die durch die kirchlich geprägte Geschichte häufig mit Paternalismus und Protektionismus einherging und der Solidarity City Toronto, wie sie durch Graswurzel-Initiativen und Kampagnen von unten her realisiert wurden, bevor der Stadtrat schließlich abgenickt hat.

Solidarische Städte in Deutschland?

In Deutschland sind die Voraussetzungen für einen Ansatz der solidarischen Städte etwas anders: Die Polizei ist hier nicht Sache der Städte, sondern der Bundesländer, ebenso Abschiebungen, während das Bundesamt für Migration (BAMF)

eine Bundesbehörde ist.

Dennoch: Verwaltung, Ausländerbehörde, Job Center, Sozialämter, Schulen, Krankenhäuser und Kulturinstitutionen sind Angelegenheiten der Städte und der Landkreise. Das bedeutet, es gibt Spielräume für die Verwaltung, deren Nutzung es zu fordern gilt. Gerade die Selbstverwaltungsgarantie der Kommunen laut § 28 Abs. 2 GG wird in Verbindung mit dem Aufenthaltsrecht ausgeschöpft.

Wichtiger als juristische Positionen, ist allerdings die Durchsetzung von de-facto-Zuständen. Das bedeutet einen Prozess von unten zu gestalten, der in alle gesellschaftlichen Bereiche dringt und der zunächst eine Politik des »Nicht fragen – nicht erzählen« (Don't Ask, Don't Tell) etabliert, sowie Solidarität mit und Toleranz gegenüber allen Personen, die Schutz brauchen, gegenüber Aktionen von Unterstützer*innen und gegenüber der Eigeninitiativen und Selbstorganisation von Migrant*innen auslösen kann. Besetzte Häuser sind besser als Menschen auf der Straße, Essen ist für alle da, Kleiderspenden gerne. Feste feiern die Menschen ohnehin – warum nicht einfach gemeinsam?

Auf dem Weg zur Solidarity City kann das Vernetzen und Co-existieren unterschiedlicher Interessen und diverser Initiativen Teil einer gemeinsamen Strategie sein: die Initiativen der sogenannten Willkommenskultur, die sich bezüglich drohender Abschiebungen zunehmend im Stich gelassen fühlen, sowie Initiativen, denen es um Bleiberecht geht, wie »50 aus Idomeni« in Osnabrück oder Hamburg hat Platz, mit ihrem appellativen Konzept gegenüber Stadträten und der Bundesregierung, bis hin zu Gruppen wie Stadt für alle. Alle sind gleichermaßen wichtige Verbündete in einem Konzept für die Solidarity Cities und nicht zuletzt im Kampf für ein tatsächlich solidarisches Zusammenleben. Wichtig ist außerdem der Kontakt zu Refugee-Communities; für einen Prozess, eine Bewegung, ein Kampf, der gemeinsam ist und in dem möglichst viele Bedürfnisse gehört und gesehen werden.

Gerade jetzt kann ein gemeinsames Konzept und die Frage »In was für einer Stadt wollen wir leben?« ein positiver Bezugspunkt für alle Beteiligten werden, ein ermutigendes Gegenarrativ zum Erstarken des Rechtspopulismus und der Salonfähigkeit rassistischer Diskurse und Gewalttaten sein. Wir wollen uns dem Gefühl politischer Handlungslosigkeit nicht beugen, sondern gemeinsam solidarische, partizipative, emanzipatorische und selbstbestimmte Konzepte des Zusammenlebens entwickeln und umsetzen.

Suche nach Verbündeten

In den Städten, die aktiv zum Thema Solidarity Cities arbeiten – das sind aktuell Gruppen und Initiativen in Berlin, Bremen, Leipzig, Freiburg, Hamburg, Hanau, Münster und Osnabrück – geht es zunächst vor allem um die Suche nach Verbündeten.

Es gibt mehr aktive und solidarische Initiativen, als mensch annimmt und viele Menschen können sich vorstellen, an der Gestaltung einer Solidarity City teilzunehmen. Konkrete Schritt-

te und Kampagnen in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen folgen: in Kindergärten und Schulen, an Universitäten, im Gesundheitsbereich, in Wohnraum und Wohnprojekten, am Arbeitsplatz, in Werkstätten, beim Sport und im Kulturbereich. Ein weiteres Ziel kann ein städtischer Ausweis, die sogenannte City-ID sein, die allen Bewohner*innen, die in einer Stadt oder einer Kommune leben für eben diesen Raum die gleichen Rechte zuspricht, wobei in einem solchen Ausweisdokument weder Nationalität, Aufenthaltsstatus, noch Geschlecht eine Rolle spielt, was beispielsweise in New York City, die seit 2013 die City-ID eingeführt hat, zu großer Solidarität der LGBTI-Bewegung geführt hat.

Die Voraussetzung für all das ist, dass Abschiebungen effektiv verhindert werden und Projekte zum Schutz undokumentierter Menschen (Sans Papiers) so konzipiert werden, dass sich möglichst viele Menschen von ihnen angesprochen fühlen. Denn: Solidarity City heißt eben Stadt für Alle – jenseits aller Rassismen, Diskriminierungsformen und Ausgrenzungen. So kann es zum derzeit von Entfremdung, Spaltung, Konkurrenzkampf und Kontrolle geprägten kapitalistischen Alltag, einen gesellschaftlichen Gegenentwurf geben, der auf Solidarität, Mitbestimmung und Kollektivität basiert.

Diskussion

Vielleicht kommt die Frage auf, ob das Konzept einer Solidarity City lediglich ein realpolitisches, neoliberales Projekt innerhalb der bestehenden Strukturen ist und was das Emanzipatorische daran ist?

Natürlich ist die Mehrheit der Gesellschaft nicht besonders weiträumig von revolutionären Gedanken und Visionen geprägt; jedoch denken wir, dass es in dieser Bewegung möglich ist, auf unterschiedliche Weisen und verschiedenen Ebenen mitzugestalten und nicht zuletzt als eine Art »trojanisches Pferd«. Der Funke der Solidarity City-Bewegung ist bereits übergesprungen und für uns stellt sie eine neue Graswurzelbewegung dar, die von unten in alle Gesellschaftsbereiche wirken und Machtverhältnisse sowie gesellschaftliche Missstände in Frage stellen und bekämpfen will. Der besonderen Betroffenheit undokumentierter Menschen von Ausbeutung, Marginalisierung, struktureller Diskriminierung und Unsichtbarkeit in einem System der Nationalität und Staatsbürgerschaft, muss entgegengetreten werden. Die Solidarity City-Bewegung kann mit kollektiver und widerständiger Solidarität in allen Bereichen eine mögliche Antwort sein auf Unterdrückungsverhältnisse und Fremdbestimmung; auf Separation und rechte Hetze; auf Abschiebeknäste und Deportationen sein.

Dabei soll jedoch nicht eine Reproduktion von Paternalismus oder Beschützertum gegenüber Refugees stattfinden, sondern im Zentrum der Bewegung steht vielmehr die Frage, wie wir zusammen leben wollen – und zwar im Hier und Jetzt. Dafür brauchen wir kollektive und solidarische Strukturen und viele Menschen, die Lust haben dran mitzuwirken, dass aus dem Funken irgendwann ein Feuer wird.

Kontakt: info@solidarity-city.eu oder openborders@riseup.net

Lesenswertes: Harald Bauder: *Migration, Borders, Freedom. London und New York, 2016.*

Helene Heuser: fluechtlingsforschung.net/sanctuary-cities-in-der-brd/

<http://toronto.nooneisillegal.org/>

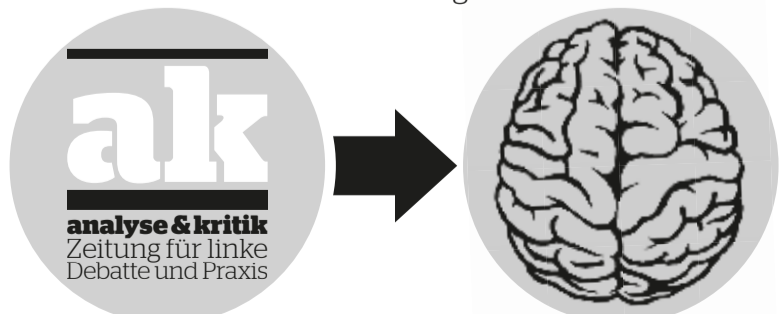
<https://sheffield.cityofsanctuary.org/>

<http://solidaritycities.eu/>

ANZEIGE

Highway to Hirn

Jetzt das **ak-Sommerabo** abschließen und zwei Monate länger **ak** lesen.



Wer jetzt abonniert, erhält ak bis 31. August kostenlos. Das reguläre Jahresabo (11 Ausgaben + Sonderhefte) beginnt mit der Septemberausgabe. Abopremien gibt es auch. Mehr unter: www.akweb.de/service

SOLAWI-GENOSSENSCHAFT VAUSS-HOF, SALZKOTTEN- SCHARMEDE

Hier ist jeder Landwirt

Das Konzept der Solidarischen Landwirtschaft möchte Solidarität zwischen Verbrauchern und Landwirten fördern. Viele Betriebe sind als Verbraucher-Erzeuger-Gemeinschaften organisiert. Inzwischen kommt die Betriebsform der gemeinnützigen Genossenschaft in den Fokus. Wie kann das Konzept der gemeinnützigen Genossenschaft für die Solidarische Landwirtschaft angewendet werden? Die SoLAWi Vauß-Hof im Paderborner Land lebt das Prinzip vor.

MARLENE RATHGEBER,
REDAKTION GENOSSENSCHAFTEN

Die Form der gemeinnützigen Genossenschaft bildet den juristischen und organisatorischen Rahmen für die Solidarische Landwirtschaft Vauß-Hof eG. Sie wurde im Januar 2016 gegründet. Der Vauß-Hof hat aktuell 130 Mitglieder. Derzeit sind 85 Ernteanteile vergeben – der durchschnittliche Ernteanteil liegt 2017 bei 68,12 Euro. Für Interessenten gibt es eine Warteliste. Jedes Mitglied zahlt einen nur ihm und den Finanzverantwortlichen bekannten Beitrag, der seinen/ihren finanziellen und persönlichen Möglichkeiten entspricht. So wird das Prinzip der Solidarität auch zwischen den Mitgliedern gelebt.

In der Gründungsphase gab es schon von Anfang an über 100 Interessierte. Aus diesem Kreis heraus wurden Arbeitsgruppen gebildet, die die Gründung in verschiedenen Bereichen wie landwirtschaftliches Konzept, Öffentlichkeitsarbeit, Leitbild, Rechtsform oder Finanzierung vorantrieben und dies teilweise immer noch tun.

Gemeinnützige Ziele

Die Solidarische Landwirtschaft Vauß-Hof eG verfolgt gemeinnützige Ziele und ist damit die erste gemeinnützige Genossenschaft im Paderborner Land. Diese Ziele sind in der Satzung des Vorstands festgeschrieben und werden im selbst formulierten Leitbild der SoLAWi verdeutlicht.

Die Genossenschaft widmet sich dem Voranbringen einer transparenten und fairen Form der landwirtschaftlichen Produktion in der Region. Sie betreibt ökologischen Landbau und Naturschutz, pflegt alte Gemüse- und Obstsorten und unterstützt die kleinbäuerliche Landwirtschaft.

Eine Gewinnerzielungsabsicht bestand von Anfang an nicht. Für die Mitglieder steht vor allem das selbst angebaute Gemüse im Vordergrund. Gemeinnützige Ziele wie Bildungsarbeit im Bereich ökologischer, regionaler Landwirtschaft, Ernährung sowie aktiver Natur- und Umweltschutz sind ebenso wichtig. Für die SoLAWi Vauß-Hof zeichnete sich deshalb bereits in der Gründungsphase ab, dass eine Gemeinnützigkeit angestrebt werden sollte. Erzielte Gewinne können in die gemeinnützigen Ziele investiert werden. Am Ausbau der Bildungsarbeit wird derzeit gearbeitet.

Verbindlichere Organisation

Eine Bio-Zertifizierung ist gegenwärtig nicht geplant. Die SoLAWi-Mitglieder sind durch das Prinzip der Genossenschaft selbst verantwortlich – die Regelungen eines Bio-Anbau-Verbandes sind dagegen eine vertrauensbildende Maßnahme für Verbraucher, die keinen oder nur wenig Einblick in einen Betrieb bekommen.

Die Rechtsform der Genossenschaft bietet eine größere Verbindlichkeit als beispielsweise die Mitgliedschaft in einem Verein: Jeder, der einen Ernteanteil zeichnen möchte, wird auch Mitglied in der Genossenschaft. Die Mitglieder werden aus der reinen Verbraucher-Rolle herausgelöst und werden Mit-Unternehmer, Mit-Landwirte. Das Teilen der Verantwortung wird so noch weiter getrieben, als es in einer Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaft möglich ist, denn alle sind wirklich für den Betrieb verantwortlich. Die Verbindlichkeit geht weit über die Zusage hinaus, einen Ernteanteil für ein Jahr abzunehmen.



▲ Gemeinsam geht das Kohlpflanzen schneller

Foto: SoLAWi Vauß-Hof

Innerhalb des Zeitraumes der Mitgliedschaft hat jedes Genossenschaftsmitglied die Möglichkeit, die Belange der SoLAWi bedeutend mitzubestimmen und weiterzuentwickeln. Im monatlich stattfindenden Plenum, das von Vorstand und Aufsichtsrat vorbereitet wird, beraten alle interessierten Genossenschaftsmitglieder über aktuell zutreffende Entscheidungen. In einem internen Forum auf der Website kann weiter über diese Themen beraten

werden. Im nächsten Plenum findet dann eine Entscheidung über das Vorgehen statt. In der Geschäftsordnung des Vorstandes ist diese basisdemokratische Struktur festgeschrieben.

Basisdemokratische Struktur

Diese Entscheidungsstruktur bedeutet, dass der Prozess der Entscheidungsfindung länger dauert, als wenn eine Person oder eine kleine Gruppe

von Personen alleine entscheidet. Die zügige Entwicklung der SoLAWi Vauß-Hof von einer Idee im Sommer 2014 bis zu einem erfolgreich agierenden Betrieb mit guten Aussichten zeigt, dass das nicht unbedingt schädlich ist. Der Prozess verlangt von allen Beteiligten Vertrauen und Geduld. Beides sind Grundvoraussetzung für das Gelingen einer Solidarischen Landwirtschaft als gemeinnützige Genossenschaft.

Die Geschäftstätigkeit wird durch den Vorstand ausgeführt und durch den Aufsichtsrat unterstützt und überwacht. In der Praxis arbeiten beide Gremien eng zusammen. Derzeit sind im Vorstand Marius Pötting, Thomas Wassong und Walter Austermeier tätig. Der Aufsichtsrat besteht aus Sven Büsing, Marlene Rathgeber und Michael Kerkhoff. Beide Gremien tagen zweiwöchentlich in genossenschaftsöffentlichen Sitzungen, in denen das aktuelle Tagesgeschäft und längere Planungen beraten werden. In die Gremien kann sich jedes Genossenschaftsmitglied wählen lassen.

Selbstorganisierte Arbeitsgruppen

Unterstützt wird die Gremienarbeit durch selbstorganisierte Arbeitsgruppen, die beispielsweise gemeinsam mit dem Gärtner Reinhard Maienhöfer die Anbauplanung vorantreiben, die Website betreiben, Veranstaltungen planen und durchführen. Die Entscheidung für die Rechtsform der gemeinnützigen Genossenschaft war und ist für die 130 Landwirte der SoLAWi Vauß-Hof auf jeden Fall die richtige. Verbraucher werden so aus ihrer passiven Rolle gelöst und werden Mitbesitzer eines Betriebes, über dessen Zukunft sie mitentscheiden. Dem Einzelnen wird die Verantwortung für seine Nahrung wiedergegeben. Bei der SoLAWi Vauß-Hof ist jeder Landwirt.

Kontakt:

www.solawi-vausshof.de,
info@solawi-vausshof.de.

BUCHBESPRECHUNG

Prosument/innen in der Landwirtschaft und anderswo

Der Sammelband »Soziale Innovationen für nachhaltigen Konsum. Wissenschaftliche Perspektiven, Strategien der Förderung und gelebte Praxis« untersucht Potenziale innovativer Formen nachhaltigen Konsums, wie kollaborative Konsum, Prosuming und Do-it-yourself. Wissenschaftler, Multiplikatoren und Akteure aus Politik und Zivilgesellschaft geben einen Einblick in Theorie und gelebte Praxis.

BURGHARD FLIEGER,
REDAKTION GENOSSENSCHAFTEN

Die Beiträge des 2017 erschienenen Sammelbandes setzen sich mit innovativen Konsumaktivitäten wie kollaborativer Konsum, Gemeingüter-Ökonomie, Prosuming und Producing, Upcycling und ReUse auseinander. Erläutert wird, welche Wirkungen sie für eine nachhaltige Entwicklung entfalten können. Neben Vorschlägen zur Systematisierung der Vielzahl relevanter Phänomene werden empirische Einblicke in die Entwicklung und Verbreitung verschiedener Typen von Innovationen sowie ihren sozial-ökologischen Wirkungen gegeben.

Der Artikel von Moritz Boddenberg, Birgit Blätzel-Mink und anderen betrachtet die Solidarische Landwirtschaft. Die Auseinandersetzung mit

dem transformatorischen Gehalt der SoLAWi ergibt den Rahmen für eine Typologie. Das Thema soziale Innovationen erweitern die Autor/innen mit einem genaueren Blick auf die Veränderungen der sich engagierenden Menschen beim Verhalten. Dabei untersuchen sie, ob die Solidarische Landwirtschaft, auch zur Herausbildung und Verbreitung emanzipatorischer Innovationen und damit zur sozial-ökologischen Transformation der Gesellschaft beiträgt.

Solidarische Landwirtschaft

Als Zwischenschritt erstellen sie eine Typologie der vorhandenen Betriebe. Sie unterscheiden drei Ansätze: SoLAWi als pragmatische Strategie, als spirituell-gemeinschaftliche Praxis und als gesellschaftspolitische Strategie. Bei den Projekten der ersten Form geht es darum, kleinbäuerliche Höfe durch eine solidarische Finanzierung zu sichern. Bei den spirituell-gemeinschaftlichen Projekten wird vor allem versucht, die materielle Entfremdung zwischen Mensch, Land und Natur aufzuheben. Bei den Typen mit einer gesellschaftspolitischen Strategie steht die Emanzipation vom kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem im Vordergrund. Alle

drei Ansätze erhöhen die Sichtbarkeit innovativer sozialer Praktiken, so die Autor/innen. Inwieweit dies auch zur Verschiebung der Kräfteverhältnisse in Richtung Transformation führt, lässt sich nach ihrer Einschätzung gegenwärtig nicht sagen.

Impulse durch Handlungspädagogik

Tobias Hartkemeyer beschreibt in seinem Beitrag »Handlungspädagogik und Gemeinschaftsgetragene Landwirtschaft« sehr anschaulich die Erfahrungen des CSA-Hof Pente. Er gibt einen Kurzüberblick von den ersten Schritten zur Initiierung einer SoLAWi hin zur Weiterentwicklung zu einem Lebenslernort und Begegnungsraum. Anfänglich waren die Betreiber des Hofes, Eltern des Autors, skeptisch gegenüber den Ideen einer gemeinschaftsgetragenen Landwirtschaft. Sie konnten sich nicht vorstellen, dass sich ausreichend viele »Gutmenschen« für ein solches Konzept finden. Die ersten Erfahrungen waren sehr ermutigend. Der Betrieb schreibt seit der Umstellung schwarze Zahlen. Heute ermöglichen 250 Personen dem Hof erfolgreich zu wirtschaften. Mittlerweile wird ein solidarisch flexibler Mitgliedsbeitrag

erhoben, über den ohne besondere Friktionen in der jährlichen Bieterunde der erforderliche Gesamtbetrag zusammenkommt.

Ebenso wichtig wie das (Land-)Wirtschaftskonzept erweist sich für den Hof die Ausgestaltung als Lernort. Dieser geht vom landwirtschaftlichen Betrieb als Klassenzimmer, über Praktikumsplätze für Schülerinnen und Schüler sowie der Ermöglichung von Praxissemestern für Studierende bis hin zum Ausbildungsort. Gegenwärtig wird an einem Aus- und Weiterbildungskonzept gearbeitet, das die Entwicklung praktischer landwirtschaftlicher Kompetenzen mit der Begleitung von Dialogprozessen, Gemeinwohlorientierung und Pädagogik verbindet. Hier zeichnen sich transformatorische Potentiale ab, zu deren Chancen sich der vorher skizzierte wissenschaftliche Artikel eher zurückhaltend äußert.

Empfehlenswerter Überblick

Auch wenn die beschriebenen Aufsätze nur einen kleinen Ausschnitt der sehr vielfältigen Veröffentlichungen widerspiegeln, sie ermöglichen dennoch eine eindeutige Bewertung: Die Beiträge geben einen Einblick in die gelebte Praxis völlig unterschied-

licher sozialinnovativer Ansätze. Das Buch kann uneingeschränkt allen empfohlen werden, die an einem Überblick in aktuelle Entwicklungen für nachhaltigen Konsum interessiert sind.

Jaeger-Erben, Melanie; Rückert-John, Jana; Schäfer, Martina (Hrsg.) (2017): Soziale Innovationen für nachhaltigen Konsum. Wissenschaftliche Perspektiven, Strategien der Förderung und gelebte Praxis, Wiesbaden (Springer), 69,99 Euro.

ANZEIGE

GID Zeitschrift mit Informationen und Kritik zu Gentechnik und Biopolitik

GID 241:
ZUKUNFTSMARKT AFRIKA?

In weiten Teilen Afrikas dominiert bis heute eine kleinbäuerliche Landwirtschaft, je nach Region werden bis zu 80 Prozent des Lebensmittelbedarfs von lokalen KleinproduzentInnen gedeckt. Das macht den Kontinent auch zu einer Fundgrube für Konzerne, die auf der Suche nach neuen Absatzmärkten sind ...

Jetzt bestellen! • GID 241 • 50 Seiten • 8,50 €

www.gen-ethisches-netzwerk.de
030/685 7073 • gen@gen-ethisches-netzwerk.de

ÜBER DEN TELLERRAND / RECHTSTICKER

ERSTER GEPLANTER CASTORTRANSPORT AUF EINEM FLUSS IN DEUTSCHLAND

Kein Schiff ist unsinkbar

Die EnBW Energie Baden-Württemberg AG (EnBW) plant 15 mit hochradioaktivem Atommüll beladene Castoren auf dem Neckar, vom abgeschalteten AKW Obrigheim zum noch bis Ende 2022 laufenden AKW in Neckarwestheim, zu transportieren. Das ist der erste Transport dieser Art auf Binnengewässern in Deutschland. Und sollte es sich für die EnBW bewähren, also ohne Proteste über die Bühne gehen, dann steigt die Wahrscheinlichkeit, dass zukünftige Castortransporte häufiger auf Flüssen stattfinden und somit das Risiko für die Bevölkerung unnötig erhöht wird.



▲ Schlepverband auf der Elbe mit Heckschaufelradschlepper »Beskydy« bei Königstein im Elbsandsteingebirge. Zukünftig könnten so Castoren auf dem Neckar transportiert werden
Foto: Ralf Schulze (cc by 2.0)

ANETE WELLHÖFER, BÜNDNIS NECKAR-CASTORFREI

Atomkraftgegner*innen stellen sich quer und fordern: keine Castortransporte auf dem Neckar, keine Atommüllverschiebung, die nur eine Scheinlösung vorgaukelt, kein weiterer Atommüll in den nicht sicheren Steinbruch von Neckarwestheim. Hintergrund: anstatt das seit Jahren genehmigte Zwischenlager in Obrigheim zu bauen, plant die EnBW die Verschiebung von 15 Castoren von Obrigheim nach Neckarwestheim. Den Bau eines Zwischenlagers hat sich die EnBW aus Kostengründen gespart. Dafür nimmt sie bei einem Atommülltransport unnötiger Weise die Gefährdung der Bevölkerung in Kauf. Das Bündnis Neckar-castorfrei meint dazu: »Die Sicherheit der Bevölkerung muss höher bewertet werden als die Kosteneinsparungen eines Stromkonzerns«. Die EnBW und das Baden-Württembergische Umweltministerium, das diesen Transport befürwortet, nehmen in Kauf, dass bei einem Unfall ein nicht voraussehbarer Schaden an Menschen und der Umwelt entsteht, nicht nur entlang des

Neckar, auch der Rhein wären davon betroffen und somit hunderttausende von Menschen. Die fünf von der EnBW geplanten Atommülltransporte, mit je drei Castoren an Bord, sollen 50 Kilometer durch dicht besiedeltes Gebiet entlang des Neckars fahren. Die beiden Schubschiffe Edda und Ronja, die das Transportschiff schieben, sind Baujahr 1968 und 69, also nicht die modernsten. Auf der Edda hat es vor vier Jahren auf dem Mittellandkanal auch schon gebrannt und solche Schubverbände waren schon des Öfteren in Unfälle verwickelt, wie Recherchen von .ausgestrahlt ergeben haben. Vor diesem Hintergrund ist es unverständlich, dass die EnBW von einem »unsinkbaren Schiff« spricht. Da wird der Bevölkerung Sicherheit vorgaukelt, die überhaupt nicht besteht.

Die Anti-Atom-Bewegung und im Besonderen die Standortinitiativen vor Ort, in Obrigheim, Heilbronn und Neckarwestheim, die an der Schiffsroute für den Castortransport liegen, fordern allesamt, dass die EnBW

von ihrem waghalsigen Unternehmen, hoch gefährlichen radioaktiven Atommüll auf dem Neckar zu transportieren, Abstand nimmt und den Atommüll vor Ort in einem nach dem neuesten Stand der Technik gebauten Zwischenlager einlagert. Dies wäre für alle die sicherste Variante und Sicherheit sollte beim Thema Radioaktive Strahlung Vorrang haben.

Ein breites Bündnis von Initiativen entlang des Neckars, aber auch überregional von Freiburg bis Hamburg, hat sich gebildet, um gegen die geplanten Castortransporte zu demonstrieren und sich am Tag X auch mit Mitteln des zivilen Ungehorsams dem Castortransport entgegen zu stellen. Das Bündnis Neckar-castorfrei stellt auf seiner Homepage www.neckar-castorfrei.de neben wichtigen Informationen rund um den geplanten Castortransport auch die Möglichkeit eines Newsletters und eines Castoralarms zur Verfügung. Das Bündnis Neckar-castorfrei ruft die Atomkraftgegner*innen dazu auf, am Tag X nach Gundelsheim und

Heilbronn am Neckar zu kommen, um mit Mitteln des zivilen Ungehorsams gegen die Castortransporte zu demonstrieren.

Mittlerweile wurde die Transportgenehmigung erteilt und das Bündnis rechnet täglich damit, dass die Castortransporte starten.

Die Anti-Atom-Bewegung klärt seit Jahrzehnten über die Risiken der Atomtechnologie auf. Sie ist ein wichtiger Bestandteil der deutschen politischen Kultur. Ihr kritischer Blick auf die Atompolitik und ihre intensive Auseinandersetzung mit den Gefahren hat nicht alle Unfälle in deutschen AKW verhindern können, aber sie hat zum Beispiel den Bau der Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) in Wackersdorf verhindert und derzeit zumindest die Nicht-Inbetriebnahme von Gorleben als »Endlager« durchgesetzt. Die Anti-Atom-Bewegung war immer eine wachsame Begleiterin und Mahnerin und hat die Bevölkerung zu Risiken der Atompolitik informiert. Die Bevölkerung ist gut beraten, auch im Fall

der geplanten Atommülltransporte auf dem Neckar genau hin zu sehen und ihr mögliches zu tun, um diese zu verhindern.

Wir sprechen uns gegen Castortransporte auf dem Wasser, der Schiene oder der Straße aus. Es ist unnötig und gefährlich Atommüll von A nach B zu transportieren um ihn irgendwann nach C zu schaffen. Solange es keine langfristige Lagerung gibt, sollte der Atommüll dort bleiben, wo er produziert wurde, und muss dort nach dem neuesten Stand der Technik gelagert werden. Was ist das besondere an diesem Castortransport auf dem Wasser? Erstmals nutzt ein Energieunternehmen in Deutschland die Wasserstraße für einen Atommülltransport und erhöht somit das Risiko für die Bevölkerung. Sollte es zu einem Unfall kommen und sich Radioaktivität zusätzlich zum Luftweg noch im Wasser verbreiten, so wäre dies eine Katastrophe mit unvorhersehbaren Folgen. Die Mär vom erfolgreich begonnenen Ausstieg entpuppt sich als großer »Einluller«. Die Bevölkerung wird vordergründig mit solchen Bekundungen beruhigt, aber in Wirklichkeit stehen wir als Gesellschaft, was die Atompolitik angeht, weiterhin vor riesigen Herausforderungen und großen Risiken und Gefahren für die Gegenwart und die Zukunft. Das Bündnis Neckar-castorfrei ruft Alle auf, sich am zivilen Ungehorsam zu beteiligen: Wehret den Anfängen. Kein Schiff ist unsinkbar, das Risiko eines Transports von hoch radioaktivem Atommüll auf dem Wasser ist unverantwortlich.

Ergänzung der Redaktion: Am 28.06 ist der erste Castor auf dem Neckar transportiert worden.
Aktuelle Infos:
www.neckar-castorfrei.de

REPRESSIONS- UND RECHTSFÄLLE

Aufruf des Bundesverband Psychiatrie-Erfahrener: Zwangsbehandlungen auf der Offenen und im »normalen« Krankenhaus verhindern!

Die Bundesregierung plant die Zwangsbehandlung auszuweiten. Dafür soll die Zwangsbehandlung von der Zwangsunterbringung getrennt werden. Man nennt dies »entkoppeln«.

Bisher war völlig klar: Nur wer mit richterlicher Genehmigung zwangsweise in der Psychiatrie untergebracht ist (Geschlossene/Geschützte), der darf - nur in diesem Fall - zwangsbehandelt werden. Wer nicht zwangsweise untergebracht ist, der hat - bis jetzt - auch keine Zwangsbehandlung zu befürchten. Die Gesetzesänderung im Bürgerlichen Gesetzbuch eröffnet die Möglichkeit für mehr Zwangsbehandlungen:

Wer sich freiwillig im Krankenhaus aufhält, der darf zwangsbehandelt werden! Auch wenn er das nicht möchte! Und zwar völlig ohne Unterbringung in der Psychiatrie. An dieser Stelle kommt man auf den zufällig entdeckten Krebs zu sprechen. Dieser soll nach ärztlichem Dafürhalten sofort behandelt werden. Die Patientin will das aber nicht. In solch einer Konfliktsituation wird regelmäßig an dem Willen und der Einsichtsfähigkeit der Patientin gezweifelt!

Sehr schnell wird eine Betreuung eingerichtet, falls sie nicht schon besteht. In der Regel folgt der Betreuer und der Richter den Entmündigungswünschen der

Ärzte. Das erklärte Dr. Martin Zinkler (Chefarzt psychiatr. Klinik Heidenheim) in der Anhörung des Rechtsausschusses des Bundestags am Mittwoch, 29.4.2017.

Niemand käme auf die Idee einen Patienten zu entmündigen/unter Betreuung zu stellen, wenn dieser der Krebstherapie zustimmt. Dann besteht ja kein Grund ...

Die mit dem neuen Gesetz bestehenden Möglichkeiten betreffen somatische Krankenhäuser und offene psychiatrische Stationen. Die Ausweitung der Zwangsbehandlung wollen wir nicht hinnehmen! Daher rufen wir alle Mitglieder und Freunde des Bundesverbands Psychiatrie-Erfahrener auf, sich an ihren örtlich zuständigen Bundestagsabgeordneten im Wahlkreis zu wenden. Im September sind Bundestagswahlen!

Weise Deinen Abgeordneten auf dieses entwürdigende Gesetz hin und frage ihn oder sie, ob er/sie das wirklich möchte. Vielleicht kannst du ihm/ihr von eigenen Erfahrungen erzählen oder hast davon gehört, wie es Menschen geht, die eine Zwangsbehandlung erlitten haben.

Ein Anschreiben kann handschriftlich oder per Computer oder per E-Mail verfasst werden. Wichtig ist es, um einen Gesprächstermin zu bitten und diesen Termin innerhalb von wenigen Wochen telefonisch einzufordern.

Gerne unterstützen wir in unseren Telefonzeiten auf Bundes- und Landesebene bei offenen Fragen; z.B. wer der Bundestagskandidat in deinem Wahlkreis ist. Auch können wir gerne ausführliche Informati-

onen schicken.

Diese findest Du auch hier, beim Landesverband Psychiatrie Erfahrener e.V. NRW: <http://www.anlaufstelle-rheinland.de>

Montag: 10-13 h (0234 - 68 70 5552), 14:30 h - 17:00 h / 19:00 h - 21:30 h (02 12 - 53 641)

Dienstag: 10-13 h & 14-17 h (0234 - 640 51 02)

Mittwoch: 14-19 h (0221 - 964 76 875) und 11-14 h (0234 - 640 51 02)

Donnerstag: 10-13 h (0234 - 68 70 5552)

Vielen Dank für Eure Mitarbeit! Zusammen sind wir stark und haben eine Chance gegen den neuen § 1906a!

Unterschriftensammlung gegen Strafen für »Containern« gestartet

Eine sehr genaue, mit einem konkreten Gesetzesvorschlag verbundene ePetition an den Bundestag wurde leider abgelehnt. Pro Legislaturperiode wird nur eine Petition pro Thema online gestellt und leider hatte es schon eine gegeben, die ungenauer war und wenig unterstützt wurde. Damit sollen die Bemühungen aber nicht zum Ende gelangen, zumal aus verschiedenen Kreisen viel Zustimmung signalisiert wurde. Daher soll, nachdem im September ein neuer Bundestag gewählt wird und somit eine neue Legislaturperiode beginnt, die Petition erneut eingereicht werden. Schon jetzt können auf Papier Unterschriften gesammelt werden, die dann mitgezählt werden! Für die ist es nämlich egal, wann die gesammelt werden (steht ja auch nicht drauf). Sie müssen nur zum Abschluss der Online-Phase dann auch im Bundestag sein. Daher rufen die Initiator*innen aus Aachen und Gießen auf, die Unterschriftenliste in

Umlauf zu bringen und kräftig auszufüllen – 50.000 Unterzeichner*innen braucht es, dann müssen sich die Bundestagsabgeordneten mit den Initiator*innen zur Beratung treffen.

Die Liste sowie weitere Informationen und den Petitionstext findet ihr unter: <http://242.blogsport.de>

Reader zum NSU-Prozess

Unter dem Titel »Prozesse der Aufarbeitung – ein erstes Fazit zum Ende des NSU-Verfahrens« hat die Gruppe »*andere Zustände ermöglichen« einen Reader in deutscher und türkischer Sprache herausgebracht. Darin kommen mehrere Beteiligte und Beobachter*innen zu Wort.

Das Werk ist für 2 Euro beim SeitenHieb-Verlag (www.seitenhieb.info) zu bestellen (ISBN deutschsprachig 978-3-86747-076-6, ISBN türkischsprachig 978-3-86747-077-3). Mehr Infos auf <http://aze.blogsport.eu/archives/1496#more-1496>.

Gegen das Einsperren - Zeitung, Filmkanal und mehr in Vorbereitung

Eine neue Zeitung, verbunden mit weiteren Medienangeboten, soll die Kritik an Gefängnissen, Zwangspsychiatrie und weiteren stärken. Berichte von Betroffenen, fachliche Abhandlungen, Kommentierung von Urteilen und Gesetzen, Vorschläge von und Erfahrungen mit Alternativen zeigen Unterschiede und Gemeinsamkeiten der verschiedenen Formen der Freiheitsentziehung und Zwangsbehandlung auf – umrahmt von

Zahlen, Zitaten, Appellen und Mitmachmöglichkeiten. Neben einer ca. 2x jährlich erscheinenden Zeitung werden Internetseiten, ein Dokufilm-Kanal und Verteilungsmöglichkeiten für Nachrichten, kritische Filmdokumentationen, Termine und mehr entstehen. Ziel ist es, die wenig beachteten Zonen des Einsperrens an das Tageslicht zu zerren und für konkrete Veränderungen zu werben. Zur Mitarbeit sind alle Menschen innerhalb und außerhalb der Mauern aufgerufen, die aufklären und Wege zu einer Welt ohne Strafe und Zwang formulieren wollen. Die Koordinierung wird in der Projektwerkstatt in Saasen liegen.

Kontakt: 06401-903283; www.gegen-das-einsperren@projektwerkstatt.de.

Politische Texte aus dem Gefängnis

Andre Moussa Schmitz schreibt immer wieder Texte »aus dem Trakt B-1 Zelle 3« in der JVA Wuppertal (Simonshöfchen 26) über die Verhältnisse im Knast und politische Forderungen zum Beispiel für bessere Einkommensverhältnisse, um haftbedingte Armut zu vermeiden. Die Texte sind unter <http://de.indymedia.org> zu finden. Andre freut sich auch über Rückmeldungen und Briefkontakt. Wegen einer Aktion gegen Atomtransporte saß in den vergangenen Wochen auch die Aktivistin Hanna Poddig im Gefängnis.

Berichte auf <http://nirgendwo.info>.

Jörg Bergstedt

COMMONING IST KOMMUNIKATION

Commons aufbauen ist mehr als Tomaten retten



▲ Neulich hatten die Tomatenretter auf dem Hof Besuch von Leuten, die eine kleine vegane Finca auf dem Lande in Uruguay aufbauen (siehe Foto). Wir konnten ihnen einige Tütchen von unseren samenfesten, bunten Tomaten mit auf ihre Reise geben und hatten viel Spaß und anregende Gespräche miteinander. --- Kurz darauf kam jemand aus dem Iran und eine kleine Delegation von Kaffee-Bauern aus Honduras. Auch sie bekamen Saatgut von uns. Allmählich entsteht ein lebendiges Netzwerk rund um diese klein gewordene schöne Erde.

Foto: Tomatenretter

Commoning als zentrale Kategorie von Commons

Zur besseren Einordnung der Commoning-Diskussion geben wir hier zwei Abschnitte aus dem gerade in Arbeit befindlichen Wikipedia-Stichwort zu Commons wieder:

»There is no commons without commoning« - dieser dem Historiker Peter Linebaugh zugeschriebene Satz (Habermann 2016, 25) fasst den auf Praktiken und Prozesse fokussierenden Commons-Zugang zusammen. Die Unterscheidung, ob etwas ein Commons ist, wird hier nicht basierend auf den qualitativen Eigenschaften einer Ressource getroffen. Das entscheidende Kriterium wird vielmehr in den Praktiken und Prozessen gesehen, mit denen sich die Beteiligten auf die Ressource beziehen (vgl. DeAngelis 2007, 243; Helfrich 2012, 90; Mattei 2013). Wasser kann als Ware in Flaschen abgefüllt und verkauft werden oder es kann als Commons genutzt, gepflegt und verwaltet werden (Euler 2016, 96). Commons werden demnach durch Commoning hergestellt. Dieser Fokus auf Praktiken ermöglicht eine Betrachtungsweise, die die Kontextabhängigkeit (Niewöhner 2012, 32) von Commons berücksichtigt. Linebaugh (2008, 279) geht einen Schritt weiter und schlägt vor, statt von Commons als Substantiv von Commoning als Verb zu sprechen: [...]

Selbstorganisation

Selbstorganisation ist zentraler Bestandteil von Commons-Praktiken (Commoning). Sie bezeichnet in diesem Kontext die Möglichkeit und tatsächliche Praxis der beteiligten Akteure, jene Regeln und Ziele zu definieren und zu implementieren, die Commons hervorbringen bzw. erhalten. Ähnlich wie in der Systemtheorie und den Wirtschaftswissenschaften (z.B. Friedrich August von Hayek), geht es in der Selbstorganisation um die Erzeugung und Selbst(re)produktion (Autopoiesis) von sozialen Systemen bzw. Organisationen und Institutionen. Doch in starkem Kontrast zu Systemtheorie und Ökonomik findet Selbstorganisation bei Commons nicht einfach »spontan« statt, sondern vor allem durch das bewusste Handeln der jeweiligen Akteurinnen und Akteure.

Im Gegensatz zur Partizipation geht es bei der Selbstorganisation nicht darum, sich an etwas Vorgefertigtem zu beteiligen, sondern das Handeln selbstermächtigend weitgehend autonom zu gestalten (Euler und Helfrich 2017). Die französischen Wissenschaftler Pierre Dardot (Philosoph) und Christian Laval (Soziologe) bezeichnen diesen Prozess als schöpferische, institutive Praxis (Dardot und Laval 2015: 429-51). Damit geht Selbstorganisation auch über den in der Rechtswissenschaft vertretenen Begriff der Selbstverwaltung hinaus, da nicht vorwiegend das administrative Management von bestehenden Organisationen gemeint ist, sondern der Aufbau, die Ausgestaltung, der Erhalt und die Veränderung der Organisation selbst. Die Idee der Selbstorganisation liegt nahe an dem, was unter kollektiver Selbstverwaltung verstanden wird.

Der Commonsforscher Stefan Meretz hebt hervor, dass die Selbstorganisation Bedingungen braucht, um zu gelingen (2012a, 62). Zentral seien Selbstbestimmung und empfundene Fairness. Selbstorganisation könne insbesondere dann scheitern, wenn sich fremde Logiken in das Commoning einschleichen. Werden etwa Resultate oder Ressourcen abstrakt gleich verteilt, ohne die unterschiedlichen Bedürfnisse zu berücksichtigen, dann kehre sich formale Gerechtigkeit in empfundene Unfairness um: »Sobald Fairness nicht beachtet wird, besteht die Gefahr, dass sich individuelle Strategien der Nutzenmaximierung durchsetzen. Dann bricht das Marktdenken in die Commons ein« (ebd., 63).

Aus: <https://de.wikipedia.org/wiki/Commons>

In einer versachlichten Welt treten mitmenschliche Prozesse, die unser Leben in hohem Maße ausmachen, in den Hintergrund. Menschen, die sich auf Augenhöhe selbst organisieren, wollen genau das verändern. Für sie rücken selbst gestaltete soziale Prozesse in den Mittelpunkt. Sie verstehen Commons als von Gruppen gepflegte Gemeingüter jenseits von Markt und Staat. Eine Gruppe, die das versucht umzusetzen, sind die Tomatenretter aus Hamburg. Kein leichtes Unterfangen, wie sich bei der Kommunikation mit den Fördermitgliedern herausstellte.

HILMAR KUNATH, HAMBURG

Die Tomatenretter bauen jedes Jahr selbst Tomaten an und geben diese überwiegend an etwa 100 Fördermitglieder ab. Den gesamten Überschuss bekommt demnächst die gerade entstehende Stadt-Land-Food-Coop. Kaufen kann man bei den Tomatenrettern fast nichts mehr. Wer noch Teil dieses Netzwerkes werden möchte, kann sich eine kleine Probiermenge auf dem Hof abholen. Außerdem hat das Team in den letzten gut zwei Jahren am »Leitseil« der Pflanzenpflege im Alltag erfahren, was es bedeutet, gemeinsam genau das miteinander zu tun, was die einzelnen gerne tun wollen. Es ist ein neuer Erfahrungsbereich jenseits von Waren, Geld, Kapital und Erwerbsarbeit entstanden.

Die Stadt-Land-Food-Coop

Im letzten Sommer waren die Fördermitglieder der Tomatenretter vom Team gebeten worden, nach der jeweiligen Ernte bei der Tomatenverteilung an den Ständen in der Stadt zu helfen. Es kam kaum jemand. Das Team war mehrfach belastet durch Tomatenpflege, Verteilung, Saatgut-Entnahmen und Gemüseanbau zur Selbstversorgung. Der Spaß drohte sich zu verflüchtigen. Ein Grund für die mangelnde Unterstützung lag wohl an der Ansprache der Fördermitglieder durch das Team. Bei den Fördermitgliedern war teilweise der Eindruck entstanden, dass Team bediene aus purer Lust möglichst viele von ihnen mit bunten, leckeren super biologischen Tomaten jeweils zum halben Marktpreis und erledige für sie gerne alle dafür nötigen Arbeiten neben ihrer Erwerbsarbeit.

Dem Team ging allmählich auf, dass das auf Dauer nicht gut gehen würde. Sie wollten schließlich mehr mit Leuten als für Leute Neues schaffen. Es entwickelte sich eine Vorstellung davon, dass sie ProduzentInnen und KonsumentInnen gleichberechtigt in einem »Club« zusammenbringen wollten. Als im Februar 2017 klar

wurde, dass eine reichliche Ernte von ihrer kleinen Finca in Spanien (in der ebenfalls viel »Arbeit« steckte) zu erwarten war, wählte das Team eine aktivistischere Ansprache. Es lud zu einer ersten Südfrüchte-Verteilung ein und versuchte deutlich zu machen, dass diese Früchte dauerhaft nur solche Leute bekommen sollten, die mindestens zwei Wochenstunden bei der Verteilung oder an anderer Stelle im Gesamtprozess mitwirken würden.

Die Südfrüchte waren ein leckerer Anfang. Später sollen sie eine Ergänzung im Winterhalbjahr sein. Der Zukauf soll begrenzt bleiben. Schwerpunkt der gemeinsam aufzubauenden sozialen Struktur soll künftig die Produktion und Verteilung von regional erzeugten Produkten sein. Es fanden sich einige Leute, die seither mitwirken, weitere Lieferungen aus der Region um Hamburg, zu organisieren und zu verteilen. Eine AG »Beschaffung« sucht gerade emsig nach (Klein-)ProduzentInnen, die bereit sind, das Solidar-Netzwerk zu beliefern, statt den herkömmlichen Markt. Eine andere AG arbeitet an einer Software, die es nicht nur direkten ProduzentInnen sondern auch KleingärtnerInnen ermöglichen soll, ihre Überschüsse ins Solidar-Netzwerk zu geben: »Teile, was du kannst!«

Commoning in Aktion

Auf ihrem Weg, ProduzentInnen und KonsumentInnen kreativ-selbstbestimmt zusammen zu bringen, ist zu beobachten, dass sich unter den wirklich Aktiven ein intensives Gesprächsgeflecht entwickelt. Als Tomatenretter sprechen sie bei ihrer »Nicht-Arbeit« immer wieder einzeln oder in kleinen Gruppen miteinander über ihre Tätigkeiten und über alles Mögliche. Teilweise hat sich diese Gesprächs-Intensität bereits auf die neue Food-Coop ausgebreitet.

Als ein Bauer ihnen zeitweise einen Acker zum Kauf anbot und dies nach zwei Wochen wieder zurückzog, haben sich die Coop-Mitglieder intensiver darüber verständigt, was sie unter »Land freikaufen« verstehen wollen. Um wenig Kosten in der Warenwelt zu machen, hatten sich die Tomatenretter bisher mit Pachten begnügt. Hier stand nun ein Kauf von sofort biologisch bebaubarem Land in Aussicht. Die Interessierten verständigten sich darüber, dass sie das Land nicht persönlich besitzen wollten. Vielmehr wollten sie eine inhaltlich-gemeinnützige Trägerschaft mit aufbauen und dann (u.a. mit Teilgruppen der neuen Coop) ein lebenslanges Nutzungsrecht anstreben: »Besitz statt Eigentum«. Ein zu gründendes Acker-Syndikat als Teil des Mietshäuser-Syndikats könnte in solchen Fällen helfen.

Tomatenretter

Das achtköpfige Team der Tomatenretter / Selbstversorger baut ein öffentlich zugängliches Saatgutarchiv für Tomatensamen mit alten, samenfesten Sorten auf. Ihr vorrangiges Ziel ist es, Tomatensaatgut für den persönlichen Bedarf gegen Spende nach Selbsteinschätzung, das heißt, ohne direkte Marktmechanismen, zugänglich zu machen und vor global handelnden Saatgutkonzernen zu »retten«. Dabei ist ihnen eine Vernetzung mit ähnlichen Initiativen wie der Saatgutkampagne, Arche Noah und mit vielen Einzelpersonen im Land wichtig. Eine solche Praxis kann dazu beitragen, sich Schritt für Schritt abzustößeln von der zunehmend die gesamte Herstellung und Nutzung von Saatgut beherrschenden Stellung dieser Konzerne.

Schon viele Interessierte haben Tütchen mit Saatgut oder Jungpflanzen von den Tomatenrettern erhalten. Alle sind gebeten, die Saat selbst auszusäen, dann aus den Früchten neue Saat zu entnehmen. Wie das geht, kann man von den Tomatenrettern vor Ort oder im Internet lernen und das Saatgut im Bekanntenkreis weiter verbreiten. Viele haben schon die Samen und/oder die Informationen gestreut. Das Team regt an, Ähnliches in anderen Regionen in Zusammenarbeit miteinander zu beginnen.

Mehr Infos:

<https://www.facebook.com/tomatenretter/>
www.tomatenretter.de

ANZEIGE

Die Wochenzeitung **Jungle World**

Es bleibt kompliziert

SCHWERPUNKT COMMONING — GEMEINSAM UNTERWEGS

CARE-COMMONS

Beziehungen unterstützen

Eine Wirtschaft soll rund um die Menschen und menschliche Beziehungen aufgebaut sein; vielleicht insbesondere rund um jene Bereiche, wo wir Menschen besonders auf die Unterstützung und die Fürsorge durch andere Menschen angewiesen sind: Inwieweit können Commons eine solche Orientierung unterstützen?

NICOLE LIEGER, WIEN

Care – das Für-Einander-Sorgen, wo Menschen sich um andere Menschen kümmern, ist ein zentraler Bereich unseres Lebens und unseres Wohlergehens. Wir könnten es auch als einen Kern unserer Wirtschaft betrachten, als einen Bereich, um den herum sich andere Sektoren gruppieren, um ihn zu ermöglichen.

Wie können wir die restlichen Wirtschaftszweige, etwa die Güterproduktion, so organisieren, dass sie unsere Beziehungen unterstützen? Statt: Wie können wir unsere Beziehungen so gestalten, dass sie die Güterproduktion unterstützen oder dieser zumindest nicht in die Quere kommen? Die unterschiedliche Schwerpunktsetzung in diesen beiden Fragen bewirkt, dass sie vielleicht letztlich doch nicht auf's Gleiche hinauslaufen, sondern deutlich andere Prioritäten hervorbringen.

Zum einen sind Commons eine Wirtschaftsweise und soziale Organisationsform, die Beziehungen zwischen Menschen ohnehin viel stärker in den Mittelpunkt stellt, als anonyme Märkte das tun. Durch das gemeinsame Aushandeln von Regeln und den Aspekt der Selbstorganisation in der Gruppe gewinnt die Qualität des Austausches an Bedeutung im Vergleich zu dem einer hierarchisch organisierten Firma. Menschen werden füreinander stärker als Menschen sichtbar und die Gesamtheit ihrer Bedürfnisse findet eher Eingang in den gemeinsamen Prozess. Durch die soziale Form der Commons kann der Aspekt des Für-Einander-Sorgens auch dort stärker Einfluss finden, wo es etwa um Produktion von Gütern geht.

Zum anderen gibt es natürlich auch Commons für jene Bereiche, wo es speziell um das Aufwachsen von Kindern, die Unterstützung von alten, kranken oder krisengeschüttelten Menschen geht. So gibt es etwa im Gesundheitsbereich zahlreiche Selbsthilfegruppen, die



Foto: Christian Schnettelker (www.manofaste.de; cc-by-sa-2.0)

zu guten Teilen als Commons organisiert sind, zum Beispiel die 12-Schritte-Gruppen nach dem Modell der Anonymen Alkoholiker (AA). Die AA selber etwa bestehen seit über 70 Jahren und haben derzeit weltweit über zwei Millionen Mitglieder in gut 100.000 Gruppen. Andere Programme wie Al-Anon (für Angehörige von Alkoholikern) oder Narcotics Anonymous haben auch 25.000 – 65.000 Gruppen. In diesen Gruppen sitzen ausschließlich Betroffene, die ihre »Erfahrung, Kraft und Hoffnung« miteinander teilen, um ihre eigene körperliche und emotionale Gesundheit zu finden und zu erhalten.

Die inhaltliche Ausrichtung kommt aus der Literatur, die etwa bei Al-Anon aus einer über die Jahrzehnte gewachsenen Zusammenstellung von persönlichen Geschichten vieler verschiedener anonymer Mitglieder besteht. Diese Zusammenstellung, sowie das Regelwerk für Dienste kommen aus überregionalen Strukturen, die nach einem recht klassischen Delegationsprinzip besetzt werden und die die oft betonte Autonomie aller lokalen Gruppen ergänzt. Alle Gruppen erhalten sich finanziell durch ihre eigenen Beiträge (für Raummiete), und leiten Überschüsse weiter an überregionale Stellen, wo es zum Teil auch Angestellte gibt. Weder diese noch die gewählten, rotierenden Diensthabenden in den Gruppen gelten als Vorgesetzte der Gruppen. Auch für die Öffentlichkeitsarbeit werden viele verschiedene (anonyme) persönliche Erfahrungen nebeneinander gestellt, es soll keine Einzelperson für die Organisation sprechen.

Spannend, wie sich hier verschiedene Aspekte wiederfinden, die aus anderen – explizit politischen – Gruppen bekannt sind, die aber aus ganz anderen Wurzeln entsprungen sind.

Diese Selbsthilfegruppen haben keinen gemeinsamen Wohnraum, ein Aspekt, der bei vielen anderen Care-Commons jedoch eine große Rolle spielt. In manchen Gemeinschaften gibt es eine intensive Wohn-/Lebens-/Arbeits- und Gütergemeinschaft, wie etwa in der Communauté de la Poudrière in Belgien, die auf soziale Inklusion ausgerichtet ist. Aufmerksame Präsenz, Freundschaft, geteiltes Leben und gemeinschaftlicher Arbeitsrhythmus bieten seit den 60er Jahren nicht nur Gemeinschaftsbegeisterten, sondern auch Menschen mit Krisen aller Art (von Obdachlosigkeit und Alkoholismus bis Depression und geistigen Einschränkungen) sowohl eine materielle, als auch eine emotionale Basis für ein neues Leben, das auf Dauer, nicht nur als Übergangslösung Bestand haben kann. Anders als andere Emmaus-Gemeinschaften hat die Poudrière keine Angestellten oder Sozialarbeiter*innen; alle rund 70 Mitglieder der Gemeinschaft leben mit Kost, Wohnmöglichkeit und dem für alle gleichen Taschengeld.

Gemeinsam Wohnen, oft selbst ein Commons, kann eine Ausgangsbasis für weitere, auch kleinere, losere oder weniger formal strukturierte Care-Commons sein. So beheimatet das innerstädtische »Wohnprojekt Wien« mit etwa 70 Menschen nicht nur die – formalen und leicht identifizierbaren – Commons einer Food-Coop und

eines Carsharings. Sie bietet auch Raum für ein wenig formalisiertes Commons rund um Kinder.

Diese laufen alleine und gemeinsam im ganzen Haus herum, im Gemeinschafts- oder Spielraum ebenso wie in diese oder jene Wohnung – die meisten Türen sind offen, auch jene von Menschen ohne Kindern. Alle Erwachsenen kennen alle Kinder und können im Bedarfsfall aktiv werden. Die Kinder haben also viel mehr Freiraum und die Eltern können einfach schnell mal weg. Das sind Bedingungen wie im idealtypischen Dorf – die mitten in der Großstadt sonst kaum zu finden sind, wo man im Treppenhaus leise sein muss und die Straße noch den Autos gehört.

Die Kinder im Wohnprojekt wachsen nicht zur Gänze so auf: Die meisten gehen in staatliche Schulen und Kindergärten, die Eltern lohnarbeiten. Dieses Commons deckt also nur einen Teil ihres Lebens ab. Wenn es denn ein Commons ist: Aber gerade solche Commons, wo die Regeln viel lockerer und unausgesprochener, aber wohl doch vorhanden sind, auch im Blick zu haben, scheint mir vielversprechend. Der Übergang zum rein Lebensweltlichen ist hier näher, und die Gefahr der Unsichtbar-Machung, des Übersehens, unter der die Commons ja insgesamt sehr leiden, ist hier vielleicht noch mal besonders groß.

Warum gibt es manchmal keine selbstorganisierte Kindergruppe oder Schule im Wohnprojekt, reine und formalisierte Commons für das gesamte Aufwachsen der Kinder? Nun, unter anderem deshalb, weil der städtische Kindergarten steuerfinanziert ist. Für die Commons-Kindergruppe müssten die Eltern alle (Zeit/Geld-)Ressourcen zusätzlich selber aufstellen (und weiterhin Steuern zahlen für die staatlichen Kindergärten). Die Ressourcen sind also zugunsten der staatlichen Organisation verteilt. Deshalb wäre Selbstorganisation ein fast nicht zu stemmender Zusatzaufwand – statt nur eine andere Form, die vorhandenen Ressourcen zu verwenden. Wie wäre es, wenn die steuerfinanzierte Summe pro Kind an jene Struktur ausbezahlt würde, die das Kind besucht – auch an eine selbstorganisierte Commons-Struktur?

<http://www.aa.org/>

<http://www.na.org/>

<http://www.alanon-wi.org/>

COMMONS UND SELBSTERKENNTNIS

Kommunikation in die Welt bringen

Die Praxis des Commoning - oder allgemeiner: das Anerkennen kooperativer Praktiken - ist mit dem Selbsterkenntnis des Einzelnen verbunden. Mehr noch, in meinen Augen ist Selbsterkenntnis notwendige Bedingung für eine Verbreiterung und Vertiefung der Commons.

T.M.

Ohne eine Auseinandersetzung mit der eigenen Person ist die innere Logik der Commons nur schwer zu verstehen, sie wird zur bloßen intellektuellen Aufgabe. Aber es muss meiner Ansicht nach auch eine emotionale Aufgabe, ja eine Erkenntnistat sein. Denn eines ist für mich klar: Der Kern des Menschseins, des Lebendigeins, ist die Kommunikation, das gemeinsame Verständigen über die Realität. Und genau das ist der Kern der Commons: Kommunikation über den Zustand der Welt und die Veränderung, die man (gemeinsam) in diese Welt bringen will.

Dies weist darauf hin, dass Commons und allgemein kooperative Praktiken in der Natur der

Menschen liegen und dass sich Menschen selbst auf den Weg machen können, diese Möglichkeit zu erkunden. Lippenbekenntnisse zu den Commons bringen niemanden weiter. Eine rein intellektuelle Einsicht, dass es etwas wie einen Weg neben Staat und Markt gibt, ist wertlos, wenn der Mensch innerlich dagegen rebelliert oder sich im eigenen Kontext gefangen fühlt.

Commoning ist Praxis und wir alle sind konditioniert von einer autoritären, bürgerlichen Welt. Überraschend dabei wirkt immer diese Angst, sich selbst zu begegnen. Aber genau das muss geschehen, denn Commons finden dann einen Platz, wenn der einzelne Mensch sich selbst kennt und versteht, weiß, was er/sie selbst in die Welt bringen will, weiß, was ihm etwas bedeutet, wenn er/sie die eigenen Abhängigkeiten und vor allem Ängste (er-)kennt. Gelingt dies, können die Commons als Gestaltungsweg plausibel und gangbar erscheinen und die mit Commoning verbundenen Herausforderungen werden ein Kanal des Lernens über den Zustand der Welt.

Diese Argumente beruhen unter anderem auf der Arbeit von Jiddu Krishnamurthy, mit dem ich mich über die letzten Jahre beschäftigt habe. Dieser indische Philosoph des letzten Jahrhunderts stellt die Rolle der Selbsterkenntnis unter anderem als das Sehen von Unsicherheit, Angst und Beziehungen im individuellen Kontext heraus.

Ich persönlich fand und finde diese inneren Auseinandersetzungen mit mir und meiner Umwelt äußerst hilfreich und befriedigend. Sie führen dazu, dass ich radikal offen zu kommunizieren versuche, mit meiner Familie, mit meinen Kollegen und mit mir selbst. Und eben das ist der Kern des Commoning: eine ehrliche Kommunikation mit anderen – aber durch mich hindurch. Das muss man für sich selbst lernen, die damit

verbundenen Risiken eingehen und aushalten. So habe ich unlängst meiner Frau gesagt, dass mich Polyamorie interessiert, dass mich interessiert, ob Beziehungen-mit-mehreren-Frauen-führen etwas für mich ist. Es gab eine fürchterliche Situation über zwei Tage, aber wir sind gemeinsam zu dem Punkt gekommen, dass wir eben diese Standpunkte haben und dass es unsere Realitäten sind. Jeder kennt den Standpunkt des jeweils anderen und versucht, ihn zu begreifen und dabei mit den eigenen Wünschen und Ängsten umzugehen. Diese Kommunikation hat unsere Beziehung noch ein Stück reifer, interessanter und klarer gemacht.

Kurz gesagt: Commons brauchen ehrliche menschliche Beziehungen und offene Kommunikation, nicht nur im unmittelbaren Umfeld, sondern auf allen Ebenen. Zu so etwas ist in meinen Augen nur in der Lage, wer ehrlich zu sich selbst ist. Und dabei hakt es vermutlich bei vielen. Menschen laufen ständig vor sich weg, bereuen so viel in ihrem Leben: das nicht gemacht, hier nichts gewagt. Sie haben Angst vor sich selbst. Aber diese Angst gehört zu ihnen: Sie kann nicht einfach negiert werden, sie ist ja da. Die Angst anzuerkennen ist der erste Schritt, andere Möglichkeiten zu sehen und zu gehen.

Wenn wir beispielsweise über Geldlogik reden, dann heißt das auch, zu sehen, dass Geld ein Symbol für Sicherheit, für Permanenz, für Stetigkeit ist, etwas das den Menschen ermöglicht, an dem Glauben festzuhalten, dass alles so bleiben wird wie es ist. Im Grunde ist es ein Symbol dafür, dass ihre Angst vor Bedeutungslosigkeit und dem Tod abgemildert wird.

Aber der Glaube, dass mir jemand 100 prozentige Sicherheit bieten kann, ist ein Irrglaube. Es ist nicht so, dass jemand anders mir sagen kann, was wird, was ich zu tun habe, dass alles gut wird. Diese Welt

entsteht vor unseren Augen und durch uns. Es ist unsere Entscheidung, wie wir darauf reagieren, wir entscheiden, was welche Bedeutung für uns hat.

Und genau da sind wieder die Commons: Die Welt gemeinsam erschaffen, den Fokus auf soziale Prozesse legen, also auf das inhärent Immaterialle was eigentlich zählt.

Viele Menschen haben, glaube ich, noch nie die Erfahrung gemacht, wie es sich anfühlt, wirklich gerne zu tun, was man tut, es für wirklich richtig und gut zu halten. Dann kommt Spaß ins Spiel, Dinge, die früher angesteifelt wirkten (Jobverlust, Trennung vom Partner), sind plötzlich Herausforderungen, mit denen man sich auseinandersetzen muss. Man ist im Einklang mit der Welt, gestaltet, baut, entwickelt, wird eins mit der Welt, weil sie schön, aufregend, neu und unbekannt ist. All dies sind Eigenschaften auch von Commoning - Prozessen: das Sich-einlassen auf andere Menschen kann jedes Mal eine neue, unbekannte (und damit lehrreiche) Erfahrung sein.

Solange die Menschen Stetigkeit und Sicherheit wollen und suchen, werden sie sich von Commons kaum beeindruckt lassen, denn Commoning bedeutet gemeinschaftliches Entwickeln und Aufbauen von etwas, das noch nicht klar ist und eigentlich nie fertig wird. Das steht in krassem Gegensatz zu einer mechanischen Lebensweise und objektorientierten Welt.

Menschen können erkennen, wie lebendig sie sind und wie lebendig sie gemeinsam sein können. Sie können lernen, los zu lassen und die Welt als das sehen, was sie möglicherweise ist: Ein Strom von Partikeln und Energie, in dem wir eine Lebensform unter zahllosen anderen sind. Commoning bietet hierfür den Beginn und das Ziel, einen Einstieg und Rastplatz, Inspiration und Reflektionsfläche.

ANZEIGE

Genossenschaft
gründen?

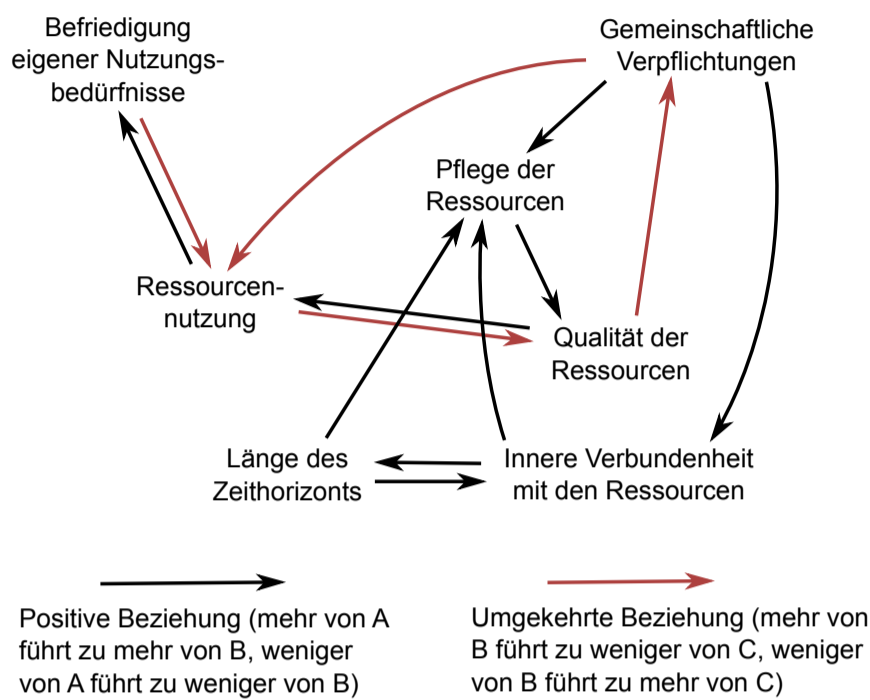
www.genossenschaftsgruendung.de
Telefon 040 - 23 51 97 90

Zentralverband deutscher
Konsumgenossenschaften e.V.

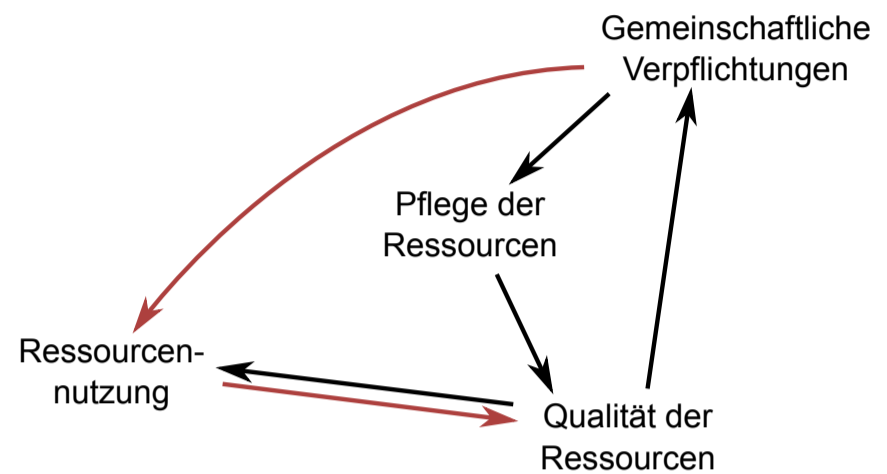
FOLGEN UNTERSCHIEDLICHER RESSOURCENNUTZUNG

Rückkopplungen für lebensfähige Commons

Grafik 1: Funktionierende Commons



Grafik 2: Schwer gefährdete Commons



Commons: Zugang und Verteilung

Commons haben ein großes Potential zu mehr Ausgewogenheit in Zugang und Verteilung beizutragen und alle Menschen einzubeziehen.

Um dieses Potential in der gelebten Praxis zu realisieren, können wir uns Fragen auf mehreren Ebenen stellen, die hier – stellvertretend für alle Arten von Ressourcen und Commons – prototypisch am Beispiel eines Dorf von Nicole Lieger vorgestellt werden:

1) Welches Dorf hat wie viele Weiden?

Gibt es recht kleine Dörfer, deren Commons sehr viel, sehr fruchtbares Land umfasst, wohingegen andere, recht große Dörfer, ihr Commoning auf einem kleinen, kargen Gebiet abwickeln müssen? Wie bekommen wir eine gute Verteilung von Ressourcen im ganz Großen hin, zwischen den Commons innerhalb der Gesellschaft oder des Kontinents?

Auch: Ist es möglich, ein neues Dorf zu gründen? Und die nötigen Ressourcen für ein neu entstehendes Commons zu bekommen?

2) Wer gehört zum Dorf?

Wie können Individuen zu einer Gruppe von Commons dazustoßen? Ist die Gruppe geschlossen und nur für biologische Nachkommen der jetzigen Commons offen? Geht es meritokratisch, nach den Fähigkeiten der Neuankömmlinge? Nach deren Bedürfnissen? Wie ist das Verfahren der Aufnahme, wer entscheidet, nach welchen Kriterien?

3) Wie wird innerhalb des Dorfes verhandelt und verteilt?

Gibt es unterschiedliche Rollen für Männer und Frauen, für Kasten/Schichten, für Alteingesessene und Neulinge, für respektable Familien und immer schon nicht-respektable Familien, für Priester und für Ungläubige?

Menschen machen untereinander aus, was sie für eine faire, angemessene Praxis halten. Dabei fließen natürlich all die kulturellen Grundannahmen mit ein, die in einer Gesellschaft existieren; Annahmen darüber, was fair und angemessen ist, wem was zusteht, was für wen eine angemessene Arbeit ist und für wen nicht usw..

All die multikulturellen Themen, die wir aus anderen Debatten kennen, begegnen uns hier wieder. Auch: Ist es meine Rolle, meine Vorstellung von Fairness in ein Commons einzubringen, dem ich selber gar nicht angehöre?

Das englische Wort »commons« bezieht sich ursprünglich auf gemeinsam bewirtschaftete Naturräume, wie Weideland, Fischereigebiete und Wälder. Commons wurden im Zuge der Moderne jedoch scharf bekämpft, meist mit dem Ergebnis von Raubbau an der Natur, letztlich zugunsten einer kleinen Elite der Weltbevölkerung. Können Commons heute eine zeitgemäße Antwort geben, wie wir mit der Natur besser umgehen können?

WOLFGANG HÖSCHELE, BONN

Diese Frage kann vielfältig beantwortet werden. Ganz wichtig sind Praxisbeispiele. Es ist aber auch wichtig, zu verstehen, wie diese Beispiele funktionieren oder eben nicht, damit wir Lehren auch in ganz anderen Kontexten anwenden können. Hier können systemtheoretische Fragestellungen nützlich sein, welche Rückkopplungen es gibt und welche wir haben wollen.

Man kann Commons auffassen als eine Antwort auf die Frage, wie in Gemeinschaft lebende Menschen Ressourcen dauerhaft nutzen können. Kurzfristige Vorteile Einzelner müssen mit der langfristigen Zukunftssicherung der Gemeinschaft vereinbart werden. Das erfordert verbindliche, auf Dauer ausgelegte Regeln der Ressourcennutzung und Pflege, die mit der Lebenswirklichkeit der betroffenen Menschen vereinbar sind. Regeln dieser Art ergeben sich am ehesten aus freier Übereinkunft von Menschen, die genau wissen, dass auch ihre Kinder und Kindeskiner noch von denselben Ressourcen abhängen werden.

Unter diesen Voraussetzungen können sich einige wichtige Rückkopplungsschleifen entwickeln (siehe Grafik 1). Ressourcennutzung beschädigt potenziell die Qualität oder die Quantität der Ressourcen, symbolisiert durch einen roten Pfeil (rote Pfeile bezeichnen hier sogenannte umgekehrte Beziehungen, d.h. in diesem Fall: mehr Ressourcennutzung bewirkt verminderte Ressourcenqualität, bzw. im Umkehrschluss geringere Ressourcennutzung bedeutet verbesserte Ressourcenqualität). Gleichzeitig können Ressourcen nur genutzt werden, wenn sie auch da sind, symbolisiert durch den schwarzen Pfeil von Ressourcenqualität zu Ressourcennutzung (schwarze Pfeile bedeuten positive Relationen, in diesem Fall: bessere Ressourcenqualität erlaubt mehr Ressourcennutzung, verminderte Ressourcenqualität erlaubt nur geringere Nutzung). Diese Schleife kann zu einem Zusammenbruch des Systems führen, falls die Nutzung der Ressourcen ihre Regenerationsfähigkeit wesentlich übersteigt.

In einem Commons führen erste Zeichen verminderter Ressourcenqualität jedoch dazu, dass neue gemeinschaftliche Verpflichtungen ausgehandelt werden (dargestellt durch einen roten Pfeil). Es geht entweder darum, die Ressource besser zu pflegen, oder sie weniger

stark zu nutzen. So kann sich die Ressource erholen. Bleibt die Ressourcenqualität hoch, dann brauchen nur wenige Verpflichtungen ausgehandelt zu werden. Das heißt, dass Commons gemeinhin mit möglichst wenigen und einfachen Regeln auskommen. Unterstützt werden diese Praktiken durch kulturelle Pflege eines langen Zeithorizonts und der inneren Verbundenheit mit den bewirtschafteten Ressourcen. So werden Nutzungsbedürfnisse in der Gemeinschaft dauerhaft und maßvoll befriedigt.

Ausschlaggebend ist die enge Verknüpfung von Ressourcennutzung, Qualität der Ressourcen und gemeinschaftlichen Verpflichtungen. Nur wenn aufmerksam und zeitnah auf Änderungen der Ressourcenqualität reagiert wird, kann die Ressource nachhaltig genutzt werden.

Leider werden die Voraussetzungen funktionierender Commons häufig massiv infrage gestellt. Werden z.B. Fische nicht mehr nur lokal, sondern auf dem Weltmarkt verkauft, dann sind die zu befriedigenden Bedürfnisse quasi unersättlich. »Globalisierung« dieser Art passiert gewöhnlich nicht auf Initiative lokaler Fischer, sondern großer Wirtschaftsinteressen (Regierungen, große Konzerne usw.), die sich nicht um lokal ausgehandelte Verpflichtungen scheren. Ihr Zeithorizont kann enorm kurz sein (z.B. die laufende Legislaturperiode, oder die Zeit, bis ein anderes Fischereigebiet erschlossen werden kann). Von innerer Verbundenheit mit der Ressource kann keine Rede sein. Es kommt zu erheblicher Überfischung. Lokalen Fischern, die wirtschaftlich noch eine Zeit lang überleben wollen, bleibt oft nur, sich selber am Raubbau zu beteiligen.

Unter diesen Umständen kann sich die Rückkopplung zwischen Ressourcennutzung, Ressourcenqualität und gemeinschaftlichen Verpflichtungen radikal verändern. Eigentlich sollte die verminderte Ressourcenqualität verstärkte Bemühungen auslösen, neue Verpflichtungen auszuhandeln. Die neuen Akteure (z.B. technisch hochgerüstete Fischereikonzerne) respektieren jedoch die alten (z.B. traditionelle Fischer) nicht, während die alten den neuen aus gutem Grunde nicht trauen. Folglich funktioniert die alte Rückkopplung nicht mehr – wegen der dramatischen Ressourcenverschlechterung meinen alle, ein Einsatz fürs Ganze lohnt sich ja doch nicht, es ist besser, sich etwas zu schnappen, bevor andere es tun. Der Pfeil von Ressourcenqualität zu gemeinschaftlichen Verpflichtungen wandelt sich in Grafik 2 von rot zu schwarz, und die Zerstörung wird selbstverstärkend.

In einer solchen Lage erschweren weitverbreitete Furcht und Misstrauen die Durchsetzung neuer verbindlicher Regeln. Ein Beispiel dieser Art hat die Geographin Emily Young beschrieben, zwei Fischereigebiete an der Baja California Mexicos. Diese wurden nachhaltig betrieben, solange sie vorwiegend auf regionale Märkte ausgerichtet waren und die lokalen Fischer ihre

eigenen Nutzungsbedingungen weitgehend selber regeln konnten. Erst die Ausrichtung auf globale Märkte auf Betreiben der Regierung und großer Fischereikonzerne führte zu Überfischung. Die staatlichen Regulierungsversuche schafften widersprüchliche Anreize und wurden wegen fehlender Überwachung kaum befolgt, wie Emily Young 2001 in ihrem Beitrag State Intervention and Abuse of the Commons: Fisheries Development in Baja California Sur, Mexico in der Zeitschrift Annals of the Association of American Geographers 91 (2) nachweist.

Allerdings birgt Grafik 2 auch eine Chance: Wenn es infolge erneuerter gemeinschaftlicher Verpflichtungen doch zu einer Verbesserung der Ressourcenqualität kommen sollte, dann könnte das alle Beteiligten ermutigen, ihre Verpflichtungen zu verstärken! Auf diese Weise könnte die Rückkopplung, die zur Zerstörung einer Commons führt, unter umgekehrten Vorzeichen zu deren Wiederbelebung beitragen. Hier liegt eine große Aufgabe für all jene, das neue Commons aufbauen wollen.

Wolfgang Hörschle ist Geograph, der sich damit befasst, wie eine »Wirtschaft der Lebensfülle« entwickelt werden kann. Dieser Beitrag gründet sich auf seinem Buch, »Wirtschaft neu erfinden: Grundlegung für eine Ökonomie der Lebensfülle« (oekom Verlag, 2017, S. 167-178). Siehe auch seine Webseite, whoeschele.de.

ANZEIGE

Der Kaffee für den täglichen Aufstand!
Zapatistischer Kaffee & Espresso
Solidarischer Handel mit aufständischen indigenen Gemeinden in Chiapas - Mexiko
Café Libertad Kollektiv eG
Stresemannstr. 268 - 22769 Hamburg
Telefon: 040-20906892 * Fax: -93
www.cafe-libertad.de * cafe-libertad@gmx.de

SCHWERPUNKT COMMONING — GEMEINSAM UNTERWEGS

COMMONS: PROZESS UND NICHT STARRE STRUKTUR

Horizonte des Commoning

Lesenswertes



▲ Commons können ein Licht am Ende des kapitalistischen Tunnels sein.

Foto: Ulrike Kumpke

Im jordanischen Flüchtlingslager Zaatari leben 85.000 heimatlose Syrer in einer ungewöhnlichen Situation. So lässt es aufhorchen, wenn die Zustände im Lager von der New York Times, am 4. Juli 2014, als »der Normalität nahe« beschrieben werden. Diese Normalität, das sind dann Reisebüros, ein Flughafen-Shuttle oder ein Pizza-Lieferdienst, der sich eines selbstgestrickten Adresssystems bedient. Ökonomie im herkömmlichen Sinne. Es gibt aber auch Räume und Prozesse, die gemeinsam angeeignet werden, anspruchlose Infrastruktur wird durch viel Eigeninitiative und Nachbarschaftlichkeit ergänzt. So werden Problemlösungen entwickelt, die auf gegenseitiger Unterstützung und gemeinsamer Verantwortung beruhen. Das bewahrt die Würde der Menschen. Um Würde und ownership geht es auch beim Commoning. Von einigen Lagern im Westjordanland wird Ähnliches berichtet, fast als gäbe es hier und da »Inseln des Commoning«.

SILKE HELFRICH, JENA

Obwohl Commons in aktuellen Debatten eine immer größere Rolle spielen, fehlt es an Arbeiten über die begründenden sozialen Prozesse: commoning. Commoning ist gewissermaßen überall und doch untertheoretisiert. Das überrascht nicht, denn in den Geisteswissenschaften – allen voran der Ökonomie – wird vielfach angenommen, dass soziale Zusammenhänge am besten ergründbar sind, wenn die Analyse vom isolierten Individuum ausgeht, statt von kollektiven Seinsweisen. Mit »methodologischem Individualismus« fällt es aber schwer, Phänomene des commoning überhaupt in den Blick zu bekommen. Stattdessen liegt das Augenmerk auf individuellem Verhalten, auf Marktkontexten oder Ressourcenverwaltung. In Commons & commoning sind aber Beziehungen und subtile kulturelle Signale wichtig. Beides historisch gewachsen. Beides in Regeln, Ritualen und Gewohnheiten eingeschrieben. Wer das nicht sieht, wird Commons als Ding oder herrenloses Gemeingut – und damit als Objekt – beschreiben. Und das ist falsch. Denn im Zentrum der Commons steht eine Vielfalt sozialer Prozesse, durch die Menschen sich auf Augenhöhe organisieren; etwa, um gemeinsam Ressourcen zu nutzen oder Wissen, Räume und anderes zu teilen. Sie tun dies, um Bedürfnisse zu befriedigen, ihre Autonomie und Freiheit zu schützen und bestenfalls auch, um mit natürlichen Ressourcen nachhaltig umzugehen. Oft, aber keineswegs immer, ist der Ausgangspunkt die schiere Notwendigkeit, die eigene Existenz zu sichern.

Wie jeder soziale Prozess folgt auch commoning keiner starren Struktur, ist immer unvollständig und ergebnisoffen. Und wie jeder soziale

Prozess ist commoning vom Kontext abhängig, insbesondere von den gesellschaftlichen Verhältnissen. Die heutigen kapitallogik-dominierten Verhältnisse lassen »echtes commoning« kaum zu. Aber wir können entsprechende Praktiken stark machen und auf »Halbinseln gegen den Strom« (Habermann 2009) schwimmen, so dass in den Rissen des Kapitalismus commoning erprobt und gelebt werden kann. Aus diesen Experimenten des Gemeinsamen entstehen nicht selten neue Formen und selbstbestimmte Regelungen des Zusammenlebens.

2009 erhielt mit Elinor Ostrom (verstorben 2012) die erste Frau den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften für ihre Arbeiten zur gemeinsamen Nutzung von so genannten »common pool resources«, Gemeingütern. In ihrer Forschungstradition wird gemeinsames Tun also tendenziell auf Ressourcenverwaltung bezogen, auf die Regeln und Normen, die sich in der gemeinsamen Nutzung von Wäldern, Gewässern oder Land bewährt haben. Die zahlreichen von Ostrom inspirierten Arbeiten neigen jedoch dazu, die innere Dynamik des commoning unerforscht zu lassen. Doch es ist für Commons wichtig, dass sich Menschen als »in Beziehung stehend« verstehen. Die Identität und das Verhalten eines »Ich-in-Beziehung«, die daraus entwickelten Praktiken und Normen prägen uns, machen Menschen überhaupt erst zu Commoners, so wie das ständige Denken und Handeln in Kategorien und Realitäten des Marktes sie zum homo oeconomicus macht.

In den letzten Jahren gab es eine regelrechte Welle von Veröffentlichungen, die über etablierte Commons-Theorien hinausweisen. Darin werden Commons nicht bloß als Ressource verstanden, sondern als Räume postkapitalistischer Praxis, was an den US-amerikanischen Historiker Peter Linebaugh erinnert. Es sei »bestenfalls verwirrend und schlimmstenfalls gefährlich« von Commons als natürlicher Ressource zu sprechen, weil dann Natur und Menschen als wirtschaftlich Verwertbares angesehen werden. Von dort ist es nicht weit bis zum »Natur-« oder »Humankapital«. In Commons aber gibt es keinen Zwang, das Soziale und die Natur so in eine mikroökonomische Logik zu pressen, dass sich alles auszahlen muss. Commoning erschafft Lebenswelten auf eine andere Weise, so dass wir uns der vielfachen Abhängigkeiten bewusst bleiben, in denen wir leben. Zudem ist commoning »prefigurativ«, das heißt, es bezeichnet Praktiken, die neue Formen politischer Ordnung erprobend vorwegnehmen. Und schließlich ist commoning plural; es wird keine Gleichartigkeit vorausgesetzt. Menschen sind einfach verschieden! Sie können große Differenzen haben und (wollen/müssen) dennoch zusammenarbeiten. Dafür brauchen sie gute Bedingungen, Infrastrukturen und Institutionen. In der Verschiedenheit muss gemeinsames nutzen, teilen, entscheiden und handeln gelingen, schlicht weil es gemeinsame Interessen und Bedürfnisse gibt.

Commons, aus dieser Perspektive des gemeinsamen Handelns betrachtet, haben keinen »substantiellen« Kern und keine eindeutige Definition. Sie werden einfach immer wieder neu hervorgebracht, durch commoning. Kurz gesagt: Commons sind nicht. Sie sind immer im Werden. Diese Re-Konzeptualisierung ist auch deshalb wertvoll, weil sie unseren Blick weitet für die Gestaltbarkeit der Welt; Leila Dawney

(2013) spricht von der »Produktion gemeinsamer Welten«. Und der irische Commonsexperte Patrick Bresnihan beschreibt commoning als »materielle und diskursive Praktiken ..., durch die ... geteilte Welten (entstehen), denen eine Kraft und Logik innewohnt, die sich radikal abgrenzt von den Wertvorstellungen und dem Umgang mit Wissen in der kapitalistischen Produktion...« (Bresnihan 2016: 106) Diese interne Logik wird unter anderem von Friederike Habermann beschrieben, für die Commoning auf vier Prinzipien beruht:

1. **Besitz statt Eigentum:**

Es kommt darauf an, dass ich de facto in einer Wohnung bin, dort »sitze« und ein Dach über dem Kopf habe und nicht, dass diese Wohnung de jure mein individuelles Eigentum ist.

2. **Teile was Du kannst:**

Bei Wissen, Ideen oder Code ist das sowieso kein Problem. Es wird immer mehr, wenn wir es teilen. Bei Materiellem kommt es auf die Bedürfnisse und die Nutzungsinteressen und Intensitäten an. Auch ein Apfel kann schon mal mehr werden, wenn man ihn teilt.

3. **(Bedingungsloses) Beitragen statt Tauschen:**

Die Idee ist, Geben vom Nehmen zu entkoppeln. Raus aus der Logik, dass wir nur etwas bekommen können, wenn wir auch etwas – vermeintlich Gleichwertiges – leisten.

4. **Offenheit und Freiwilligkeit:**

Die Räume des Commoning mögen zwar begrenzt sein, aber sie müssen prinzipiell diskriminierungsfrei zugänglich bleiben. Zwang führt nie zu Commons.

Mit Commons und commoning kann man nicht puristisch sein, doch ist die Klarheit der Idee oft Kompass für das Handeln. So befindet Johannes Euler vom Institut für Kulturwissenschaften in Essen zu recht: »wenn alle Aspekte des commoning teilweise vorhanden sind, aber die entscheidenden handlungsleitenden Faktoren sind andere (z.B. »es muss sich rechnen«, S.H.), dann geht es bei den entsprechenden Praktiken um etwas Anderes als commoning.« (Euler 2017, Manuskript)

Einige dieser Aspekte des Commoning, so wie ich sie sehe und der Literatur entnehme (zugegeben noch zu analytisch abstrakt), möchte ich im Folgenden vorstellen.

Commoning

- ist immer einzigartig, weil sich konkrete Handlungsumstände ebenso ändern wie wir und unsere Beziehungen
- kann eine Ethik des Sorgetragens erzeugen. Leila Dawney meint gar: »Zuwendung [ist] ein natürliches Ergebnis von commoning.« (Dawney, 2013)
- ist potentiell verantwortungsvoller Umgang mit der Natur. »Wenn wir fühlen, [...] dass wir an etwas beteiligt sind, das uns [...] übersteigt, dann können wir ein Ethos gemeinsamer Verantwortung [...] für unsere Welt entwickeln.«, so Dawney. Das ist eine Möglichkeit, keine Realitätsbeschreibung. Tatsächlich verdrängen zum Beispiel viele »digitale Commoners« unsere Abhängigkeit von natürlichen Ressourcen.

Bresnihan, Patrick (2016) The more than Human Commons, in Kirwan, Sam., Leila Dawney und Julian Brigstocke (Hg.) Space, power and the commons: The struggle for alternative futures. Routledge.

Dawney, Leila (2013) »Commoning: The Production of Common Worlds.«

De Angelis, Massimo (2012) »Commoning and Radical Transformation.«

Euler, Johannes (2017) »Conceptualizing the Commons: Moving Beyond the Goods-based Definition by Introducing the Social Practices of Commoning as Vital Determinant,« in Ecological Economics (under review)

Habermann, Friederike (2009) Halbinseln gegen den Strom: Anders leben und wirtschaften im Alltag, Ulrike Helmer Verlag

Kimmelmann, Michael (2014) »Refugee Camp for Syrians in Jordan Evolves as a Do-It-Yourself City«, New York Times vom 4. Juli 2014, <https://www.nytimes.com/>

Ostrom, Elinor (1999) Die Verfassung der Allmende jenseits von Markt und Staat. Mohr-Siebeck

- bedarf emotionaler Arbeit. Wir müssen uns in der Unsicherheit menschlicher und gesellschaftlicher Beziehungen zurechtfinden und das führt uns immer wieder in die Begegnung mit unserem Selbst.
- führt zu einer pluralistischen Ethik, denn commoning geschieht nur selten unter wirklich Gleichgesinnten, sondern Menschen mit ganz unterschiedlichen Ansichten und verschiedenen Interessen bringen diese miteinander in Einklang
- ehrt verkörpertes und situationspezifisches Wissen. Die Welt ist ein Netz von Beziehungen ohne Innen und Außen. Kulturen, Bräuche und Rituale spiegeln das wieder. So haben im mittelalterlichen England Commoners ihr Alltagswissen unter anderem durch die quantitative Begrenzung ihrer eigenen Nutzungen von Wäldern, Ackerland oder Wasser umgesetzt (stinting). Dabei ging es nicht um den Zugang selbst, sondern um konkrete Nutzungsobergrenzen, was ein tiefes ökologisches Wissen zur Grundlage hat.
- kennt Grenzziehungen, aber keine starren Grenzen. Von Fall zu Fall sind konkrete Grenzziehungen notwendig. Commons sind kein Schlaraffenland, wo sich jede*r nach Gutdünken bedienen kann.
- schafft sozial und rechtlich Neues. Beispiel Solidarische Landwirtschaft: auf der Next Farm Over in Hadley, Massachusetts, erwerben die Mitglieder einmal im Jahr einen Ernteanteil, den sie einmal pro Woche abholen können. Es gibt keine festen Preise und in der Regel auch keine präzisen Mengenangaben (manchmal Obergrenzen), wie viele Tomaten, Gurken, Radieschen und Salat sie mitnehmen können. Die Mitglieder füllen entweder große, mittlere oder kleine Taschen mit dem Gemüse das sie bevorzugen, je nach dem welchen Anteil (groß, mittel oder klein) sie vor der Produktion erworben haben. Ist die Ernte schlecht, gibt es von dem Mitgliedsbeitrag nichts zurück, denn die Mitglieder einer SoLaWi teilen sich das Produktionsrisiko. So entstehen aus dem gemeinsamen Experimentieren nicht nur soziale Innovationen, sondern auch neue Institutionen und sogar Rechtsformen.
- bietet Atempausen vom Kapitalismus, denn es ist auf eine andere Vision des menschlichen Lebens gerichtet als jene, die der Kapitalismus vorgibt. Das heißt auch, dass wir Gesellschaft, Politik und Wirtschaft anders analysieren und besprechen müssen, »epistemisch vom Kapital entkoppelt« wie der Politikwissenschaftler Massimo De Angelis (2012) resümiert. Dadurch öffnet sich ein Denken und eine Sprache, das nicht-kapitalistische Weisen fördert, unsere Welten immer wieder neu herzustellen. Und das wiederum ist Grundlage für eine andere gesellschaftliche Ordnung.

Aber gemacht, denn »Commoning [ist] ein Konzept, dem sich nur genähert, das aber nie vollständig erreicht werden kann« (Euler 2017). Und das nicht zuletzt, weil andere gesellschaftliche Verhältnisse notwendig wären, um das Potential von Commons und Commoning zu entfalten. Doch es gibt nicht das Eine vor dem Anderen, sondern beides zugleich und durcheinander.

ANZEIGE

SSM eBay-Shop

stores.ebay.de/ssmsale2012

NIEDERLÄNDISCHE KLIMABEWEGUNG BILDET SICH UM HAFENBESETZUNG IN AMSTERDAM

Code Rood

Unter dem Namen »Code Rood« - Alarmstufe Rot - haben rund 300 Aktivist_innen einen Steinkohle-Umschlagplatz im Amsterdamer Hafen besetzt. Es war die erste Massenaktion zivilen Ungehorsams gegen die fossile Industrie in den Niederlanden. Der Betrieb lag den ganzen Tag still.

EVELYN BLUM, BERLIN

Bis zum Horizont sind schwarze Berge zu sehen. Dazwischen ein Fließband auf einem blauen Gestell. Wer es mit seinen Augen bis zum Ende verfolgt, sieht ein Windrad über die Bergrücken hinausragen. Ein hoffnungsvolles Zeichen in einer Welt aus Steinkohle. Auch hoffnungsvoll sind die Menschen in weißen Staubanzügen, die sich wie Engel zwischen den Bergen und auf den schwarzen Flächen verteilt haben. Sie spielen Frisbee, tanzen zu der Musik einer Samba-Band und klettern auf die blauen Verladekräne.

Die Menschen in den weißen Anzügen gehören zu Code Rood, einer Gruppe Klima-Aktivist_innen, die sich im letzten Jahr in den Niederlanden zusammengefunden hat. Ein paar Stunden vorher sind sie in einer langen Demonstration vom nahegelegenen Klimacamp im Amsterdamer Hafen zum Verladeplatz gelaufen. Sie singen Lieder und rufen Slogans, aber die Spannung ist spürbar. An einer langen Straße biegt die Gruppe plötzlich nach links ab und verschwindet durch ein Loch im Zaun des Kohle-Umschlagplatzes. Zwischen den Bäumen hindurch sind die Kohleberge und Verladekräne schon zu sehen.

»Ich fand es sehr spannend«, sagt die Teilnehmerin Fleur. Für die junge Frau mit braunen Haaren war es das erste Mal, dass sie an einer Aktion zivilen Ungehorsams beteiligt war. »Aber es war halb so schlimm. Wir mussten nur einen Wassergraben überqueren und schon waren wir drin. Die Sicherheitsleute haben uns sogar geholfen«, sagt sie. Die Polizei war nicht zu sehen.



▲ Umweltaktivist_innen im Amsterdamer Hafen bei ihrer Aktion des zivilen Ungehorsams.

Foto: Code Rood (cc-by-sa-2.0)

Die Aktivist_innen wurden aber vom Umschlagplatz aus mit Wasser besprüht – vermutlich aus dem Graben.

Inspiriert von Ende Gelände

Wie die weißen Anzüge zeigen, ist die Aktion von Code Rood deutlich inspiriert von Ende Gelände in Deutschland. Die Niederländer haben rote Streifen auf die Ärmel und Hosenbeinen geklebt und das Logo von Code Rood – ein Wirbel aus roten Linien – auf den Rücken gesprüht. Wie die Besetzungen der Braunkohletagebaue im Rheinland und in der Lausitz richtet sich auch diese Aktion direkt gegen die fossile Industrie.

Der 24. Juni ist nicht zufällig als Aktionstag gewählt. Genau zwei Jahre vorher urteilte das Landgericht in Den Haag im Fall der Bürgerbewegung Urgenda, dass der niederländische Staat nicht genug gegen den Klimawandel

macht. In dem einzigartigen Urteil hat der Richter dem Staat aufgetragen, den CO₂-Ausstoß zu verringern.

Da das nicht passiert, nehmen die Teilnehmenden an Code Rood den Klimaschutz jetzt selbst in die Hand. »In den Niederlanden gibt es diese Form von Aktivismus nicht oft. Die herrschende Meinung ist eher, dass demonstrieren keinen Sinn hat«, sagt Angelique, die zwar niederländisch ist, aber in Berlin lebt und für die Aktion nach Amsterdam gereist ist. Sie ist nicht alleine: Ende Gelände hat ungefähr vierzig Menschen mobilisiert, die per Bus in die niederländische Hauptstadt gefahren sind. Umgekehrt waren letztes Jahr in der Lausitz auch um die einhundert Niederländer mit dabei.

Im Klimacamp haben die Aktivist_innen sich mit Trainings und Workshops auf die Aktion vorbereitet. Die Aktionsküche Rampenplan hält drei Mal am Tag veganes Essen bereit. Es gibt eine Bar,

und abends spielen Livebands.

Neue Klimabewegung

Neben Fleur sind mehrere Aktivist_innen zum ersten Mal mit dabei. Florian hat es sich auf einem der Kräne gemütlich gemacht. Von hier aus hat er eine schöne Aussicht über die schwarzen Berge und die Wege, die LKWs dazwischen ausgeschliffen haben. »Es hat sich gleichzeitig sehr kraftvoll und sehr verletzlich angefühlt«, sagt er. »Man blockiert die fossile Industrie mit nichts als seinem Körper, das macht verletzlich. Gleichzeitig macht man das zusammen mit all diesen Menschen, das gibt ein sehr starkes Gefühl.«

Charlotte beschäftigt sich schon länger mit dem Klimawandel. »Ich habe zuerst meinen Konsum geändert, aber schon bald habe ich gemerkt, dass das nicht genug bringt«, sagt sie. Auch sie kam letztlich über ein

Klimacamp in Deutschland zum zivilen Ungehorsam. »Ich denke, dass diese Aktion der Anfang einer viel größeren Bewegung ist, die sich jetzt in den Niederlanden bildet«, sagt sie.

Blutkohle

Wie dreckig genau die Steinkohle ist, erfährt man erst, wenn man sie sieht, findet Charlotte. Die Aktivist_innen erfahren es auch am eigenen Leibe: Die Berge sind so hoch, dass man oben auf den Verladekränen trotz der einigermaßen sommerlichen Temperatur friert. Trotzdem weiß im Stadtzentrum – mit dem Fahrrad nur zwanzig Minuten entfernt – kaum jemand, was sich im Hafen befindet.

Auch wissen sie nicht, dass die Steinkohle in Amsterdam zum Teil aus der Kohleregion Cesar in Kolumbien kommt, wo zwischen 1996 und 2006 tausend Menschen ermordet und zehntausende vertrieben wurden.

Die Kohle wirkt sich außerdem negativ auf die Gesundheit der Anwohnenden aus. In der Kleinstadt Zaandam, an der anderen Seite des Nordseekanals, an dem der Hafen liegt, leiden viele Menschen unter Asthma. Der Amsterdamer Hafen ist der zweitgrößte Kohlehafen und der größte Benzinhafen Europas. Der größte Kohlehafen ist in Rotterdam.

Choi und Ruud haben es sich auf einem der Kräne gemütlich gemacht. Sie sitzen im Windschatten auf einer Plattform zwischen den Leitern nach oben. Sie haben Rettungsdecken über ihren Beinen. Ruud liest ein Buch mit dem Titel: Ich lehne mich auf, also bin ich. »Ich sitze hier gut«, sagt er mit einem Grinsen. »Die Aussicht ist einfach super.« Mit einem ernsthaften Gesicht fügt er hinzu: »Ich hoffe, dass die Leute sehen, dass Betriebe wie dieser das Bindeglied zur fossilen Industrie sind.« Choi fügt hinzu: »Es ist gemütlich, aber wir sitzen hier natürlich für einen guten Zweck. Hoffentlich setzen wir eine Bewegung in Gang, die sich gegen diese Industrie wendet.«

WALDSPAZIERGANG HAMBACHER FORST (HAMB)I

Morschenich - Das Navi findet den Ort nicht mehr.

Schon jetzt wie vom Erdboden verschluckt, obwohl das Dorf noch steht. Viele Bewohner sind inzwischen weggezogen oder in den neu entstandenen Ort umgesiedelt worden. Wir treffen uns an der RWE-Werkstraße am Hambacher Forst. Weiter dürfen wir nicht, gesperrte Straße - der RWE-Wachschutz patrouilliert im Geländewagen. »Tragt rot« stand in der Einladung zum Waldspaziergang und nach und nach kommen über 220 Menschen, jung und alt mit Kinderwagen und Rucksäcken zusammen.

CHRISTINE MAAß, KÖLN

HANS WIESER, REDAKTION KLAGENFURT

Das besondere an diesem Waldspaziergang war auch der Besuch zweier indigener Wasserschützer vom Volk der Lakota Sioux, Rafael Gonzales und Nataanii Means, Die Aktivisten berichten vom Protestcamp »Standing Rock« und dem Widerstand gegen den Bau der Dakota Access Pipeline (DAPL). Die Trasse führt über Grabstätten und heiliges Land ihrer Vorfahren. 470.000 Barrel Öl sollen es pro Tag sein, eine Prüfung der Umweltverträglichkeit fand nicht statt. Schäden an der Pipeline könnten das Trinkwasser verschmutzen und die Wasserversorgung von über

30 Millionen Menschen gefährden.

Nach einer kurzen Begrüßung durch unseren »Waldmeister« Naturführer und Waldpädagogen Michael Zobel ziehen wir los in den 12.000 Jahre alten Wald - bzw. in die 10 Prozent, die davon noch übrig sind. Die Hauptfläche des ursprünglich 4.100 Hektar großen einzigen Stieleichen-Hainbuchen-Maiglöckchen-Waldes Europas fiel inzwischen den Braunkohle-Bagger-Ungetümen zum Opfer oder ist bereits »vorge-rodet« und wartet auf ihre Verwertung. Gerodet werden darf übrigens nur von Oktober bis Februar - und da verhält man sich völlig gesetzestreu. Auch aus Sicherheitsgründen dürfen Bäume gefällt werden - aus Sicherheit für die Waldbesetzer*innen, die zum Teil schon seit Jahren in ihnen immer wieder neu errichteten Baumhäusern leben und bereits die dritte Räumung überstanden haben. Aus Sicherheit auch für die Spaziergänger*innen, denen ja ein »Waldmensch« auf den Kopf fallen könnte. Auch ein kleines »Wiesencamp« harrt wehrhaft, eingezwängt zwischen RWE-Flächen auf einem Privatgrundstück aus. Der Besitzer stellt sich mit vielen Prozessen - bisher erfolgreich - gegen seine Enteignung.

Wir wandern durch Oaktown, Beechtown, Gallien - Wegweiser und Hinweisschilder säumen unseren Weg am Fuße der Baumsiedlungen - durch einen wunderschönen Wald mit Lichtungen und durch Äste markierte Wege und immer wieder seilen sich »Waldbewohner*innen« zu uns ab, um uns Fragen zu beantworten und auf dringend benötigte Unterstützung hinzuweisen.

Dann ist der Wald fast zu Ende, die Wege wurden von großen Baufahrzeugen breitgewalzt, immer wieder klettern wir über und um angelegte Barrikaden, mit denen die Aktivist*innen das Durchfahren für RWE »unheimlicher« gestalten.

Und plötzlich stehen wir vor einem etwa 2 m hohen Erdwall, der sich kilometer weit entlang der alten Autobahn A4 zieht und die bisherige Rodungsgrenze anzeigt und schützen soll. Wer nun über diesen Wall klettert, begeht »Hausfriedensbruch« - bisher wurden alle, die sich auf die bereits gerodeten Flächen begeben haben, freigesprochen.

Welch brachiale Gewalt steht hier dem uralten Restwald gegenüber. Tief betroffen lassen wir die umgewälzten Erdmassen auf uns wirken.

Am späten Nachmittag endet der

Waldspaziergang mit einem Auftritt der Lakota Aktivisten Means und Gonzales. Beide rappen über soziale Gerechtigkeit und den Kampf gegen die Zerstörung der Natur. Ihre Botschaft ist eindeutig: Sie wollen nicht von einer besseren Welt träumen, sondern dafür kämpfen, bis sie gewinnen. An diesem Nachmittag dröhnen nur die Bässe aus dem Hambacher Forst und nicht die Motorsägen, mit denen RWE den ganzen Wald zerstört.

Steckbrief Hambach

Abbauzeitraum: bis 2045
Umgesiedelte Menschen: etwa 5200
Flächenverbrauch: 85 km², davon 41 km² Wald
Kohleinhalt: insgesamt 2,4 Mrd. t
Förderung: etwa 40 Mio. t/a
Flöztiefe: bis ca. 450 m
Flözthöhe: max. 70 Meter
Abraum: 15,4 Mrd. m³ (Kies, Sand, Ton)
Kohle - Abraum Verhältnis: 1 : 10
CO₂-Emissionen: 1 t Kohle = 1 t CO₂
Sümpfungswassermenge: insgesamt etwa 44,5 Mrd. m³ Grundwasser!
Das Riesenloch soll laut RWE mit 4,6 Mrd. m³ Rheinwasser befüllt werden. Bei maximal 270 Mio. m³ pro Jahr wäre der See im Jahr 2100 voll und hätte die Fläche von 3.800 ha.

ANZEIGE

LATEIN AMERIKA
NACHRICHTEN

solidarisch // kritisch // unabhängig

JAHRESABO
für €47,50

PROBEABO
für €10,00

JETZT BESTELLEN
www.lateinamerika-nachrichten.de

EIN SOZIALISTISCHES LEBEN IN EINER KAPITALISTISCHEN WELT AUFBAUEN

Tasse Kaffee?

»Urbane Erneuerung des Traums der Pioniere« - unter diesem Titel hatte Rapha Tamir aus Haifa in *Contraste Nr. 391* über einen urbanen Kibbutz junger Israelis berichtet. Sam Edelman aus Maryland, USA, hat sich gemeinsam mit einer Gruppe gleichgesinnter junger US-Amerikaner ebenso wie Rapha entschlossen, dem Netzwerk urbaner Kommunen unter dem Banner von »Dror Israel« (»Freies Israel«) beizutreten und als Aktivist in einer sozialistischen israelischen Kommune zu leben.

SAM EDELMAN, KVUTZAT SILAN, ISRAEL

Zwei Tage vor meinem Umzug nach Israel saß ich mit meiner Familie beim Abschiedessen in einem burmesischen Restaurant in Silver Spring, Maryland zusammen. Meine Eltern wussten immer noch nicht so genau, was ich in Israel tun wollte und wie mein Leben dort aussehen würde – fairerweise muss ich sagen: ich auch nicht. Insbesondere waren meine Eltern verwirrt und etwas besorgt in Hinsicht auf die Geldgeschichten. Sie wussten, dass ich nach Israel zog, um Teil einer sozialistischen Bewegung zu werden und hatten von mir Begriffe wie »Solidarische Ökonomie« und »Gemeinschaftsleben« gehört, aber sie wollten dennoch wissen, wer meine Miete bezahlen würde, ob ich ein Gehalt bekäme und ob ich mir einen Kaffee würde kaufen dürfen. Ich rang um Antworten – teils weil ich noch nicht alle Abläufe der Ökonomie meiner Kommune kannte, aber ganz besonders wegen der unausgesprochenen Vermutungen, die den Fragen meiner Eltern zugrunde lagen. Ich hatte den Eindruck, dass



meine Eltern immer noch versuchten, meinen gemeinschaftlichen Lebensstil innerhalb individueller, kapitalistischer Rahmenbedingungen zu begreifen. Verständlicherweise: schließlich verstehen Menschen Neues, indem sie es mit dem vergleichen, woran sie gewöhnt sind. Das Problem besteht nur darin, dass die einzige ökonomische Struktur, an die wir in der zeitgenössischen amerikanischen Gesellschaft gewöhnt sind oder die man uns beigebracht hat als legitim anzusehen, der individualistische Konsum-Kapitalismus ist. Unsere Gesellschaft hat uns gelehrt, »Eigenständigkeit« zu glorifizieren und Abhängigkeit von anderen als Versagen zu deuten, den Wert eines Menschen an seinen Berufstiteln und Bankkonten zu messen und unseren Weg zum Glück zu kaufen.

Nicht jeden Schekel abrechnen

Unsere Gruppe hat sich entschlossen, nach Israel zu ziehen und dort der sozialistischen Aktivistinnen-Bewegung »Dror Israel« beizutreten, weil wir ein ganzheitliches Leben führen wollen, das auf unseren Werten basiert. Das erlaubt uns, Teil einer Ökonomie zu sein, die Werte und menschliche

Bedürfnisse in den Mittelpunkt stellt statt Profit. Bei »Dror Israel« ist das Haupt-Element, um das unsere Ökonomie organisiert ist, eher die Kommune als das Individuum oder die Kleinfamilie. Meine Kommune ist Teil des Bereichs der Bewegungs-Ökonomie, der auf die besonderen Bedürfnisse neu Zugewanderter zugeschnitten ist. Die Bewegung zahlt den Großteil unserer Lebenshaltungskosten (Miete, Nebenkosten, Rechnungen, Transportkosten). Sie stellt der Kommune ein Stipendium für Lebensmittel und sonstige Haushaltskosten zur Verfügung. Jede Kommune verwaltet ihr Geld etwas unterschiedlich – bei uns kann man sich Geld frei nehmen und ausgeben. Wir führen Buch über unsere Ausgaben, so dass wir für die verschiedenen Ausgaben-Sparten planen können. Bevor wir größere Käufe tätigen, beraten wir darüber. Wir sind uns gegenseitig verantwortlich für unsere Entscheidungen, aber es muss nicht jede Einzelperson jeden Schekel, den wir ausgeben, abrechnen. Die Bewegung erhält das Geld aus einer Kombination von Regierungszuschüssen für ihre Bildungsarbeit und aus Programmen und Projekten, die Einkommen generieren. Einige Aktivitäten der Bewegung bringen kein Geld ein. Aber wir möchten den Wert der verschiedenen Projekte oder der Menschen, die sie machen, nicht danach beurteilen, wie viel Geld sie einbringen. Während also manche Projekte formal bezahlte Positionen beinhalten, wird jedoch niemand individuell entlohnt. Stattdessen fließen die Honorare für diese Positionen in den Pool der gemeinsamen Ökonomie. Auf diese Weise können die Leute entscheiden, welche Arbeit sie tun wollen auf der Basis ihrer Fähigkeiten, ihrer Leidenschaften, der Herausforderungen, denen sie sich stellen wollen, der Bedürfnisse der Bewegung und der israelischen

Gesellschaft statt aufgrund finanzieller Zwänge. Dieses System erlaubt es, dass gegenwärtig drei von fünf unserer Kommunarden am Hebräisch-Intensivkurs teilnehmen können, statt in einem Vollzeit-Job zu arbeiten.

Spannungen aushalten

So befreit uns die Bewegungs-Ökonomie von dem Druck, der Konkurrenz und Isolation des individuellen kapitalistischen Daseins. Aber so sehr wir auch einer Werte-basierten Ökonomie verpflichtet sind, so sind wir als Teil der israelischen Gesellschaft doch auch engagiert dafür, diese zu gestalten. Das bedeutet aber, auch am Kapitalismus teilzunehmen. Wenn wir ein absolut reines sozialistisches Leben führen wollten, niemals Geld anfassen und ausschließlich von den Früchten unserer eigenen Arbeit leben, könnten wir das tun. Wir müssten dann eine autonome Kommune irgendwo im Wald gründen. Aber unser isoliertes Utopia würde nichts dazu tun, Israel zu einer gerechteren Gesellschaft zu machen und keine Verantwortung für die jüdische Bevölkerung übernehmen. Daher wollen wir die Spannung aushalten beim Versuch unsere Ideale zu leben, während wir zugleich Teil einer zutiefst fehlerhaften Gesellschaft bleiben, um die wir uns schwere Sorgen machen. Wir kaufen also Waren, die von Menschen hergestellt wurden, die wir weder kennen noch sehen. Wir unterstützen Institutionen, die uns missfallen und begegnen den Zwängen des modernen Kapitalismus. Und obgleich wir fest von unserem sozialistischen Lebensstil überzeugt sind, sind wir doch auch in einer kapitalistischen Gesellschaft aufgewachsen und in ihr sozialisiert worden. Wir können unsere Wünsche danach, hübsche Sachen zu kaufen, nicht einfach abschalten. Auch nicht das Empfinden, dass Geld zu besitzen, das niemand außer uns

selbst anrühren kann, uns Sicherheit gibt. Täglich müssen wir uns mit diesen Spannungen auseinandersetzen. Es kann anstrengend sein, anderen Menschen gegenüber und für andere Menschen finanziell verantwortlich zu sein, während man uns doch immer gesagt hat, dass Geld eine persönliche Angelegenheit, eben Privatsache sei. Wir mussten sehr intensive Gespräche darüber führen, aus welchen finanziellen Verhältnissen jeder von uns kommt und welche Konsumgewohnheiten jeder hat. Wir müssen uns ernsthaft fragen, welche Differenz zwischen unseren Bedürfnissen und Wünschen einerseits und dem Ausgleich von individuellen und kollektiven Bedürfnissen andererseits besteht.

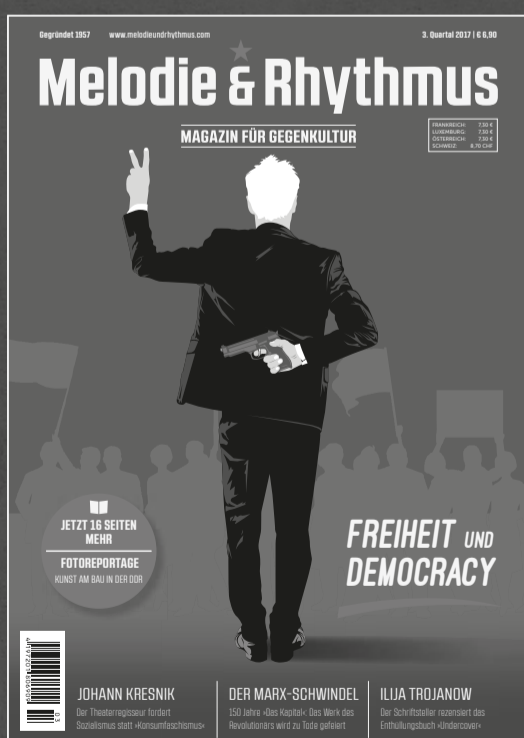
Die Rolle des Konsums begrenzen

Wir haben die Gewissheit, dass unser Bedarf gedeckt wird und die Freiheit, befriedigende Arbeit tun zu können, ohne uns darum zu sorgen, Geld verdienen zu müssen. Es fühlt sich dennoch manchmal einschränkend an. Ich kann nicht so viel Geld ausgeben, wie ich es gewöhnt bin. Es ist nicht angenehm, mit einem Freund ein nettes Restaurant zu besuchen, das ich vor einem Jahr noch ohne einen zweiten Gedanken genossen hätte, das mir aber jetzt als zu extravagant für meinen sozialistischen Lebensstil vorkommt. Ich muss andere Menschen fragen, ob es okay für mich ist, ein Paar neue Schuhe zu bekommen. Wir sind keine Asketen. Manchmal gehen wir ins Kino oder in ein Restaurant. Aber wir versuchen die Rolle, die der Konsumismus in unserem Leben spielt, zu begrenzen. Es ist eine ständige Herausforderung, die von uns verlangt, ehrlich und sensibel miteinander umzugehen auf eine Art, die wir zu vermeiden gelernt hatten. Doch das ist ein wesentlicher Teil unserer Entscheidung, ein ganzheitliches und gemeinschaftliches Leben zu führen. Und für diejenigen unter euch, die zuhause Punkte zusammenzählen möchten: Die Bewegung zahlt meine Miete, ich bekomme kein Gehalt, und ja, ich darf mir eine Tasse Kaffee kaufen.

aus: *Communities At Large Letter C.A.L.L. Nr. 42, Spring 2017*
übersetzt von Ariane Dettloff

ANZEIGEN

Jetzt am Kiosk! Das Magazin für Gegenkultur



SCHWERPUNKT »FREIHEIT UND DEMOCRACY«:

150 Jahre »Das Kapital«: Marx und seine Deuter – der Revolution den Zahn gezogen | »Transparente Demokratie«? Owen Hatherley über gläserne Staatsarchitektur | Special-Guest-Rezensent: Ilija Trojanow bespricht »Undercover« von Rob Evans und Paul Lewis

www.melodieundrhythmus.com

DER POLITISCHE KRIMI

Gesellschaftskritik im Literaturformat

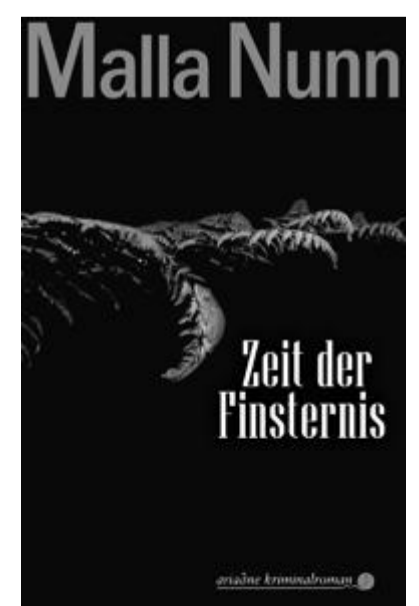
Eine Contrasteserie von Roman Schweidlenka

Um es gleich vorwegzunehmen: Das Buch eignet sich nicht für schwache Nerven und zart besaitete Gemüter. Die Handlung führt fast übergangslos in die Abgründe der menschlichen Seele. Korrupte Polizisten scheuen vor Totschlag und Prügeleien nicht zurück, um ihre egoistischen Interessen durchzusetzen. Eine liberale weiße Familie wird überfallen, der Vater stirbt. Gleichzeitig werden schwarze Prostituierte entführt, gedemütigt und letztlich ermordet, verscharrt. Am Ende des Romans verbinden sich die beiden Handlungsstränge, in einem atemberaubenden Finish entpuppt sich der widerwärtige Capo der korrupten Polizeibrigade auch als Sadist und Mädchenschänder. Wie bei Nunn üblich, lösen die beiden guten Cops Emmanuel Cooper und der Zulu Shabalala letztlich die Probleme, wobei sie stets als Grat-

wanderer zwischen Legalität und Verbotenem auftreten. Nunn zeigt eindrucksvoll die großen gesellschaftlichen Schatten des ehemaligen südafrikanischen Apartheidregimes, das mit seiner Rassentrennung großes Leid verursachte und eine weit verbreitete Kriminalität provozierte. Die weiße Hauptfigur Cooper selbst steht unter ständigem Druck, da der Nonkonformist eine verbotene Beziehung zu einer Schwarzen unterhält. Wird einmal nicht geprügelt, geschossen oder gemordet, führt uns die Autorin in die fremde Welt der südafrikanischen Natur während der Regenzeit, die lebendig und bildgewaltig den Leser erreicht. Der oft hämmernde, eindringliche, flüssige Schreibstil der Autorin steigert die Atemlosigkeit der Lesenden.

Malla Nunn: *Zeit der Finsternis*. Ariadne Krimi im

Argument Verlag, 2016



SEI AUTONOM UND KREATIV!



Der Politikwissenschaftler Patrick Schreiner nimmt in seinem Buch »Warum Menschen sowas mitmachen« den neoliberalen Zeitgeist unter die Lupe. Dafür stellt der Autor achtzehn verschiedene Sichtweisen auf den Themenkomplex »Neoliberalismus« vor, indem er in Überlegungen von Karl Marx, David Harvey, Theodor W. Adorno, Max Horkheimer, Luc Boltanski, Ève Chiapello, Michel Foucault, Eva Illouz, Max Weber, Naomi Klein und anderen einführt. In vierzehn Kapiteln nimmt er sich die Aspekte Entfremdung und Kulturkritik, neoliberale Hegemonie, entgrenzter Markt, Technologie der Selbstführung oder auch Liebe im Kapitalismus und die religiösen Wurzeln der neoliberalen Ideologien vor. Im letzten Kapitel geht er auf Naomi Kleins These ein, dass die Eliten Situationen wie Naturkatastrophen, Terroranschläge, Staatsstreich und Kriege nutzen, um oft gewaltsam neoliberale Instrumente und Regeln durchzusetzen. Es waren zunächst Militärdiktaturen in Asien und Lateinamerika, die eine neoliberale Wirtschafts- und Sozialpolitik betrieben. In den 1980er Jahren folgten konservative Parteien und Regierungen in den westlichen Demokratien. In den 1990er Jahren wurde auch die Sozialdemokratie neoliberal.

Der Neoliberalismus verändert die Menschen. »Sie verinnerlichen und verkörpern dessen Regeln und dessen Anforderungen«, so der Autor. Der Neoliberalismus »erfasst soziale Beziehungen und Freundschaften, Kultur und Genuss, Körper und Geist, Gefühle und Gedanken, Freizeit und Sexualität.« Der Neoliberalismus unterwirft die ganze Persönlichkeit. Auf einen Nenner gebracht: Äußerer Druck und innerer Wille treiben die Menschen an.

Aus der Fremdführung wird eine Selbstführung. Die Menschen thematisieren und optimieren sich permanent. Patrick Schreiner spricht von einer Therapeutisierung des Lebens. Die Ökonomisierung des Menschen verändert also nicht nur das Verhalten, sondern auch das Selbstverständnis des Menschen. Sein Ziel ist es, den eigenen Wert zu steigern und der Konkurrenz überlegen zu sein. »Der Mensch hat zu funktionieren – und er will es«, bringt es Schreiner auf den Punkt. Zum Neoliberalismus gehört auch die Ästhetisierung. Die äußere Erscheinungsform von Menschen und Dingen gewinnt an Bedeutung. Sie ist wesentlicher Bestandteil der Selbstdarstellung.

Der Trick der herrschenden Klasse ist: Sie vermittelt, dass ihre eigenen Interessen letztlich die Interessen der ganzen Gesellschaft abbilden. Die Entpolitisierung als Folge ist ein Faktor, der zur Dominanz der neoliberalen Ideologie beiträgt. Der neue Geist des Kapitalismus nutzt die Ideen der Kritiker, um sich selbst zu erneuern und damit den Kapitalismus zu stabilisieren. Ein kurzer Überblick auf achtzehn Sichtweisen, zur Lektüre empfohlen!

Anne Seeck

Patrick Schreiner: Warum Menschen sowas mitmachen. Achtzehn Sichtweisen auf das Leben im Neoliberalismus, Papyrossa, Köln 2017, 165 Seiten, 13,90 Euro

MIGRATION ALS CHANCE FÜR NEUES BAUEN



Das Buch ist die Fortsetzung von »Refugees Welcome – Konzepte für eine menschenwürdige Architektur« (Jovis 2015), in dem Architekt*innen und Studierende der Leibniz Universität Hannover unter der Leitung von Professor Jörg Friedrich Vorschläge ausgearbeitet hatten, wie Flüchtlinge schnell und kostengünstig untergebracht werden können. Der vorliegende Folgeband »Zukunft: Wohnen – Migration als Impuls für die kooperative Stadt« möchte »qualitätsvolle Entwurfsansätze zur Lösung der Wohnungsfrage« präsentieren. Mit beiden Publikationen sieht sich Jörg Friedrich – zusammen mit der Architekturbieniale 2016 in Venedig und dem Berlin Award 1916 – auf dem Weg des »Neuen Bauens« der 1931 gegründeten »Arbeitsgemeinschaft für ein wachsendes Haus«, die verknüpft ist mit großen Namen der Architekturgeschichte wie Bruno Taut und Walter Gropius.

Eingestimmt werden die Leser*innen mit einer mehrseitigen Timeline. Beginnend mit dem Januar 2015 werden die Anzahl der nach Deutschland Geflüchteten, politische Verlautbarungen und Reaktionen, sowie Ergebnisse von Meinungsumfragen dargelegt. Strukturiert wird diese kurze Geschichte der Migration durch rote Balken an den Tagen, wo Terroranschläge stattfanden.

Textbeiträge von einer Autorin und acht Autoren befassen sich mit wachsenden Städten und Nachverdichtung, denn Migrant*innen und Arme sollen nicht an den Stadtrand gedrängt werden. Migration wird als Chance gesehen für die Schaffung neuer Wohnformen und neuer sozialer Räume in einer »Arrival City« (Doug Saunders). Auch von bezahlbarem Wohnraum ist die Rede, in einem Beitrag wird das solidarische Finanzierungsmodell des MiethäuserSyndikats vorgestellt. Jedoch bleiben die Vorschläge gefangen im »wir« machen etwas für »die«, und die häufige Verwendung des Begriffs »Flüchtlingswohnungen« separiert eher, als zu integrieren.

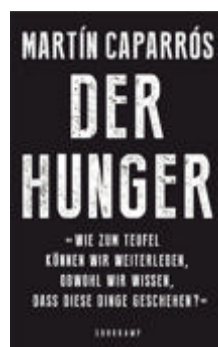
Den Hauptteil des Buches machen 60 Projekte aus, von denen etwa die Hälfte bereits fertiggestellt wurde. Hotels für Reisende mit und ohne Asyl stehen neben Leichtbauhallen, in denen ein Trennwandsystem nur notdürftig Privatheit ermöglicht. Ernstzunehmende Wohnanlagen finden sich ebenso wie schwimmende Inseln vor der italienischen Küste oder minimalistische Konstruktionen, zum Beispiel hochkant aufgestellte Boxen mit drei Stockwerken oder Gemeinschaftsräume, von denen Leitern in höhergelegene Schlafkammern führen.

Trotz einiger Irritationen gibt das Buch reichliche Anregungen, die ich in der Gesamtheit jedoch nicht als Vorschläge, sondern eher als Brainstorming lese, denn unübersehbar von gutem Willen getragen, wirkt manches doch recht unbedacht.

Elisabeth Voß

Jörg Friedrich / Peter Haslinger / Simon Takasaki / Valentina Forsch (Hg.): Zukunft: Wohnen - Migration als Impuls für die kooperative Stadt, Jovis Verlag, Berlin 2017, 320 Seiten, ca. 200 farb. Abb. und Pläne, 32 Euro

DIE ERDE RESTLOS UNTERTAN



Das umfangreiche Buch »Der Hunger« des Schriftstellers und Journalisten Martín Caparrós, geboren 1957 in Buenos Aires, ist ein erschreckendes und grandioses Werk zugleich. Der Autor mischt in seiner breit angelegten Darstellung, die Pflichtlektüre sein sollte, Reportage, Kulturgeschichte, Essay und Streitschrift. Sein Bericht führt uns nach Niger, Indien, Bangladesch, in die USA, nach Argentinien, in den Süden des Sudan und nach Madagaskar. »Alle vier Sekunden stirbt ein Mensch an Hunger, Unterernährung und damit verbundenen Krankheiten«, so der Autor. 50 Millionen der Hungernden sind Opfer einer Ausnahmesituation; bleiben 730 Millionen, die Teil einer Ordnung sind, die ihnen die Möglichkeit verwehrt, sich zu ernähren. Ein Fünftel der Weltbevölkerung ist überflüssig, aus ihnen kann kein Mehrwert gezogen werden. »Ab wann zetteln die politische Unruhen an?« fragt ein katholischer Professor in Argentinien. Man müsse sie ernähren, damit es nicht zum sozialen Umsturz kommt. Daher die Almosen. »Etwas muss ich zahlen, je weniger, desto besser«, so der Professor. Der Hunger dient aber auch einem konkreten Zweck, wie in Bangladesch. Seit ihrem siebten Lebensjahr arbeitet Fatema zwölf Stunden am Tag in einer Textilfabrik. Fatema und ihre zwei Kinder müssen von ihrem Lohn, von etwa zwölf Dollar im Monat, leben. In dem Buch kommen viele von Hunger Betroffene zu Wort.

Das Buch macht wütend, denn verantwortlich für den Hunger ist vor allem die neoliberale Politik der reichen Länder, deren Lebensweise und Geldgier. Der Internationale Währungsfonds und die Weltbank zwingen den armen Ländern neoliberale Programme auf. 1991 kam zudem Goldman Sachs auf die Idee, unser tägliches Brot in eine »großartige« Geldanlage zu verwandeln, Nahrung wurde zum Spekulationsobjekt. Besonders perfide zeigt sich der neue Kolonialismus im Landgrabbing. Staaten und Investmentfonds eignen sich Land in armen Regionen an. So beruhte der Landbesitz in Madagaskar bisher auf informellen Rechten, einem Gewohnheitsrecht. Nationale Beamte und ausländische Käufer pochen plötzlich auf das formelle Recht, um sich gleichfalls Zutritt zu verschaffen. »Die Land-Grabbing-Welle ist der letzte Schritt des westlichen Kapitalismus, um sich die Erde restlos untertan zu machen«, so der Autor. Er schreibt, dass wir in einer Zeit ohne Zukunftsvision beziehungsweise mit einer bedrohlichen Zukunft leben. Aber zugleich sei die Gegenwart auch eine faszinierende Zeit reinen Suchens. Schade, dass er am Schluss keine Alternativen benennt. Zudem meint er, die Armen würden nicht aufbegehren, denn fast alle Hungernden seien gläubig, sie nähmen ihr Schicksal als gottgewollt hin. An dieser Stelle hätte ich mir mehr Beispiele gewünscht, die auch das Aufbegehren von Armen zeigen.

Bernd Hüttner

Martín Caparrós: Der Hunger, Suhrkamp Verlag, Berlin 2015, 841 Seiten, 14 EUR (bei der Bundeszentrale für politische Bildung 4,50 Euro)

PFADFINDER IN DEN 1960ER UND 1970ER JAHREN



»Pfadfinder bleibt man ein Leben lang.« Das war die Parole in der Jugend des 1942 geborenen Jürgen Fiege. Dahinter verbirgt sich in den 1950er und 1960er Jahren der Absolutheitsanspruch der Pfadfinder-Ideologie: Pfadfinder-Gesetz und -Versprechen als moralische Leitlinie für die eigene Lebensgestaltung. In den Vorwehen der 1968er Jahre wird die teilweise noch nach militärischen Prinzipien ausgestaltete Pfadfinderarbeit des Bund deutscher Pfadfinder (BDP) dann modernisiert. Aus den Zeltlagern z.B. werden zusehends Orte kultureller und politischer Bildung und der Verband auch intern demokratisiert. Die alte Pfadfinder-Methode der Natur-Erkundung wird im BDP für die Auseinandersetzung mit Politik und Gesellschaft übernommen.

Fast sechs Jahrzehnte nach seinem Eintritt in den BDP 1957 wirft Fiege als Autor einen Blick zurück auf seine Jugendzeit in der Pfadfinderbewegung und erzählt anschaulich von den prägenden Fahrten in europäische Länder und anderen Ereignissen. Den weitaus größten Teil des Buches nehmen allerdings die Erzählungen Fieges über seine Zeit als Aktiver im BDP auf Bundesebene ein, zuerst als Ehrenamtlicher, und dann bis 1978 mehrere Jahre als Hauptamtlicher. Danach arbeitet er bis zu seiner Berentung im Jahre 2005 im Jugendhof Steinkimmen (zwischen Oldenburg und Bremen).

Der Text ist ein persönlich gefärbter Erfahrungsbericht eines Zeitzeugen, der aus der Innenperspektive über die konkrete Arbeit und die strukturellen Debatten und Konflikte berichtet. Er ist insofern ein Stück Zeitgeschichte sowie ein Beitrag zur Geschichtsschreibung sozialer Bewegungen, als er eindrücklich zeigt, wie politisch Jugendverbandsarbeit in jenen Jahren ist: Die BDP-Mitglieder beteiligten sich aktiv an der Jugendzentrumsbewegung wie auch an der Ökologie- und anderen Protestbewegungen. Fiege und andere geben auch Bücher und Zeitschriften heraus, die die theoretische Debatte um eine emanzipatorische Jugend(verbands)arbeit abbilden und anstoßen.

»Pfadfinder zwischen Tradition und Fortschritt« ist ein Lesebuch, laut Verlag nicht dazu gedacht, von Anfang bis Ende in einem Rutsch gelesen zu werden. Sondern der Leser und die Leserin können nach und nach schmökern. Es lädt ein zum Blättern und Stöbern. Die Texte folgen vorrangig einem chronologischen Ablauf, sind stellenweise auch thematisch geordnet, was die Lektüre andererseits aber auch etwas unübersichtlich macht.

Bernd Hüttner

Jürgen Fiege: Pfadfinder zwischen Tradition und Fortschritt. Zwanzig Jahre im Bund Deutscher PfadfinderInnen, Verlag AG SPAK, Neu-Ulm 2017, ISBN 978-3-945959-17-6, 200 Seiten, 14,50 EUR

ANTIFA IN OSTDEUTSCHLAND



Der hier vorliegende Band liefert wichtige Beiträge zu einem bisher unerforschten und nahezu unbekanntem Teilgebiet der Geschichte sozialer Bewegungen. In insgesamt elf Beiträgen wird über selbstorganisierten Antifaschismus von circa 1987 bis 2016 auf dem Gebiet der ehemaligen DDR beziehungsweise der fünf neuen Bundesländer berichtet.

Einleitend werden der Staatsantifaschismus und die tabuisierte Existenz von Neonazis in der DDR dargestellt. Danach folgen Studien, die entweder einzelne Städte (wie Guben, Potsdam oder Ost-Berlin), verschiedene politische Standpunkte (»Antideutsche«) oder allgemeiner die Dimensionen der antifaschistischen Praxis und Organisation in den 1990er und 2000er Jahren reflektieren. Diese geriet ab dem Antifa-Sommer 2001 ins neu entstandene Kräftedreieck von Zivilgesellschaft, Staat und antifaschistischer Bewegung. Immer wieder wird die immense Bedeutung alternativer Orte, seien es Bürgerbüros, besetzte Häuser, kirchliche Einrichtungen oder (unabhängige) Jugendzentren, gerade in kleineren Städten, deutlich. Formal wechseln sich eher akademische Artikel mit solchen ab, die aus biographischen Interviews mit ZeitzeugInnen, also an den Auseinandersetzungen und Organisationsprozessen Beteiligten, stammen. Gerade die zitierten Interviewpassagen dokumentieren, wie antifaschistische Aktivität oftmals erst als Reaktion auf Nazi-Angriffe entsteht.

Die Widersprüche werden aber auch deutlich. So werden besetzte Häuser (in Potsdam sind es zeitweise fast 80) schnell zum Ziel von Nazi-Attacken. Die Freiräume werden in Reaktion auf die Angriffe - zum Schutz - in »Käfige« (S. 55) umgebaut. Die Überheblichkeit der West-Antifa, die mit einer Defizitperspektive auf die Ost-Antifa schaut, und zumindest in den 1990er dementsprechend agiert, wird in mehreren Beiträgen ausführlich dokumentiert - und zurecht kritisiert. Zum Schluss finden sich zwei fundierte Artikel über feministische Antifa-Politik beziehungsweise Frauen in der Antifa einerseits und einer über das nicht immer konfliktfreie Verhältnis zwischen Zivilgesellschaft und radikaleren Antifa-Strömungen im Leipzig der letzten Jahre andererseits.

Der Band bietet viele Perspektiven auf ein wichtiges, wenn auch tendenziell tristes Thema; zeigen die Beiträge doch die Existenz eines verfestigten nazistischen Milieus in weiten Teilen der Gesellschaft. Das preiswerte Buch zeigt aber auch die Kraft selbstorganisierter Initiativen. Initiativen die, wenn sie etwas Kontinuität entwickeln können, auch Wirkungsmacht haben.

Bernd Hüttner

Christin Jänicke/Benjamin Paul-Siewert (Hrsg.): 30 Jahre Antifa in Ostdeutschland. Perspektiven auf eine eigenständige Bewegung, Dampfboot Verlag, Münster 2017, 209 Seiten, 20 EUR

TERMINE

ZIVILGESELLSCHAFT

Bye-bye Westen?
22. - 23. Juli
(Stuttgart/Esslingen)

Auf der Suche nach emanzipatorischen Konzepten gegen Rassismus, Nationalismus, Islamismus und Antisemitismus. Eine gemeinsame Veranstaltung der Wochenzeitung »Jungle World« mit der Gruppe »Emma und Fritz«.

Ort: KOMMA, Mallestr. 5-9, 73728 Esslingen
Info: <http://emafrie.de/bye-bye-westen/>

SOMMERFORUM

Lohnarbeit - ich will mein Leben zurück!
25. - 30. Juli (Bernau bei Berlin)

Die Insel für selbstbestimmtes Lernen (InSeL) lädt zum diesjährigen Sommerforum mit Workshops und Open Space zu dem Thema »Selbstbestimmtes Lernen und Leben«. Außerdem wird es eine Baustelle geben, um die Infrastruktur vor Ort weiter zu verbessern. Diese will sich als reflektierter Lernraum verstanden wissen, im Bezug auf gender- und allgemein herrschaftskritische Aspekte.

Ort: Projekthof Wukania bei Biesental
Info: <https://we.riseup.net/inself>

ENDE GELÄNDE

Für ein Klima der Gerechtigkeit
24. - 29. August 03. - 05. November (Rheinland)

Kohleausstieg bleibt Handarbeit - Wie hier im Rheinland und

ANZEIGEN

Die neue telegraph Sondernummer zum Spanischen Bürgerkrieg.

CNT/FAI ++ Internationale Brigaden ++ Gernika ++ Kollektivierung ++ Helios Gómez ++ Jüdische Freiwillige ++ Schwarzrotbuch ++ Stemann ++ Schwarze Liste ++ Ateneos ++ Mielke-González ++ Erinnerungsorte ++ Mai 37 ++ Frauen im Spanischen Bürgerkrieg

Die telegraph Sonderausgabe hat 200 Seiten, kostet 12 EURO und kann ab sofort bestellt werden:

Zeitschrift telegraph, Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin
<http://telegraph.cc>
info@telegraph.cc

BAYER - Aktien in Aktion!

Stimmrechte übertragen. Kritische BAYER-AktionärInnen unterstützen.

Wenn Sie BAYER-Aktien im Depot haben, nehmen Sie Ihre Verantwortung für Gesellschaft und Umwelt ernst. Übertragen Sie die Stimmrechte den Kritischen BAYER-AktionärInnen.

Bitte ausschneiden und zurücksenden: Coordination gegen BAYER-Gefahren • Postfach 150418, 40081 Düsseldorf • Fax 0211 - 33 39 40 • info@CBGnetwork.org

www.cbgnetwork.org

- Ja, ich möchte mehr Informationen.
- Ich besitze BAYER-Aktien und möchte meine Stimmrechte den Kritischen-AktionärInnen übertragen.
- Ja, ich spende €
- Ja, ich abonniere Stichwort BAYER für 30,- € im Jahr
- Ja, die CBG braucht Rückenstärkung, ich werde Mitglied (SWB-Abo ist im Beitrag enthalten). Mein Beitrag soll im Jahr betragen (mind. 60 €/Jahr) €
- Bitte abbuchen: monatlich / halbjährlich / vierteljährlich / jährlich
- Für Abo, Beitrag und/oder Spende bitte die Lastschrift ausfüllen.

in der Lausitz kämpfen rund um die Welt Menschen gegen den fossilen Kapitalismus. Während Politik und Konzerne untätig bleiben, nehmen Aktivist*innen den Kohleausstieg selbst in die Hand. Die Aktionen der letzten Jahre zeigen, dass gemeinsam und entschlossen viel erreicht werden kann. Im Rheinischen Braunkohlerevier finden während des Klimacamps und während des UN-Klimagipfels wieder Aktionstage für Klimagerechtigkeit und den sofortigen Kohleausstieg statt

Infos: www.naturfuehrung.com
<https://www.ende-gelaende.org/de/aufruf>

KONFLIKTMODERATION

in sozialen Bewegungen und Selbstverwalteten Projekten
August - Oktober (Wustrow/Hannover)

Anstrengende Treffen; Kompromisse, die nicht zufrieden stellen; Personen, die wegen ungeklärter Konflikte die Gruppe verlassen oder Konstellationen, denen es »immer wieder kracht« - wer kennt das nicht. Das Training richtet sich an Menschen, die in ihren eigenen Gruppen moderieren, besonders an Aktivist*innen in sozialen Bewegungen und selbstverwalteten Strukturen sowie Wohnprojekten oder Genossenschaften. Unser Ziel ist, dass die Teilnehmenden am Ende der Fortbildung befähigt sind, interne Gruppenkonflikte konstruktiv begehen zu können.

Termine und Orte:
31. Aug. - 03. Sep. KURVE Wustrow
22. - 24. Sep. KURVE Wustrow
20. - 22. Okt. im Gleisdreieck/ Hannover

KOMMUNALE DEMOKRATIE

Kommunen als Impulsgeber in schwierigen Zeiten?
22. - 24. September (Loccum)

Kommunen und Zivilgesellschaft sind wichtige Impulsgeber für die Weiterentwicklung der Demokratie. Auf dieser Tagung sollen unter anderem folgende Fragen erörtert werden: Wie gehen Zivilgesellschaft und Kommunen mit den gegebenen Herausforderungen um? Wie können Einwohner*innen, Politik und Verwaltung unter den gegebenen Bedingungen konstruktiv zusammenarbeiten und gemeinsam zukunftsfähige Lösungen für die anstehenden Aufgaben finden?

Ort: Ev. Akademie Loccum, 31545 Rehburg-Loccum
Info: www.mitarbeit.de/forum2017.html

Info: www.kurviewwustrow.org

WANDELWOCHE

Wie wollen wir Leben und Arbeiten?
07. - 17. September (Berlin-Brandenburg)

Unter dem Motto »Her mit dem guten Leben! Für alle! Überall!« findet die dritte Wandelwoche statt. Der besondere Themenfokus 2017 ist auf die Teilhabe von Geflüchteten und Beiträgen statt Tauschen gerichtet. Vorgestellt, besucht, diskutiert und weiterentwickelt werden Ideen und Geschichten des Gelingens für ein Leben, Wohnen und Arbeiten jenseits von Wachstumsdogma und Ausbeutung von Mensch und Natur.

Ort: Berlin und Brandenburg
Info: www.bbb.wandelwoche.org

DIGITALISIERUNG

Chancen und Risiken für eine sozial-ökologische Gesellschaft
04. - 08. Oktober (Berlin)

Im Fokus der VÖW-Herbstakademie stehen die Chancen und Risiken der Digitalisierung für eine nachhaltige Gesellschaft. Anhand der Themen Mobilität, Energiewende und Zeitwohlstand werden Potenziale und Herausforderungen der Digitalisierung wissenschaftlich erarbeitet und praktisch erfahrbar gemacht. Außerdem sollen mögliche Pfade für eine sozial-ökologische Transformation ausgelotet werden.

Ort: Gästehaus Insel Schwanenwerder, Berlin-Zehlendorf
Info: www.voew.de/herbstakademie

FLUCHT & MIGRATION

Selbstbestimmte Entwicklung. Ökologische Krisen
06. - 08. Oktober (Leipzig)

Die aktuellen Fluchtbewegungen zeigen: Ein gutes Leben ist in vielen Teilen der Welt nicht möglich. Wie können wir dazu beitragen, dass alle Menschen, wo auch immer sie leben wollen, ein gutes Leben haben können? Diese Konferenz soll sich aus einer praktischen und politischen Perspektive mit den Zusammenhängen von Flucht und Migration, selbstbestimmter Entwicklung und ökologischen Krisen auseinandersetzen.

Ort: Konzeptwerk Neue Ökonomie, Leipzig
Info: <https://www.konzeptwerk-neue-oekonomie.org/>

CAFÉ KLATSCH WIESBADEN SUCHT KOLLEKTIVIST*INNEN

33 Jahre altes Kollektiv - Café sucht neue Mitstreiter*innen mit Lust an selbstverwalteter gastronomischer Arbeit und politischem Engagement. Berufserfahrung gewünscht, aber nicht vorausgesetzt. 2 Seiten über euch interessieren uns mehr als ein tabellarischer Lebenslauf.

Info: info@cafeklatsch-wiesbaden.de

GÖTTINGER MEDIENBÜRO

erstellt Druckvorlagen für Broschüren, Kataloge, Flyer, CD-Cover und Plakate, übernimmt Archiv-Recherchen, liefert Fotos, formuliert und redigiert Beiträge und Texte.

Anfragen an: contact@artinweb.de, www.artinweb.de

GESCHICHTE(N) BEWAHREN – EIN GENERATIONEN VERBINDENDES PROJEKT

Lebenserinnerungen als gebundenes Buch sind ein wunderbares Geschenk für Eltern oder Großeltern, Kinder oder Enkel. CONTRASTE-Redakteurin Ariane Dettloff zeichnet sie auf, Grafikerin Anne Kaute gestaltet und illustriert; für CONTRASTE-LeserInnen gibt es 10% Preisnachlass.

www.werkstatt-fuer-memoiren.de
E-Mail: arianedettloff@ina-koeln.org
Tel.: (02 21) 31 57 83 s

KLEINANZEIGEN

LAYOUTERIN ODER DEUTSCH-SPANISCH / ENGLISCH-SPANISCH ÜBERSETZERIN GESUCHT?

Unsere Contraste Layouterin kann das machen!

Anfragen an: evasempere@gmail.com

IMPRESSUM

Monatszeitung für Selbstorganisation
Erscheint 11 mal im Jahr ISSN 0178-5373

HERAUSGEBER
Contraste, Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Schönfelderstr. 41A
34121 Kassel
info@contraste.org
www.contraste.org

ÖSTERREICH: GRAZ:
Brigitte Kratzwald
☎0043-699 11 28 65 57
brigitte.kratzwald@commons.at
KLAGENFURT:
Hans Wieser
hans.wieser@contraste.org

KLEINANZEIGEN

Die Mindestgröße von 5 Zeilen kostet 21 Euro (gewerblich) und 5 Euro (privat). Jede weitere Zeile kostet 2,60 Euro (gewerblich) und 1 Euro (privat). (Alle Preise zzgl. gesetzlicher Mehrwertsteuer)

CONTRASTE wird von etwa 20 RedakteurInnen erstellt. Sie schreiben aus Überzeugung und ohne Bezahlung. Die Informationen und Artikel fließen über die Regional- und Fachredaktionen zusammen. Aboverwaltung und Vertriebsvorbereitung und Rechnungsstellung erfolgt über das CONTRASTE-Büro in Kassel.

V.I.S.D.P.: Ulrike Kümpe

Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2/17

BERLIN:
Christoph Chang
christoph.chang@riseup.net
Karl-Heinz Bachstädt
karl-heinz.baechstaedt@contraste.org
Ulrike Kümpe
ulrike.kumpe@contraste.org
Ulrike Kümpe
ulrike.kumpe@contraste.org
Contraste-Redaktion Berlin
c/o Netzwerk Selbsthilfe
Gneisenastr.2a, 10961 Berlin
BREMEN:
Bernd Hüttner
bernd.huettner@contraste.org
ELBSANDSTEEINGEBIRGE:
Johannes Dietrich
johannes.dietrich@contraste.org
GÖTTINGEN:
Kai Bohne
kai.boehne@contraste.org
HAMBURG:
Hilmar Kunath
☎(0 40) 39 90 41 96
hilmar.kunath@web.de
KASSEL:
Sabine Conti
info@sconti-projektberatung.de
Regine Beyß
regine.beys@contraste.org
KÖLN/BONN:
Heinz Weinhausen
☎(01 70) 58 38 900
heinz.weinhausen@contraste.org
Ariane Dettloff
☎(02 21) 31 57 83
ariane.dettloff@contraste.org
SPROCKHÖVEL:
Uli Frank
ulifrank@unverdienst.de
STUTTGART:
Peter Streiff
☎(0 71 44) 33 22 56
peter.streiff@netz-bund.de

REDAKTIONEN

BERLIN:
Christoph Chang
christoph.chang@riseup.net
Karl-Heinz Bachstädt
karl-heinz.baechstaedt@contraste.org
Ulrike Kümpe
ulrike.kumpe@contraste.org
Ulrike Kümpe
ulrike.kumpe@contraste.org
Contraste-Redaktion Berlin
c/o Netzwerk Selbsthilfe
Gneisenastr.2a, 10961 Berlin
BREMEN:
Bernd Hüttner
bernd.huettner@contraste.org
ELBSANDSTEEINGEBIRGE:
Johannes Dietrich
johannes.dietrich@contraste.org
GÖTTINGEN:
Kai Bohne
kai.boehne@contraste.org
HAMBURG:
Hilmar Kunath
☎(0 40) 39 90 41 96
hilmar.kunath@web.de
KASSEL:
Sabine Conti
info@sconti-projektberatung.de
Regine Beyß
regine.beys@contraste.org
KÖLN/BONN:
Heinz Weinhausen
☎(01 70) 58 38 900
heinz.weinhausen@contraste.org
Ariane Dettloff
☎(02 21) 31 57 83
ariane.dettloff@contraste.org
SPROCKHÖVEL:
Uli Frank
ulifrank@unverdienst.de
STUTTGART:
Peter Streiff
☎(0 71 44) 33 22 56
peter.streiff@netz-bund.de

LAYOUTERIN ODER DEUTSCH-SPANISCH / ENGLISCH-SPANISCH ÜBERSETZERIN GESUCHT?

Unsere Contraste Layouterin kann das machen!

Anfragen an: evasempere@gmail.com

IMPRESSUM

Monatszeitung für Selbstorganisation
Erscheint 11 mal im Jahr ISSN 0178-5373

HERAUSGEBER
Contraste, Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Schönfelderstr. 41A
34121 Kassel
info@contraste.org
www.contraste.org

ÖSTERREICH: GRAZ:
Brigitte Kratzwald
☎0043-699 11 28 65 57
brigitte.kratzwald@commons.at
KLAGENFURT:
Hans Wieser
hans.wieser@contraste.org

CONTRASTE wird von etwa 20 RedakteurInnen erstellt. Sie schreiben aus Überzeugung und ohne Bezahlung. Die Informationen und Artikel fließen über die Regional- und Fachredaktionen zusammen. Aboverwaltung und Vertriebsvorbereitung und Rechnungsstellung erfolgt über das CONTRASTE-Büro in Kassel.

V.I.S.D.P.: Ulrike Kümpe

Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2/17

BERLIN:
Christoph Chang
christoph.chang@riseup.net
Karl-Heinz Bachstädt
karl-heinz.baechstaedt@contraste.org
Ulrike Kümpe
ulrike.kumpe@contraste.org
Ulrike Kümpe
ulrike.kumpe@contraste.org
Contraste-Redaktion Berlin
c/o Netzwerk Selbsthilfe
Gneisenastr.2a, 10961 Berlin
BREMEN:
Bernd Hüttner
bernd.huettner@contraste.org
ELBSANDSTEEINGEBIRGE:
Johannes Dietrich
johannes.dietrich@contraste.org
GÖTTINGEN:
Kai Bohne
kai.boehne@contraste.org
HAMBURG:
Hilmar Kunath
☎(0 40) 39 90 41 96
hilmar.kunath@web.de
KASSEL:
Sabine Conti
info@sconti-projektberatung.de
Regine Beyß
regine.beys@contraste.org
KÖLN/BONN:
Heinz Weinhausen
☎(01 70) 58 38 900
heinz.weinhausen@contraste.org
Ariane Dettloff
☎(02 21) 31 57 83
ariane.dettloff@contraste.org
SPROCKHÖVEL:
Uli Frank
ulifrank@unverdienst.de
STUTTGART:
Peter Streiff
☎(0 71 44) 33 22 56
peter.streiff@netz-bund.de

REDAKTIONEN

BERLIN:
Christoph Chang
christoph.chang@riseup.net
Karl-Heinz Bachstädt
karl-heinz.baechstaedt@contraste.org
Ulrike Kümpe
ulrike.kumpe@contraste.org
Ulrike Kümpe
ulrike.kumpe@contraste.org
Contraste-Redaktion Berlin
c/o Netzwerk Selbsthilfe
Gneisenastr.2a, 10961 Berlin
BREMEN:
Bernd Hüttner
bernd.huettner@contraste.org
ELBSANDSTEEINGEBIRGE:
Johannes Dietrich
johannes.dietrich@contraste.org
GÖTTINGEN:
Kai Bohne
kai.boehne@contraste.org
HAMBURG:
Hilmar Kunath
☎(0 40) 39 90 41 96
hilmar.kunath@web.de
KASSEL:
Sabine Conti
info@sconti-projektberatung.de
Regine Beyß
regine.beys@contraste.org
KÖLN/BONN:
Heinz Weinhausen
☎(01 70) 58 38 900
heinz.weinhausen@contraste.org
Ariane Dettloff
☎(02 21) 31 57 83
ariane.dettloff@contraste.org
SPROCKHÖVEL:
Uli Frank
ulifrank@unverdienst.de
STUTTGART:
Peter Streiff
☎(0 71 44) 33 22 56
peter.streiff@netz-bund.de

FÜR BEITRÄGE, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die AutorIn die Verantwortung. Eigenverlag: Alle Nachdruckrechte bleiben bei den AutorInnen.

HERSTELLUNG
CONTRASTE e.V.
Schönfelderstr. 41A, 34121 Kassel

Bildredaktion:
Ulrike Kümpe und Eva Sempere
Layout:
Eva Sempere
Druck:
Freiburger Druck GmbH und Co KG

IT-BETREUUNG
Vadim und Steffen, netz koop eG
<https://netz.coop>
webmaster@contraste.org

KONTAKT

Anfragen: info@contraste.org
Abonnieren: abos@contraste.org
Redaktion: redaktion@contraste.org
Termine: termine@contraste.org
Verein: vorstand@contraste.org
Anzeigen: anzeigen@contraste.org
Layout: layout@contraste.org

facebook: www.facebook.com/contrastemonatszeitung

twitter: [contraste.org](https://twitter.com/contraste.org)